

Auf den Spuren des Wuppertal Komitee - Centraal Wuppertal Comité

(Stephan Stracke)

Im Frühjahr 2016 jähren sich zum 80. Mal die Wuppertaler Gewerkschaftsprozesse und die Widerstandsaktivitäten des Centraal Wuppertal Comité.¹ Zu Jahresbeginn 1935 hatte die Gestapo eine beispiellose Verhaftungsoperation gestartet. Von 1935 bis 1937 wurden in Wuppertal, Remscheid, Solingen und Velbert insgesamt mehr als 1.900 Menschen verhaftet und 649 Personen von ihnen in den sog. Wuppertaler Gewerkschaftsprozessen wegen Vorbereitung zum Hochverrat zum Teil zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. 17 Aktivisten verloren ihr Leben während der polizeilichen Voruntersuchung. Die sogenannten „Wuppertaler Gewerkschaftsprozesse“ erlangten eine große internationale Beachtung. Europaweit setzten sich über die Parteiengrenzen hinweg Unterstützer für die 1.900 verhafteten Wuppertaler Arbeiter ein. Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) und auch der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei im Exil (SOPADE) unterstützten die verhafteten Wuppertaler Arbeiter.

Herausragend war die Unterstützung der Wuppertaler WiderstandskämpferInnen durch die weltweite Menschenrechtskampagne des Wuppertal-Komitees. Ein von niederländischen Intellektuellen in Amsterdam gegründetes „Centraal Wuppertal Comité“ (Wuppertal-Komitee) begann Weihnachten 1935 Geld für die Familien der Verhafteten zu sammeln. Auf dem Höhepunkt der Kampagne entsandten französische Gewerkschaften und holländische Studentenorganisationen Delegationen zu den Prozessen nach Wuppertal. Die Liste der ungefähr 90 namentlich bekannten UnterstützerInnen und AktivistInnen liest sich wie ein „Who is Who“ der niederländischen Intellektuellen, der Arbeiter-, Frauen- und Friedensbewegung.

Das Centraal Wuppertal Comité CWC verfügte über einen Vorstand (Arbeitsausschuss), bestehend aus Selma Meyer, A.C. Oerlemans, Nico Padt und Brechta Adama van Scheltema.

Veranstaltungssprecherin und Propagandistin war Anna Aleida Alma-Heijnen (Lie Heijnen) .

Über 80 Personen waren Mitglied des Comité van aanbeveling (Ehrenausschuss). Sie traten im Gegensatz zu den mitarbeitenden deutschen Exilanten auch in der Öffentlichkeit auf.

Hinzu kommen die TeilnehmerInnen der Delegationen nach Wuppertal. Darüber hinaus gab es örtliche Wuppertal-Komitees wie in Groningen mit eigenem Vorstand und einem lokalen Comité van Aanbeveling. Und schließlich gab es die Verantwortlichen der IRH und der Rode Hulp und der Abschnittsleitung der KPD, die operativ mitgearbeitet haben.

¹ Die Zusammenstellung ist eine aktualisierte und überarbeitete Version der entsprechenden Kapitel aus: Stephan Stracke: Die Wuppertaler Gewerkschaftsprozesse. Gewerkschaftlicher Widerstand und internationale Solidarität, Bremen, Wuppertal 2012. Mein Dank gilt Sinja Alma, Bart de Cort, Dietrich Hespers, Elise de Jong, Joachim Schrijver, Li A Tjoa und A Min Tjoa. Jetzt auch: Cort, Bart de: Van vrouwen, vrede en verzet; Selma Meyer (1890-1941) en haar Holland Typing Office. 2. , u.a. um die vollständige Korrespondenz an, von und über Selma Meyer erw. Neudruck. Hamilton ON (Canada) 2015.

Als die deutsche Wehrmacht im Mai 1940 die Niederlande überfiel, waren die Aktivitäten des Wuppertal-Komitees bei den Nationalsozialisten nicht vergessen. Im Gegenteil: vor allem die jüdischen NiederländerInnen, die für das Wuppertal-Komitee gearbeitet hatten, waren in größter Gefahr.

Insgesamt 12 Komitee-Mitglieder fanden gewaltsam den Tod. Sieben jüdische Angehörige des W.K. wurden ermordet. Drei Personen wurden in den Selbstmord getrieben. Viele Mitglieder des W.K. gerieten in deutsche Haft und überlebten KZ-Lager wie Theresienstadt nur mit Glück.

Erinnern möchten wir insbesondere an die Toten des W.K.: Selma Meyer, Willem Adriaan Bongers, Menno ter Braak, Elise Frederika de Jong-van Biema, Maurits Kann, Eleazer Louis van der Kar, Werner Kowalski, Erich Kuttner, Abraham Manjoe Teitel, Leo Polak, Friedrich Rüddenklau, Franz Vogt.

Weltweite Solidarität – das Wuppertal Komitee

Die Kampagne zu den „Wuppertaler Gewerkschaftsprozessen“ stand ganz im Zeichen der neuen Einheits- und Volksfrontpolitik der KPD nach der „Brüsseler Konferenz“.² Sie war aber auch eine Fortsetzung der früheren Kampagnen für die Freilassung der politischen Gefangenen in Deutschland. Nach dem Erfolg der internationalen Kampagne zum Reichstagsbrandprozess initiierte die KPD mit ihren internationalen Partnern regelmäßig öffentliche Kampagnen zu Gunsten von Inhaftierten in Deutschland. Auch für die Wuppertaler Arbeiter versuchte man schon 1933 Solidarität zu organisieren. So hatte das Weltkomitee gegen Krieg und Faschismus bereits eine Betriebspatenschafts-Kampagne angeregt, bei der zunächst französische Großbetriebe Kontakt zu deutschen Betrieben aufnahmen. So erklärte der Textilbetrieb Halluin-Seclin aus Lille eine Patenschaft für die Textilarbeiter des Wuppertals. Es wurden Solidaritätsschreiben nach Wuppertal geschickt und eine Geldsammlung mit einem Erlös von 6.000 Franken gestartet.³

Nach dem VII. Kongress der Komintern in Moskau im August 1935 wurde die neue Volksfrontpolitik offiziell etabliert. Infolgedessen entstand Ende September 1935 die „Union für Recht und Freiheit“ (URF) in Prag, die als Erste die neuen Bündniskonzeptionen umsetzen konnte.⁴ Namhafte Intellektuelle, Sozialdemokraten und Kommunisten führten das überparteiliche Gremium an, das u.a. Geld für die Opfer des Faschismus in Deutschland sammelte.⁵

² Vgl. IISG, studiezaalmap, lijst Abendroth 613, Sammlung Kuttner.

³ Vgl. Rundschau Nr. 42, 1934, S. 1724-1725.

⁴ Vgl. Langkau-Alex, Ursula: Deutsche Volksfront 1932-1939. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau. Drei Bände, Berlin 2005. Band 1: Vorgeschichte und Gründung des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront; Band 2: Geschichte des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront; Band 3: Dokumente zur Geschichte des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront, Chronik und Verzeichnisse. Zum Wuppertal-Komitee: Bd. 2, S. 218.

⁵ Präsident der URF war der Sozialdemokrat und Germanistikprofessor Oskar Fischer. Sekretäre waren der Kommunist Hugo Gräf und der „Revolutionäre Sozialist“ Otto Friedländer. Paul Hertz war zeitweise in einem Unterausschuss tätig.

Und auch in den ersten vorsichtigen Beratungen des „Lutetia-Kreises“⁶ waren die gemeinsamen Hilfsanstrengungen für die politischen Gefangenen wichtig und wenig umstritten. Weitere Initiativen folgten. Mitte Dezember 1935 wurde von deutschen Exilanten kurzfristig die internationale Kampagne gegen die Hinrichtung des Leiters der Roten Hilfe in Berlin, Rudolf Claus ins Leben gerufen. Parallel zu den Aktivitäten für die Wuppertaler Angeklagten gab es Prozessdelegationen aus dem Ausland auch für die politischen Gefangenen Etkar André, Lilo Hermann, Olga Benario und Ernst Thälmann.⁷ Darüber hinaus wurde die weltweite Öffentlichkeit während der Olympiade 1936 sowohl vom Wuppertal Komitee als auch von anderen Komitees durch spezielle Flugblätter und Anti-Olympia-Ausstellungen genutzt.⁸

1. Politische Vorgaben

Die Kampagne zu den „Wuppertaler Gewerkschaftsprozessen“ wurde von den Spitzen der KPD und der Roten Hilfe im Exil in Frankreich und in den Niederlanden geplant und initiiert. Sie sollte die erste erfolgreiche Kampagne im Sinne der neuen Einheits- und Volksfrontpolitik der KPD werden. Sie war damit Bündnisangebot und Kampfansage zugleich. Die explizite Unterstützung von angeblichen Freigewerkschaftlern in Wuppertal sollte auf die Aufbauertfolge der KPD bei der Wiedergründung von Freien Gewerkschaftsgruppen verweisen. Ganz im Sinne ihrer neuen Gewerkschaftspolitik waren die Akteure Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen und Parteilose, die „im Bauche der DAF“ erfolgreich Freie Gewerkschaften gegründet hätten. Für diese „überparteilichen Gruppen“ forderte die KPD nun Solidarität ein, ein Ansinnen, das die SPD, der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) und andere Freigewerkschaftliche Dachverbände kaum zurückweisen konnten. So kam es zu einem (verbalen) Solidaritätswettbewerb mit den Wuppertaler Arbeitern. Der IGB solidarisierte sich. Die SOPADE reklamierte die Angeklagten für die SPD und spendete Geld.

Noch bevor von Amsterdam eine weltweite Pressekampagne organisiert wurde, erschienen im November 1935 die ersten Presseberichte und Pressemitteilungen über den Beginn der Prozesse. Inhaltliche Grundlage für die kommende Informations- und Solidaritätskampagne für die Wuppertaler und Velberter Angeklagten war ein Hintergrundtext der Roten Hilfe Deutschlands. In ihm wurden alle relevanten Basisinformationen gegeben und der Fokus der Kampagnen gemäß der neuen Gewerkschaftspolitik und der Einheits- und Volksfrontpolitik festgelegt: 1. Die

Ebd. S. 218. Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Biographisches Lexikon, S. 127f.

⁶ Benannt nach der Konferenz im Pariser Hotel Lutetia am 2.2.1936 zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront.

⁷ Vgl. Langkau-Alex, Volksfront, Bd. 2, S. 230-232; zu Rudolf Claus siehe ebd., Bd. 1, S. 306-316; Gestapobericht zur internationalen Amnestiebewegung, BArch B, R 58/430/2.

⁸ Vgl. NIOD, Dossier, Christiaan Petrus Donkers, archief 215, doos 16; Archiv der Hoheren SS- und Polizeiführer, archief 77, dossier 1219; „Akten des Centrale Inlichtingendienst (CID) [=Hollaendische Geheimdienst] <http://www.inghist.nl/Onderzoek/Projecten/RapportenCentraleInlichtingendienst1919-1940/>

Massenprozesse sollten als Prozesse gegen Gewerkschafter dargestellt werden. 2. Betroffen seien kommunistische, sozialdemokratische, christliche und parteilose Arbeiter, die freie Gewerkschaftsgruppen aufgebaut und für betriebliche Forderungen gekämpft hätten. In diesem Sinne meldete der Sonderpressedienst der Roten Hilfe Deutschlands am 30. November 1935 den Beginn eines „Massenprozess gegen 364 Gewerkschafter in Wupperthal“ [sic]⁹ Den Angeklagten würde „illegale gewerkschaftliche Betätigung“ zur Last gelegt.

Diese Presseerklärung wurde zur Vorlage für zahlreiche Artikel, die in zumeist linksgerichteten Exilzeitungen wie dem Pariser Tageblatt oder der Basler „Arbeiter Zeitung“ erschienen: „Um diesen Massenprozess nach außen hin nicht zu stark in Erscheinung treten zu lassen und in der Befürchtung, dass ein solcher Prozess die ohnehin nicht sehr günstige Stimmung für die National-Sozialisten in diesem Gebiet noch weiter beeinträchtigen könnte, wird dieser Prozess geteilt durchgeführt. Das Volksgericht aus Berlin ist für die Dauer des Prozesses nach Wupperthal übersiedelt. Von ihm werden vor allem die von der Gestapo als „Rädelsführer“ der illegalen Gewerkschaftsbewegung bezeichneten Gewerkschaftsfunktionäre, die besonders harte Strafen treffen sollen, abgeurteilt.“¹⁰

Die Anklage beziehe sich, so die Rote Hilfe, auf verschiedene betriebliche Auseinandersetzungen in Wuppertal: „Gegen die Verschlechterung der Löhne [...] entwickelte sich [...] ein breiter organisierter Widerstand, der seinen Widerhall in den bekannten Widerstandsaktionen der Arbeiter der Bemberg-Seidenfabriken und der Metallarbeiter in Velbert fand. Die Funktionäre der verbotenen freien Gewerkschaften, Sozialisten und Kommunisten, gingen dazu über, trotz drakonischer Strafandrohungen ihre aufgelösten Organisationen wiederherzustellen. In überraschend kurzer Zeit entstanden starke illegale Gewerkschaftsorganisationen.“¹¹ Das Eingreifen der Gestapo, so der Pressebericht der Roten Hilfe, habe nicht lange auf sich warten lassen. Zur Verstärkung der Wuppertaler Gestapo sei das Polizeikommando „Wecke“ aus Berlin nach Wuppertal gekommen, um die Verhaftungen durchzuführen. Im Februar 1935 wurden angeblich „aus den Betrieben heraus, an ihren Maschinen stehend, Hunderte von Arbeitern festgenommen. Da kein Anklagematerial vorlag, wurden unter unvorstellbaren Folterungen ‚Geständnisse‘ aus den Verhafteten herausgepresst.“¹² Diese Voruntersuchung soll nicht weniger als 15 Verhafteten das Leben gekostet haben. Zur politischen Zusammensetzung der Angeklagten schrieb die RH: Von den 363 Gewerkschaftern waren 50 Sozialdemokraten, über 100 Kommunisten und parteilose Gewerkschafter.

Die kommunistische „Rundschau“ meldete schon im Vorgriff auf den Prozessbeginn vor dem VGH

⁹ Der Sonderpressedienst der Roten Hilfe Deutschlands vom 30.11.1935, VVN-Archiv Wuppertal.

¹⁰ Arbeiterzeitung (Basel) vom 9.12.1934.

¹¹ Der Sonderpressedienst der Roten Hilfe Deutschlands vom 30.11.1935, VVN-Archiv Wuppertal.

¹² Ebd.

am 7. November 1935 den Beginn des „größten Massenprozesses gegen Antifaschisten“. Der Prozess wurde als „Hitlers Racheakt gegen die Freien Gewerkschaften“ interpretiert.¹³ Die Autoren erinnerten an die „beispielgebenden Lohnbewegungen der Metallarbeiter von Velbert, die als Arbeitsfronteinheiten [...] von ihren Unternehmern die Zurücknahme der Akkordkürzungen ertrotzten. In Wuppertal, Hagen, Velbert und Düsseldorf gelang es den illegalen Freien Gewerkschaftsgruppen in besonders starkem Maße, die Massen der deutschen Arbeitsfront zu Widerstandsaktionen und gegen die Zwangsspenden, gegen untertarifliche Lohnfestsetzung und Akkordschinderei zu mobilisieren.“¹⁴ Weiter wurde die Bedeutung der Wuppertaler Widerstandsbewegung betont: Das revolutionäre Wuppertal drohte zu einem eminenten Gefahrenherd für die nationalsozialistische Unterdrückungspolitik zu werden. Darum entsandte die Gestapo angeblich auf „persönlichen Befehl“ Leys und Himmlers die „organisierte Spezialtruppe“ Wecke nach Wuppertal. Die Ursache für die Massenverhaftungen wurde in dem Artikel nicht angesprochen. Der Artikel verwies aber auf „viehische Misshandlung“ und „barbarische“ Folterungen. Mit Hilfe „gemeinster Provokationsmethoden“ sei es gelungen, „viele Hunderte von tapferen freien Gewerkschaftern in die Falle zu locken.“¹⁵ Die Rote Hilfe und die KPD-Abschnittsleitung entwickelten in Zusammenarbeit mit Wuppertaler Exilanten eine exzellente Vorarbeit für eine internationale Kampagne, die in den Niederlanden vor allem zur Gründung des Wuppertal-Komitees führte und in Frankreich sehr frühzeitig Solidaritätsaktionen der französischen Gewerkschaften möglich machten.

2. Gründung des Wuppertal-Komitees (W.K.)

Die Idee zur Gründung eines Hilfs- und Öffentlichkeitskomitees soll der Abschnittsleiter der KPD in Amsterdam, Philipp Daub, gehabt haben.¹⁶ Im September/Oktober 1935 kam, so erinnerte sich Cläre Muth, mit Michael Tschesno-Hell¹⁷ auch ein Mitglied der illegalen Landesleitung aus Paris nach Amsterdam zu einem ersten Treffen. An diesem Treffen nahmen auch, wie schon beschrieben, Fritz Rüdtenklau und Cläre Muth teil.¹⁸ Nach der Aussage von Fritz Rüdtenklau vor der Gestapo

¹³ Rundschau, Nr. 63, 1935, S. 2541.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Philipp Daub wurde Ende 1935/Anfang 1936 Leiter der Roten Hilfe für Westdeutschland mit Sitz in Paris. Sein Deckname war „Paul“. Vgl. Peukert, KPD, S. 252f.

¹⁷ Vgl. BArch B, SAPMO, NY 4219. Michael Tschesno-Hell, geboren am 17.2.1902, war ein Drehbuchautor und Kulturfunktionär der DDR. Er drehte u.a. die Filme: „Karl Liebknecht“ und „Ernst Thälmann“. Seit 1922 in der KPD, Mitglied des BPRS (1925); Emigration Frankreich (1933-1942) und Schweiz (1942-1945), Redakteur der Flüchtlingszeitschrift „Über die Grenzen“, Vorstandsmitglied der Bewegung „Freies Deutschland“; Leiter des Verlages Volk und Welt (1947-1950); Mitglied der SED-BL Berlin (1958-1969); Vizepräs. (1967-1972) und Ehrenmitglied des Verbandes der Film- und Fernschaffenden (1972-1980); Ordentliches Mitglied der Akademie der Künste (1969-1980).

¹⁸ Vgl. Ünludag, Muth, S. 141-158. Cläre Muth gehörte 1937 möglicherweise als Textilarbeiterin dem Koordinationsausschuss deutscher Gewerkschafter an. Vgl. Mielke/Frese, 1933-1945, Bd. 5, Dok. 149. Quast, Cläre: Erinnerungen, BArch B, SAPMO, EA 0740/2.

1940, sollten die Wuppertaler Hochverratsprozesse öffentlichkeitswirksam ausgewertet werden.¹⁹

„Es sei aber nötig“, so gab Rüdtenklaus die Anweisung der Landesleitung aus Paris wieder, „dass die KPD wie auch die Rote Hilfe als Träger der ganzen Angelegenheit nicht zu sehr in Erscheinung trete. Zu diesem Zweck wolle man ein Komitee vornehmlich aus Holländern bilden, um der ganzen Sache einen neutralen Anstrich zu geben.“²⁰

Für diese Arbeit sollte ein Komitee gegründet werden, dem niederländische Bürger und Bürgerinnen vorstanden. Die aus Wuppertal emigrierte Cläre Muth hatte die Aufgabe, einflussreiche niederländische Bürger und Bürgerinnen für die offizielle Mitarbeit im Komitee zu gewinnen. Sie war die einzige, die mehr oder weniger öffentlich in Erscheinung treten und den Kontakt zu niederländischen Persönlichkeiten und Redaktionen suchen konnte, da sie die Ehefrau des in Gestapohaft gestorbenen Willy Muths war und darüber hinaus vor 1933 eine Zeit lang in den Niederlanden als Näherin gearbeitet hatte. Als ersten Schritt erreichte Cläre Muth, dass in der international veröffentlichten Gewerkschaftszeitung des Bekleidungsarbeiterverbands ein Artikel über die Wuppertaler Ereignisse erschien.

In dieser Zeit trat Cläre Muth auch auf einer Veranstaltung des Vrouwen Comité (Welt-Frauen-Verein) auf und warb um Unterstützung. Nach dieser Veranstaltung meldete sich Selma Meyer zur Mitarbeit.²¹

Im Dezember 1935 waren die Vorbereitungsarbeiten abgeschlossen. Ein „Initiativcomité zur Unterstützung der Schlachtopfer der Wuppertaler Prozesse“ verbreitete einen ersten Aufruf mit der Überschrift „Der Wuppertaler Gewerkschaftsprozess der Sechshundert“. Damit wird die Bezeichnung „Wuppertaler Gewerkschaftsprozess“ zum ersten Mal öffentlich benutzt. Das Komitee appellierte „An alle, die die Menschlichkeit verteidigen. Wir, Unterzeichnete! richten einen dringenden Aufruf an alle, die den Schlachtopfern des Wuppertaler Prozesses Hilfe mit der Tat leisten wollen. Mehr als je muss das Gewissen der Welt wachgerufen werden, damit jeder einsieht, dass nicht länger gewartet werden darf.“²² Als Erstunterzeichner fungierten Brechta Adama van Schelten, M. Clarion-Broekman, Dr. Frans Coenen, Dr. Clara Enthoven, Selma Meyer, Eva Raedt-de Canter, Henriette Roland Holst-van der Schalk und Nico van Suchtelen.

Weihnachten 1935 wurde schließlich das Komitee unter dem Namen „Centraal Comité Wuppertal Proces“ offiziell gegründet.²³ 60 Intellektuelle aus den Niederlanden, darunter viele prominente Professoren, Schriftsteller, Rechtsanwälte und Pastoren unterstützten das Projekt.

¹⁹ Langkau-Alex sieht das Wuppertal-Komitee ebenfalls als „Unterabteilung“ der Roten Hilfe an. Vgl. Langkau-Alex, Volksfront, Bd.1, S. 74; Peukert, KPD, S. 303.

²⁰ Gestapoakte Fritz Rüdtenklaus, LAV NRW R, RW 58, Nr. 19754.

²¹ Die Schreibweise des Namens Selma Meyer ist uneinheitlich, in deutschen Dokumenten und in der Beerdigungsanzeige wird der Name Cato Sarah Meyer verwendet.

²² Slachtoffer ist die niederländische Übersetzung von Opfer. Vgl. Bulletin 1, VVN-Archiv Wuppertal.

²³ Im weiteren Text verwende ich die Bezeichnung „Wuppertal Komitee“ (W.K.).

Den Vorsitz des Komitees übernahm Selma Meyer.²⁴ In ihrem Druck-, Schreib- und Versandbüro „Holland Typing Office“ wurden die Pressematerialien und Broschüren hergestellt. Selma Meyer war Mitglied der sozialdemokratischen SDAP und in der niederländischen Frauenbewegung aktiv. Sie arbeitete u.a. als Sekretärin der Hauptverwaltung des „Internationalen Frauenbundes für Frieden und Freiheit“.²⁵

Als Sekretär fungierte der Nervenarzt Dr. A.C. Oerlemans. Oerlemans war vorher u.a. im „Anti-Fascistisch Studenten Comité“ aktiv gewesen.²⁶ Kassiererin wurde Brechta Adama van Scheltema-Kleefstra. Für die Öffentlichkeitsarbeit war die ehemalige Lehrerin Anna Aleida Heijnen zuständig. In den Niederlanden trat sie unter dem Namen Lie Heijnen auf. Sie war bei der Prozessbeobachtung in Wuppertal anwesend und engagierte sich auf der Liste der Paten für „rotspanische Kinder“.²⁷ Außerdem war sie als Vorsitzende des pazifistischen „Wereld Vrouwencomité tegen Oorlog en Fascisme“ in Amsterdam aktiv.²⁸ Weiterhin arbeitete Pastor und Antimilitarist Nicolaas (Nico) Padt als Vize-Vorsitzender mit. Padt war Aktivist der christlichen antimilitaristischen Vereinigung „Kerk en Vrede“.²⁹

Darüber hinaus arbeiteten die deutschen Exilanten Alfons Kaps, Ewald Seiler, Arthur Gießwein, Georg Stendebach, Friedrich Kunz, Paul Röcker, Elisabeth Zbick und Ferdinand Voetter für das W.K.³⁰

Unterstützung fand das Wuppertal-Komitee auch bei den Linksozialisten Franz Vogt und Erich Kuttner. Beide gehörten zur Amsterdamer Sektion der „Revolutionären Sozialisten Deutschlands“ (RSD), die von Siegfried Aufhäuser und Karl Böchel gegründet wurde.

3. Politische Ausrichtung und Zusammensetzung des Wuppertal-Komitees

Über die politische Ausrichtung des W.K. ist bisher wenig bekannt: Ursula Langkau-Alex sieht das Wuppertal-Komitee als „Unterabteilung“ der Roten Hilfe an.³¹ Beatrix Herlemann schätzte das W.K.

²⁴ Vgl. Selma-Cato Meyer. Vortrag von Hildegard Wester vom 25.10.2001. MS.

²⁵ Vgl. die seit 1915 bestehende IFFF Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit.

²⁶ Vgl. Hanssen, Léon: *Sterven als een polemist: Menno ter Braak 1930-1940*, Amsterdam 2001, S. 339.

²⁷ Vgl. Schmidt, *Vernetzungen*, S. 72. Siehe auch BArch B, ZC 19817; Gestapoakte Aleida Alma, (Li Heijnen) NIOD, RW 58, Nr. 74405.

²⁸ Vgl. Gestapoakte Aleida Alma, NIOD, RW 58, Nr. 74405.

²⁹ Vgl. Cort, *Van vrouwen, vrede en verzet*; Selma Meyer, S. 26.

³⁰ Aufzählung in: *Deutsche Emigranten im „Wuppertaler Komitee“*, NIOD, Gestapoakte A.C. Oerlemans RW-58 Nr. 75709. Vgl. Ferdinand Voetter, LAV NRW R, RW 58, Nr. 25595. Voetter, geboren am 8.9.1902 in Wörishofen, gelernter Schlosser aus Düsseldorf, Mitglied der KPD seit 1924, war Redakteur der „Freiheit“ und Mitglied der Bezirksleitung Niederrhein. 1929 wurde er seiner Funktionen enthoben, weil er sich "oppositionell" betätigt hatte. 1931 bis 1933 arbeitete bei einem kommunistischen Verlag in Berlin. Am 4.5.1933 wurde er festgenommen wegen des Verdachtes für die RH zu arbeiten. „Voetter ist ein derartig fanatischer und verstockter Kommunist, der seine Aussagen verweigerte, so dass ihm die Betätigung nicht nachgewiesen werden konnte.“ Er wurde aber weiter in Schutzhaft bis zum 31.3.1934 gehalten. Nach weiteren vorübergehenden Festnahmen flüchtete er nach Holland. Er war mit Lotte Voetter verheiratet und hatte ein Kind. Nach dem Bericht des Kriminalkommissars Vogt hatte seine Frau nach seiner Flucht die Scheidung eingereicht. Vgl. Bericht von Vogt am 28.10.1936, ebd.

³¹ Vgl. Langkau-Alex, *Volksfront*, Bd. 1, S. 74.

als Gründung im Auftrag des ZK der KPD ein.³² „Es sollte ein Aktiv parteipolitisch neutraler, angesehener holländischer Bürger gebildet werden, das nach außen hin das Anliegen des Komitees vertrat. Mitglieder der CPN [der niederländischen KP] wie [...] der KPD-Emigration hatten dabei im Hintergrund zu bleiben und die eigentliche Arbeit zu leisten, also eine Schöpfung im echt Münzenbergischen Sinne.“³³ Für Detlev Peukert arbeitete das Komitee „unter dem Firmenschild eines holländischen Vorstands mit bürgerlicher Reputation aus einem Arzt, einer Schriftstellerin und einer Lehrerin“.³⁴ Peukert attestiert gleichwohl dem W.K. eine „gewisse Resonanz in der Öffentlichkeit. [...] Zwar gelang es ihm nicht, größere Teile der Emigration zu erfassen, aber seine Propaganda spielte eine nicht zu unterschätzende Rolle in der Öffentlichkeit.“³⁵ Der Aufruf zur Solidarität sei „idealtypisch das kommunistische Leitbild des Antifaschismus“.³⁶

Auch der niederländische Autor Bart de Cort zweifelt die politische Eigenständigkeit der Mitglieder im W.K. an. De Cort weist darauf hin, dass die meisten der über 70 Unterstützer des W.K. „nur“ ihren Namen hergaben, dies auch gleichzeitig in zahlreichen anderen Unterstützungskomitees taten und sich an der praktischen Arbeit im Komitee nicht beteiligten.³⁷

Diese Sichtweise der Historiker, das W.K. als Werkzeug der KPD/RH bzw. der CPN anzusehen und den Akteuren eine politische Eigenständigkeit abzusprechen, findet sich auch in den zeitgenössischen Interpretationen sowohl der deutschen Behörden wie auch der nichtkommunistischen Organisationen und Institutionen wieder: Die deutschen Behörden waren durch das deutsche Konsulat in Den Haag im September 1936 über die personelle Zusammensetzung umfassend informiert worden. Die deutsche Gesandtschaft in Den Haag nutzte ihre intensiven Arbeitsbeziehungen zur niederländischen Polizei und konnte am 22. September 1936 ein umfangreiches Dossier mit 77 Personalinformationen an das Auswärtige Amt in Berlin schicken. Von den 77 benannten Persönlichkeiten konnten 49 direkt als Mitglieder des W.K. zugeordnet werden. Die 28 übrigen Personen waren Mitglieder des „Comité van Waakzaamheid van Nederlandse intellectuelen tegen het nationaal-socialisme“. Die Gesandtschaft berichtete nach Berlin, dass das Wuppertal Komitee in der Hauptsache von jüdischen und kommunistischen Intellektuellen gegründet worden sei und dass diese auch zum Teil in einem „Wachsamkeitskomitee antinationalsozialistischer Intellektueller“ (Comite van Waakzaamheid van antinationaalsocialistische Intellectueelen) organisiert. Dort, so der Bericht, sammelten sich Intellektuelle aus allen Parteien, die Angst vor dem Nationalsozialismus hätten, vor allem aber

³² Vgl. Herlemann, Emigration, S. 144.

³³ Ebd., S. 149.

³⁴ Peukert, KPD, S. 303.

³⁵ Ebd.

³⁶ Vgl. ebd.

³⁷ Vgl. Mitteilung von Bart de Cort vom 6.5.2008.

solche, die stark antideutsch orientiert seien.³⁸

Dass sich niederländische Intellektuelle politisch eigenständig in Komitees wie dem W.K. oder dem „Wachsamkeits-Komitee“ organisierten, ohne dass das von der KPD oder der Internationalen Roten Hilfe befohlen wurde, war offensichtlich für das RSHA und die Gestapo kaum vorstellbar. Sie gingen davon aus, dass man aus Tarnungsgründen Niederländer als offizielle Leiter des Komitees vorgeschoben hatte. „Weiter hatte man etwa 60 führende Persönlichkeiten Hollands geworben, Personen, die nicht alle der KPD angehörten bzw. nahestanden, sondern auch sonstigen deutschfeindlichen Bevölkerungskreisen entnommen waren.“³⁹

Das RSHA wies in einem Erlass vom 1. September 1941 zusätzlich darauf hin, dass „zahlreiche dieser Persönlichkeiten auch in anderen deutschfeindlichen Organisationen pp. bekannt geworden sind.“⁴⁰ Auch in den Augen der Gestapo in Düsseldorf stellte das W.K. eine Tarnorganisation der KPD dar, die sorgsam vermied, sich einen politischen Anspruch zu geben. Der humanitäre Gedanke sollte laut einem Bericht an das RSHA im Vordergrund stehen, weil „der Niederländer an sich für den politischen Kommunismus wenig zugänglich war und sich einer überdemokratischen Scheinwelt verschrieben hat.“⁴¹ Humanitätsgedanken, Deutschfeindlichkeit und besondere Feindlichkeit gegenüber dem Nationalsozialismus seien in der niederländischen Bevölkerung und besonders in der „Intelligenzlerschicht“ stark verwurzelt.⁴² So interpretierte die Gestapo das W.K. als Ansammlung von ausgeprägten „Kulturbolschewisten“, Pazifisten und „Überdemokraten“.⁴³ Der niederländische Inlandsgeheimdienst charakterisierte das W.K. als „Mantelorganisatie“ und Nebenorganisation der IRH oder als „neuesten Planeten von Moskau“, das im engen Kontakt mit der Internationalen Roten Hilfe stünde.⁴⁴ Auch Abraham Hessels, Sekretär des Utrechter Wuppertal Komitees, schätzte das W.K. als eine kommunistische Tarnorganisation ein. „Es war für ihn und andere Mitglieder offensichtlich, dass Lie Heijnen von holländischen Kommunisten aus Utrecht eingeflüstert worden war, was sie auf Zusammenkünften mit dem Utrechter W.K. zu sagen hätte.“⁴⁵

Einfluss der Roten Hilfe

Unstrittig ist, dass das W.K. eine Gründung der kommunistischen Roten Hilfe in enger Verbindung mit der (kommunistischen) Emigrationsleitung in Amsterdam und der Unterstützung der KPD-

³⁸ Vgl. BAArch B, PST 3/312.

³⁹ Dossier zum Central Wuppertal Komitee, ohne Verfasser, ohne Datum, NIOD, Gestapoakte Adrianus Oerlemans RW 58, Nr. 75709.

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ Gestapo Düsseldorf an das RSHA, 10.1.1942, NIOD, Gestapoakte Adrianus Oerlemans, RW 58, Nr. 75709.

⁴² Vgl. ebd.

⁴³ Vgl. ebd.

⁴⁴ Jaarbericht 1936, Linksche arbeiders-organisaties, Generale Staf (Algemeen Hoofdkwartier) 1914-1940, Algemeen Rijksarchief, Den Haag, [http://www.inghist.nl/Onderzoek/Projecten/Rapporten/CentraleInlichtingendienst 1919-1940](http://www.inghist.nl/Onderzoek/Projecten/Rapporten/CentraleInlichtingendienst%201919-1940).

⁴⁵ Mündliche Auskunft von Bart de Cort.

Auslandleitung in Paris war. Das kommunistische Exil war in Amsterdam personell gut aufgestellt. Mit Wilhelm Knöchel und Werner Kowalski waren zwei ZK-Anwärter der KPD vor Ort. Werner Kowalski wurde zudem zum Verantwortlichen für die Rote Hilfe benannt. Mit Philipp Daub war ein erfahrener Funktionär als Abschnittsleiter verantwortlich. Aus Wuppertal waren Cläre Muth, Alfons Kaps, Friedrich Rüdtenklau, Ewald Seiler, Arthur Gießwein, Georg Stendebach, Friedrich Kunz, Paul Röcker und aus dem Bezirk Niederrhein der gebürtige Bayer Ferdinand Voetter in die Arbeit einbezogen worden.

Die Zusammenstellung der Pressebulletins lag in der Verantwortung der Wuppertaler Emigranten und von Werner Kowalski, der als Lüdenscheider Kommunist die politischen Verhältnisse im benachbarten Wuppertal sehr gut kannte. Auch die Beteiligung der Roten Hilfe und von Philipp Daub an der Erstellung der Propagandamaterialien und Pressebulletins ist nachzuweisen. Die Rote Hilfe in den Niederlanden entwickelte in enger inhaltlicher Abstimmung mit dem W.K. eine Reihe von Protestbriefen etc. an Institutionen in Wuppertal und im Deutschen Reich, die aus allen Ländern abgeschickt werden sollten.⁴⁶ Eine Initiative, die in ganz Europa aufgegriffen wurde, wie die zahlreichen in Archiven erhalten gebliebenen Unterschriftenlisten, Petitionen und Briefe zeigen. Ein weiterer Schwerpunkt war die Erstellung von Hintergrundmaterialien für Gewerkschafter in den verschiedenen Ländern. Nach der Solidaritätsresolution des IGB für die Wuppertaler Arbeiter vom 16. Januar 1936 wurden spezielle Betriebsberichte und vorformulierte Briefe verfasst, um die Gewerkschaften international zu mobilisieren, aber auch um in interne betriebliche Auseinandersetzungen in Wuppertal zu intervenieren.

Die Rote Hilfe verfasste Dossiers über die betriebliche Situation u.a. bei Huppertsberg und Budde und stellte spezielle Portraits von verhafteten Arbeiterinnen und Arbeitern zusammen, um eine internationale Brief- und Pressekampagne mit genauen Informationen zu fundieren. Die RH organisierte eine Art internationale Telefon- und Briefkampagne. Vertrauensräte in den Betrieben, DAF-Büros und die Justiz wurden mit Telefonaten und Briefen überschwemmt. Das OLG Hamm verschickte 1936 z.B. einen Bericht an das Justizministerium mit 1200 Anlagen! Die Wuppertal-Kampagne schien für die RH erfolgreich zu sein: „Es gelang uns zum ersten Mal, hier wirklich eine Kampagne unter den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern zu entfesseln, die nicht nur ihren Ausdruck fand in zahllosen Artikeln und eingesandten Briefen in der Fachpresse, sondern auch in einer Serie von sehr guten Aufsätzen im Zentralorgan der [niederländischen] Sozialdemokratischen Partei.“⁴⁷ Diese Mobilisierungserfolge fanden ein baldiges Ende, als die Moskauer Säuberungen begannen.

⁴⁶ Vgl. IISG, Collectie CPH Moskou: Rol 44 Fonds 539, opis' 3 (IRH, 1936-1940) 582-586.

⁴⁷ Ebd.

Parteisolddaten der Kommunisten?

Die niederländischen Akteure des W.K., die Mitglieder des Arbeitsausschusses, die Redner in den Versammlungen, die Teilnehmer an den Delegationen und die zum Teil sehr prominenten Unterstützer sind aber keineswegs als vorgeschobene „Parteisolddaten der KPD“ oder der niederländischen CPN anzusehen. Die Vorstandsmitglieder und auch die meisten Unterstützer waren selbst politische Aktivisten. Besonders Selma Meyer war, wie ihr weiterer Lebensweg beweist, eine erfahrene sozialistische Politikerin, die ihren Arbeitsschwerpunkt in der pazifistischen Frauenbewegung hatte und die nach 1937 die Zusammenarbeit mit den bündischen Gruppen um Theo Hespers und Hans Ebeling favorisierte.⁴⁸

Die Liste der ungefähr 80 namentlich bekannten Unterstützer und Aktivisten liest sich wie ein „Who is Who“ der niederländischen Arbeiter-, Frauen- und Friedensbewegung. Herauszuheben sind die international bekannte Frauenrechtlerin und Friedensaktivistin C.R. Ramondt-Hirschmann, der Philosoph Hendrik Josephus Pos, der Historiker Jan Romein, der Rechtsanwalt Isaak Kisch und die Grande Dame der niederländischen Arbeiterbewegung Henriette Roland Holst-van der Schalk. Die Mitglieder des W.K. waren keineswegs nur Staffage der kommunistischen Einheits- und Volksfrontpolitik. Viele der Prominenten hatten sich bereits vorher für deutsche Flüchtlinge eingesetzt und waren seit Juni 1936 im „Komitee für Wachsamkeit“ organisiert.⁴⁹ Sie waren in der Mehrzahl keine treuen Parteigänger der Kommunistischen Partei oder gar Befehlsempfänger von Stalins Sowjetunion, sondern zum Teil ausgewiesene Kritiker und Dissidenten der kommunistischen Bewegung. Einige der Persönlichkeiten, u.a. Henriette Roland Holst-van der Schalk, waren schon während des Ersten Weltkrieges mit Lenin und Trotzki persönlich verbunden gewesen und hatten zum Teil die niederländische KP aus politischen Gründen in den zwanziger Jahren verlassen. Unklar aber bleibt, wer sich von den etwa 80 Unterstützern aktiv an der politischen Alltagsarbeit des W.K. beteiligt hat. Gab es Zusammenkünfte oder Veranstaltungen und wie waren die Unterstützer politisch und sozial eingebunden?

Zu konstatieren ist zunächst, dass es in den Niederlanden eine erstaunlich hohe Bereitschaft gab, antinazistische Komitees zu unterstützen. Viele der prominenten Unterzeichner waren aber gleichzeitig in diversen anderen Komitees eingeschrieben. Ein Großteil der Unterstützer war wie gesagt auch im Wachsamkeits-Komitee aktiv oder engagierte sich für Flüchtlinge aus Deutschland und für Kinder aus Spanien.⁵⁰ Viele werden daher allein schon aus Zeitgründen nur ihren „guten

⁴⁸ Vgl. Finke-Gödde, Jutta: Theo Hespers, Mönchengladbach 2004, (Bd. 22 „Zeugen städtischer Vergangenheit“); Schmidt, Fritz: Ein anderes Deutschland. Widerstand und Verfolgung durch NS-Organen – Der Kreis um Hans Ebeling und Theo Hespers im Exil, Edermünde 2005.

⁴⁹ Gerrit Mannoury und Roland Holst hatten schon am 18.3.1933 ein erstes Komitee gegen den Terror in Deutschland gegründet. Gleichwohl war auch das Wachsamkeits-Komitee in der bürgerlichen Öffentlichkeit als „kommunistisch“ stigmatisiert.

⁵⁰ Gegenspieler der linken Organisationen war die 1935 gegründete Bewegung „Einheit durch Demokratie“ (EDD) (Eenheid door Democratie), die sich gleichermaßen gegen den Faschismus und den Kommunismus richtete.

Namen“ für das W.K. hergegeben haben.

Binnenstrukturen

Es ist nicht einfach, das Innenleben des W.K. zu beurteilen. Nach außen hin traten nur der Arbeitsausschuss und die Unterstützer des W.K. namentlich auf. Die deutschen Emigranten arbeiteten bis auf Cläre Muth nicht öffentlich mit. Insgesamt 9 0 Unterstützer konnten gewonnen werden, es gab aber auch Fluktuation in ihren Reihen, Unterstützer schieden aus, andere kamen hinzu. Gründe für den Austritt sind nicht überliefert.⁵¹

Die Mobilisierung neuer Unterstützer und die Geldsammlungen für die Angehörigen der politischen Gefangenen in Wuppertal liefen weitgehend über die Verschickung von Spendenaufrufen und Pressebulletins, die über Selma Meyers Schreibbüro hergestellt und vertrieben wurden.

Das W.K. ging mit den Namen der niederländischen Mitglieder öffentlich und offensiv um. In ihren Begleitschreiben zu den Bulletins und auch in den Bulletins selbst wurden die Mitglieder namentlich benannt. Die öffentlich bekannt gemachten Mitgliederzahlen im „Empfehlungsausschuss“ oder „Ehrenausschuss“ schwankten. Das zweite Bulletin nannte 49 Personen. Im April 1936 wurden 53 Personen namentlich aufgezählt. Wie die deutsche Gesandtschaft in Den Haag betonte, waren von 49 Mitgliedern des W.K. 14 Personen „jüdischer Herkunft“. Auch der Frauenanteil war relativ hoch. 13 von 49 Personen, die die Gesandtschaft in ihren Dossiers benannte, waren Frauen. Das „Initiativcomite“ zur Gründung des W.K. bestand zunächst aus acht Personen, davon waren sechs Frauen.

Zu unterscheiden ist zwischen den Mitgliedern im Vorstand, der auch als „Arbeitsausschuss“ bezeichnet wird, den einfachen Mitgliedern im sog. „Ehrenausschuss“ bzw. im „Empfehlungsausschuss“ und den deutschen Mitgliedern, die verdeckt arbeiten mussten und nicht namentlich auftauchen konnten. Die Mitglieder des Ehrenausschusses (Empfehlungsausschuss) unterstützten das W.K. durch ihre Unterschrift. Darüber hinaus haben sich nur wenige niederländische Unterstützer an den öffentlichen Aktivitäten in den Niederlanden oder an den Delegationsreisen nach Deutschland beteiligt.

Es sind nur wenige interne Versammlungen des W.K. nachweisbar. Sie waren, so die Berichte, nur von wenigen Personen besucht. Größeren Erfolg hatten die Versammlungen und Kundgebungen zu den Wuppertaler Gewerkschaftsprozessen. So trat Lie Heijnen zusammen mit dem Pastor Padt in Groningen vor 400 Personen auf, um über die Ergebnisse und Eindrücke der Delegationsreisen zu berichten.

⁵¹ Eine Ausnahme bildet ein überlieferter Fall von inhaltlichen Kontroversen wegen eines Artikels im 4. Pressebulletin. Die Frau des niederländischen Schachweltmeisters Euwe-Bergmann hatte ihren Austritt angekündigt, sie wurde auch von der Liste des Komitees genommen. Vgl. A.C. Oerlemans, WK, an Euwe-Bergmann vom 18.5.1936, IISG, Collectie Centraal Wuppertal Comité.

Mitglieder des Wuppertal-Komitees

Selma Meyer

Selma Meyer wurde am 6. Juli 1890 in Amsterdam geboren.⁵² Die jüdische Niederländerin wuchs in Amsterdam auf, absolvierte die Handelsschule und war anschließend zehn Jahre lang als Stenotypistin tätig. Seit 1923/1924 leitete sie ein erfolgreiches Druck-, Schreib- und Versandbüro. 1939 arbeiteten über 40 Mitarbeiter in ihrem Unternehmen. Selma Meyer war zunächst von 1919 bis 1924 Mitglied der „Theosofische Vereniging“. Seit 1923 engagierte sie sich in der niederländischen Frauenbewegung. Sie trat in die Frauenliga ein, die gleichzeitig die niederländische Sektion der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit war, die sich seit 1915 für Abrüstung, für die Abschaffung von Gewalt, für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit und für Konfliktlösungen durch Verhandlungen einsetzte. Die "Women's International League for Peace and Freedom" (WILPF) wurde 1915 von 1.500 Frauen in Den Haag mit dem Ziel gegründet, zwischen den Kriegsmächten zu vermitteln. Zu Beginn der dreißiger Jahre kämpfte die Frauenliga verstärkt gegen das Aufkommen des Faschismus. Selma Meyer war Sekretärin der Frauenliga und vertrat 1937 die Niederlande als Delegierte bei dem internationalen Treffen der Liga in Genf. Selma Meyer war zudem bis 1936 in der Sozialistischen Partei der Niederlande SDAP organisiert.⁵³ Selma Meyer war in zahlreichen weiteren Organisationen aktiv. Bart de Cort nennt noch das „Neutraal Vrouwencomité vor Vluchtelingen“, das „Ossietzky Comité und das Abessinie- Comité.“⁵⁴

Adrianus Cornelius Oerlemans

Oerlemans wurde am 30. September 1909 in Vrijhoeve-Capelle geboren. Er studierte Medizin und arbeitete als Arzt in Amsterdam. Er war mit M. Oerlemans-Körner verheiratet und hatte 1941 ein 10-jähriges Kind. Seine Ehefrau war ebenfalls politisch aktiv.⁵⁵ Sie engagierte sich im „Wereld Vrouwen-Comitee tegen oorlog en fascisme“ (Weltfrauen-Komitee gegen Krieg und Faschismus) und war Mitglied einer Kommission zur Vorbereitung des „Comité voor Carl von Ossietzky“. Oerlemans arbeitete 1935 als praktischer Arzt in einem Amsterdamer Arbeiterviertel. Auf Grund seiner sozialen Einstellung und seiner Hilfsbereitschaft wurde er als „Kommunistendoktor“ bezeichnet. Vor seinem Engagement im W.K. war Oerlemans im „Anti-Fascistisch Studenten Comité“ aktiv und mit dem Ehepaar Jan und Annie Romein befreundet.⁵⁶ Anfang Januar 1936 folgte

⁵² Jetzt auch: Bart de Cort: Van vrouwen, vrede en verzet; Selma Meyer (1890-1941) en haar Holland Typing Office. 2. , u.a. um die vollständige Korrespondenz an, von und über Selma Meyer erw. Neudruck. Hamilton ON (Canada) 2015.

⁵³ Vgl. Selma-Cato Meyer. Vortrag von Hildegard Wester vom 25.10.2001. MS.

⁵⁴ Vgl. Cort, Van vrouwen, vrede en verzet; Selma Meyer, S. 24-25.

⁵⁵ Vgl. Gestapoakte A.C. Oerlemans, NIOD, RW 58, Nr. 75709.

⁵⁶ Vgl. Hanssen, Léon: Menno ter Braak (1902-1940). Leben und Werk eines Querdenkers, Münster u.a. 2011, S. 276. Der Publizist und Historiker Jan Romein war seit Anfang der zwanziger Jahre Redakteur der kommunistischen Parteizeitung „De Tribune“. Nach einer „Revolte gegen die Parteiführung“ wurde Romein 1927 aus der

Oerlemans einer Einladung zu einer Zusammenkunft im Restaurant Atlantic in Amsterdam-Westeinde. Auf dieser Zusammenkunft, auf der etwa 10 bis 15 Personen anwesend waren, war Selma Meyer die einzige Rednerin. Dort wurde das W.K. gegründet und Oerlemans soll sich spontan zur Mitarbeit im Vorstand bereit erklärt haben. Oerlemans reiste in den folgenden Monaten insgesamt zweimal mit einer Delegation nach Wuppertal. Nach der Rückkehr der ersten Delegation berichteten die Delegationsmitglieder in einer vom Komitee einberufenen Versammlung im Amsterdamer American Hotel.⁵⁷ Im April 1936 fand noch einmal eine Versammlung des „Wereld Vrouwen Comité“ im Gebäude der „Theosofische Vereniging“ in Amsterdam statt. Anwesend waren sechzig bis siebzig Personen. Referate hielten u.a. Lie Heijnen, Sik Ien Tjoa und A.C. Oerlemans.

Weitere Aktivitäten für das W.K. sind nicht bekannt.

Als sog. „Hausfreund“ von Jan Romein und Annie Romein-Verschoor wurde Oerlemans im Juni 1936 auch Mitglied des „Comité van Waakzaamheid“. Während der Gründungsphase amtierte er vorübergehend sogar als Sekretär und Schriftführer. Nach dem Urteil des Dichters Menno ter Braak erinnerte der junge Oerlemans ihn an Robespierre, „so besessen war er in seinem Antifaschismus“.⁵⁸ Diese „Besessenheit“ hätte dazu geführt, dass er von der sozialdemokratischen und katholischen Presse als Kommunist stigmatisiert wurde, obwohl er kein Parteimitglied war. Aufgrund dieser Veröffentlichungen sah er sich auch gezwungen, sich von seinen Ämtern im Wachsamkeits-Komitee zurückzuziehen.⁵⁹

Nach der Auflösung des W.K. trat Oerlemans Anfang 1937 dem „Nieuw-Malthuseaansche Bond“ bei und wurde Vorstandsmitglied des Bundes. Da sich Oerlemans auf dem Gebiet der Psychiatrie spezialisieren wollte, verkaufte er im Juli 1940 seine Praxis. Im Herbst 1940 wurde er Assistenzarzt in der neurologisch-psychiatrischen Klinik im Wilhelmina Gasthuis in Amsterdam.⁶⁰

Kommunistischen Partei ausgeschlossen, blieb aber im Dunstkreis der Partei und soll ab 1930 als „geheimes Mitglied“ der KP gearbeitet haben.

⁵⁷ Vgl. Preußische Gestapo an Gestapo Berlin vom 31.1.1936, BArch B, R 58/339.

⁵⁸ Hanssen, Léon: Menno ter Braak (1902-1940). Leben und Werk eines Querdenkers, Münster u.a. 2011, S. 277. Vgl. Brief von M. ter Braak aan E. du Perron, den Haag, 7.4.1936, in: Menno ter Braak & E. du Perron, Briefwisseling 1930-1940. Deel 4 (ed. H. van Galen Last), Amsterdam 1967, S. 444-445; G.R. van der Ham, Het Comité van Waakzaamheid van Anti-Nationaal-Socialistische intellectuelen, bijlage: ‘Protokol van het gesprek met de heer A.C. Oerlemans gehouden op donderdag 11.11.1965 van 20.00 uur-22.00 uur’; L.R. Wiersma, Het Comité van Waakzaamheid van anti-nationaalsocialistische intellectuelen (1936-1940), S. 131.

⁵⁹ Vgl. ebd. Nach Leon Hanssen gab es vor allem von sozialdemokratischer Seite (Het Volk) Beschwerden gegen seine Person. Daher wurde Oerlemans als Sekretär des Com. v. Waakzaamheid durch Dr. Loenen abgelöst. Er hatte aber einen aktiven Anteil an der Errichtung des Komitees und hat die Gründungserklärung zusammen mit Ter Braak, Romein und Loenen formuliert. Zum Wachsamkeits-Komitee vgl. Boterman, Frits W.: Die außenpolitischen Beziehungen zwischen den Niederlanden und Deutschland: Ungleichzeitigkeiten in einem asymmetrischen Verhältnis, in: Moldenhauer, Gerhard/Vis, Jan (Hg.): Die Niederlande und Deutschland. Einander kennen und verstehen, Münster 2001, S. 345.

⁶⁰ Das Wilhelmina Gasthuis wurde von den Deutschen als Wester Gasthuis bezeichnet und teilweise als Luftwaffenlazarett genutzt

Anna Aleida Alma-Heijnen (Lie Heijnen)

Anna Aleida Heijnen wurde am 8. Januar 1909 in Emmen geboren. Sie war von 1933 bis 1938 mit dem Wehrdienstverweigerer und Anarchisten Siert Tillema verheiratet. Sie engagierte sich im Friedenskomitee und im „Wereld Vrouwen Comité“ und war als Lehrerin tätig. Im März 1935 trennte sie sich von ihrem Mann und zog nach Amsterdam. Da sie noch nicht geschieden war, konnte sie nicht mehr als Lehrerin arbeiten und war deswegen auf Gelegenheitsarbeiten angewiesen. Ende 1935 war sie als Sekretärin im Büro von Selma Meyer tätig, später arbeitete sie bei einem Zahnarzt.

1936 war die Aktivistin als Propagandistin für das W.K. tätig und nahm in dieser Funktion an einer Delegationsreise nach Wuppertal teil. Anschließend trat sie als Versammlungsrednerin in den Niederlanden auf. Neben dem Engagement für das W.K. war sie vor allem im „Internationalen Frauenbund für Frieden und Freiheit“ (IVVV) engagiert. Zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit wurde die Solidaritätsarbeit mit Spanien. 1936 war sie Vorsitzende der „Commissie Hulp aan Spanje“ und nahm 1935, 1937 und 1939 an Delegationen nach Spanien teil. Von 1937 bis Anfang 1940 war sie die Vorsitzende des „Wereld-Vrouwen Comité“ (WVC) gegen Krieg und Faschismus in Amsterdam und Redakteurin des Monats-Organs „Vrouwen“. Im WVC hatten kommunistische Frauen großen Einfluss, wie sich Lie Heijnen später erinnerte. Sie selbst sei aber nie Mitglied der CPN geworden. Als Delegierte des WVC wurde sie 1935 nach Saarbrücken entsandt, um die Saarabstimmung zu beobachten. Unter ihrer Leitung führte das WVC 1938 Protestaktionen gegen die Hinrichtung von Liselotte Hermanns durch, die als erste Widerstandskämpferin zum Tode verurteilt wurde. 1940 heiratete sie den Kunstmaler Peter Alma. 1941 wurde ihre Tochter geboren.

Henriette Roland Holst-van der Schalk (1869-1952)

Henriette Roland Holst-van der Schalk war die Grande Dame des niederländischen Sozialismus. Die Dichterin, Schriftstellerin und streitbare Kommunistin war verheiratet mit dem Künstler Richard N. (Rik) Roland Holst. Mit 29 Jahren schloss sie sich der „Sociaal-Democratische Arbeiders Partij“ (SDAP) an. Mit Hermann Gorter und Anton Pannekoek bildete sie seit 1902 eine radikale Opposition gegen die revisionistischen Tendenzen in der SDAP. 1909 war sie Mitbegründerin der SDP, der ersten linksradikalen Organisation in Europa. Von 1896 bis 1921 war sie Redakteurin der „De Nieuwe Tijd“ und 1915 Mitbegründerin des „Revolutionair-Socialistisch Verbond“, der sich 1916 mit der „Sociaal-Democratische Partij“ (SDP) zusammenschloss. Sie nahm an der Zimmerwalder-Konferenz von 1915 teil, wo sie zusammen mit Lenin, Radek, Pannekoek und Sinowjew an der Zeitschrift der Zimmerwalder Linken mitarbeitete. Sie war persönlich mit Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Leo Trotzki bekannt und besuchte regelmäßig die Kongresse der Sozialistischen Internationalen und später der Komintern. Anders als Gorter und

Pannekoek verblieb sie zunächst in der KP. Mit Unterbrechungen war sie Mitglied der holländischen kommunistischen Partei CPH bis 1927, danach engagierte sie sich als Rätekommunistin und für den religiösen Sozialismus. Sie ließ sich auch von den gewaltfreien Theorien von Gandhi und Tolstoi inspirieren.

Sik Ien Tjoa

Sik Ien Tjoa wurde am 5. September 1907 in Surabaya in Indonesien geboren.⁶¹ Nach seinem Medizinstudium in Amsterdam lernte er dort A.C. Oerlemans kennen. Sik Ien Tjoa war Mitbegründer der linken Union der chinesisch-stämmigen Indonesier (SPTI). Er engagierte sich als Mitarbeiter von Selma Meyer und war Teilnehmer der niederländischen Delegation des W.K. in Wuppertal. Am 8. Dezember 1936 kehrte er nach Beendigung seines Medizinstudiums nach Indonesien zurück. Nach dem Krieg war er (zeitweise im Rang eines Ministers) aktiv an den Verhandlungen über die Unabhängigkeit Indonesiens beteiligt. Im indonesischen Unabhängigkeitskampf wurde er während der sogenannten „Zweiten Polizeiaktion“ von der niederländischen Besatzungsmacht 1949 für 9 Monate gefangen genommen.⁶² Er wurde 1950 auf der Konferenz in Warschau zum Mitglied des „World Peace Council“ als Vertreter Indonesiens gewählt.

In den 1960er-Jahren (bis 1965) setzte er sich (als Reaktion auf die ethnische Quotenregelung beim Hochschulzugang) für den undiskriminierten Hochschulzugang für Angehörige der Minoritäten Indonesiens (u.a. durch den Aufbau der „Baperki -Res Publika Universität“ in Surabaya) ein.⁶³ Baperki wurde 1965 unter Suharto verboten. Von 1965 an lebte er im österreichischen Exil, wo er am 16. Juli 1987 in Wien starb.

Clara Enthoven

Clara Enthoven stammte aus einer jüdischen Familie. Sie wurde am 21. Dezember 1901 in Medan geboren. Als Rechtsanwältin und Krankenpflegerin arbeitete sie in Den Haag, später in Utrecht. Sie war Anwältin der Rode Hulp, Mitglied im Wachsamkeitskomitee und Sprecherin der Kampagne gegen die Verschärfung des Asylrechts. Weitere Funktionen hatte sie als Leitungsmitglied der niederländischen Abteilung des „Internationale Vrouwenbond voor Vrede en Vrijheid“ (IVVV) und als Vize-Schatzmeisterin der „Commissie van Voorlichting inzake de Dienstweigeringswet“ (zur Unterstützung der Dienstverweigerer).

⁶¹ Die ergänzenden Informationen stammen von A Min Tjoa.

⁶² Ebd.

⁶³ Ebd.

Franz Vogt

Franz Vogt, Jahrgang 1899, war Vorsitzender des Reichsbanners in Bochum und Angestellter beim Hauptvorstand des freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverbandes (Alter Verband). Er war ab 1932 Abgeordneter der SPD im Preußischen Landtag. Im April 1933 wurde Franz Vogt durch die SA in Bochum schwer misshandelt. Diese Misshandlungen wurden für ihn zu einem traumatischen Schlüsselerlebnis. Seit dieser Zeit schien er entschlossen, „den nationalsozialistischen Bestien nicht noch ein zweites Mal lebend in die Hände zu fallen“ und den Freitod nochmaligen Folterungen vorzuziehen, die „nur einmal zu ertragen waren“, ohne Selbstachtung und Würde zu verlieren.⁶⁴ Franz Vogt fühlte sich als Gewerkschaftslinker nicht für den „ruhmlosen Zusammenbruch der Gewerkschaftsbewegung“ verantwortlich.⁶⁵ Aber „selbst wenn wir dafür verantwortlich wären, könnte [es] denn für einen kämpferischen Sozialisten etwas anderes geben, als nach der Niederlage damit anzufangen, neu aufzubauen, selbst wenn die Arbeit mühsam und gefährlich sein sollte?“⁶⁶ Im Januar 1935 waren die beiden linken SOPADE-Vorstandsmitglieder Siegfried Aufhäuser und Karl Böchel aus der SOPADE ausgeschlossen worden und so endete auch die Zusammenarbeit des Prager Vorstandes mit einem Großteil der Amsterdamer Sozialdemokraten um Franz Vogt. Kurze Zeit später wurde ein „Arbeitskreis revolutionärer Sozialisten“ aufgebaut. In der programmatischen Schrift „Der Weg zum sozialistischen Deutschland – eine Plattform für die Einheitsfront“ wurde sowohl der Reformismus der SPD-Führung wie die ultralinke KPD-Politik kritisiert. Die revolutionären Sozialisten (RS) sprachen sich daher für die Schaffung einer revolutionären sozialistischen Einheitspartei aus. Dieser Zusammenschluss versuchte eine Neuausrichtung der SPD im Exil von links durchzusetzen und verfolgte eine aktive Politik der Einheitsfront. Ein Jahr später baute Franz Vogt zusammen mit dem Kommunisten Wilhelm Knöchel den „Arbeitsausschuss freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands“ auf.

Erich Kuttner

Kuttner, Jahrgang 1887, arbeitete als Journalist und Schriftsteller. Er war Redakteur beim „Vorwärts“, SPD-Mitglied und Initiator der Republikanischen Soldatenwehr im Jahre 1919. 1933 emigrierte er ins Ausland und nahm Ende November 1935 und Anfang 1936 als Delegierter der SPD-Ortsgruppe Amsterdam an den „Lutetia-Konferenzen“ in Paris teil. Danach übernahm er u.a. die Vorbereitung eines Aufrufes zur Amnestie in Deutschland. Im Februar 1936 wurde ein „Hilfsausschuss“, bestehend aus dem KPD-Funktionären Werner Kowalski, den linken Sozialdemokraten Franz Vogt und Erich Kuttner, in die Struktur des „Wuppertal-Komitees“

⁶⁴ Zitiert nach Bajohr/Peukert, Spuren, S. 63.

⁶⁵ Ebd.

⁶⁶ Ebd., S. 107.

eingebaut.⁶⁷ Dieser "Hilfsausschuss" sollte sich als überparteiliches Gremium über die Unterstützungstätigkeit für die Wuppertaler Betroffenen hinaus auch um die Folgen der „Nürnberger Rassengesetze“ und allgemein um die Rechtsbrüche und „Rechtsverbrechen“ in Deutschland kümmern.⁶⁸

4. Öffentlichkeitsarbeit und die internationale Solidarität

Die Hauptaufgabe des „Wuppertal-Komitees“ bestand darin, die internationale Öffentlichkeit über die Massenverhaftungen, die Massenprozesse und den Repressionsapparat des NS-Regimes zu informieren. Hierzu wurden insgesamt neun Bulletins, zahlreiche Pressemitteilungen, Broschüren und mehrere Flugblätter mit den gesammelten Informationen zur Prozess-Serie geschrieben. Insbesondere die Bulletins wurden in mehrere Sprachen übersetzt und an die Presse, an Parteien und Organisationen in viele europäische Länder, in die USA und nach Lateinamerika verschickt.⁶⁹ Berichte über die Wuppertaler Prozesse fanden sich unter anderem in der Times, im Daily Herald, im Petit Parisien, im Populaire, im Peuple, in der Basler Nationalzeitung, der spanischen Politica und diversen niederländischen Zeitungen. Aber auch die Presse in der Tschechoslowakei, in Dänemark, Schweden, Norwegen, in den USA und sogar in Argentinien und Brasilien berichtete und rief zur Solidarität und zum Protest auf. Neben dieser Form der Öffentlichkeitsarbeit traten Mitglieder des Komitees bei unterschiedlichen Informationsveranstaltungen in den Niederlanden auf.⁷⁰ Sie lasen aus Briefen und Erklärungen deutscher Emigranten und Emigrantinnen und sammelten Unterschriften für Protestresolutionen an die Reichskanzlei, das Propagandaministerium und die Gerichte. Holländische Arbeiter und Arbeiterinnen protestierten vor dem deutschen Konsulat in Den Haag und Groningen und organisierten in einigen Betrieben Versammlungen, auf denen Briefe an die Vertrauensleute der DAF in den Wuppertaler Betrieben verfasst wurden. Auch aus anderen europäischen Ländern wurden zahlreiche Protestschreiben nach Deutschland gesandt. Selma Meyer und Cläre Muth sprachen auch auf der „Europäischen Konferenz für eine politische Generalamnestie in Deutschland“ am 5. Juli 1936 in Brüssel vor 230 internationalen Vertretern: „Drei deutsche Zeugen, Ankläger gegen den Barbarismus des Hitlerregimes, traten unter bewegter Anteilnahme der Delegierten auf. [...] Die Konferenz hörte in atemloser Stille besonders die

⁶⁷ Vgl. Schilde, Kurt: An Erich Kuttner erinnern - und ihn nicht vergessen, in: Cort, Bart de: „Was ich will, soll Tat werden!“ Erich Kuttner 1887-1942. Ein Leben für Freiheit und Recht. Herausgegeben vom Bezirksamt Tempelhof. Berlin 1990, S. 6 f. und S. 69. Bart stellt die These auf, das dieser „Hilfsausschuss“ Kern des W.K. gewesen sei und gegründet wurde, „um den Opfern eines Massenprozesses in Wuppertal finanzielle und juristische Hilfe zu leisten.“ Ein Brief von A.C. Oerlemans belegt die Mitgliedschaft von Kuttner und Vogt im W.K. Vgl. IISG Franz Vogt Papers 30, Brief Oerlemans an Vogt vom 1.12.1937.

⁶⁸ Vgl. Langkau-Alex, Volksfront, Bd. 2, S. 218.

⁶⁹ Die Bulletins (1- 8 und 8 a.) sind verstreut überliefert: IISG, Archief Arbeiders Gemeenschap der Woodbrookers (Bentveld) - 691 Centraal Comité Wuppertal Proces; IISG, Archief Bram Hessels; IISG, Collectie Centraal Wuppertal Comité; IISG, Collectie CPH Moskou: Rol 44 Fonds 539, opis' 3 (IRH, 1936-1940) 582-586; VVN-Archiv Wuppertal, Ordner Wuppertal-Komitee; Gestapoakte A.C. Oerlemans, NIOD, RW 58, Nr. 75709.

⁷⁰ Am 7.4.1936 nahmen 400 Personen an einer Protestversammlung in Groningen teil. Vgl. BArch B, PST 3/312.

Ausführungen der gebeugten Witwe Hilde [sic] Muth an: 628 Wuppertaler Gewerkschafter seien allein in den letzten Monaten abgeurteilt und mit höchsten Zuchthausstrafen bedacht worden. 16 Wuppertaler Arbeiter wurden ermordet. Unsagbar seien die Leiden gewesen, die ihrem Opfertode vorausgingen.“⁷¹

In besonderen Schreiben wurde auch die exzessive Polizeigewalt bei den Vernehmungen thematisiert. Ein offener Brief an den Wuppertaler Polizeipräsidenten Habenicht, der die Folterungen und die Todesfälle im Wuppertaler Polizeigewahrsam und in den Haftanstalten direkt ansprach, wurde an zahlreiche Persönlichkeiten in Deutschland verschickt und auch in anderen Pressematerialien wie in den Bulletins weltweit verbreitet.

So formulierte die Rote Hilfe persönliche Schreiben an die Privatadressen der Folterer in Wuppertal. In einem Schreiben an den „Kriminalrat Pedrotti“ hieß es: „Sie quälen wehrlose Arbeiter, es macht Ihnen Spaß ihnen Fußsohlen zu versengen, ihnen mit glühenden Eisen Hände und Füße zu durchbohren, verdammter Banditenrat. Nun brennt Ihnen jetzt dieser Brief zwischen den Fingern. Warten Sie mal ab, es wird nicht viel Wasser mehr die Wupper hinab fließen, da wird Ihnen der Boden in Deutschland zu heiß werden. Da werden Sie verzweifelt [...] ein sicheres Versteck suchen. Sie feiger Mörder! [...]. Ihr Name ist auf die schwarze Liste der Arbeiterviertel aller Städte in allen Ländern eingetragen: Der Arbeiterschlächter Pedrotti! Der Henkersknecht Pedrotti! Der blutbesudelte Lump Pedrotti! Denken Sie daran, für jeden Schlag, den Sie einem Antifaschisten versetzen, werden sie zehn kriegen! Mit irreführten Faschisten wird die siegreiche Arbeiterschaft kameradschaftlich verfahren, sie wird ihnen nichts nachtragen, sie wird sie als gleichberechtigte Kollegen in das große Kollektiv der Werktätigen aufnehmen. Aber für unverbesserliche Schurken, für Bluthunde gilt der Satz: Auge um Auge, Zahn um Zahn! Lassen Sie Ihre Hände vom blutigen Handwerk, solange es noch nicht zu spät ist!“⁷²

Ein ähnliches Dokument findet sich in der Prager Exilzeitschrift „Wahrheit“: Der Zeitungsartikel richtete sich gezielt an Deutschlandfahrer und Olympiadebesucher. „Wenn Sie nach Wuppertal kommen sollten, versäumen Sie nicht, sich folgende Kriminalbeamte anzusehen: Kommissar Joseph Hufenstuhl, Assistenten Eugen Pedrotti und Franz Pedrotti, Sekretär Wilhelm Beine, Sekretär Kaspar Dahmann [...] Diese fünf Kriminalbeamte haben zusammen elf Menschen im Vorverfahren des noch laufenden Wupperthalprozesses zu Tode gefoltert. Es sind wohl nicht die Rekordmörder im Braunen Reich, aber immerhin es lohnt sich.“⁷³

Aus Berichten des Gestapobeamten Hufenstuhl wissen wir, dass diese Art von Propaganda ihre Wirkung nicht verfehlt hat. Auch die staatlich legitimierten und geschützten Folterer im NS-Staat

⁷¹ Rundschau, Nr. 31, S. 1243. Delegierte vom W.K. nahmen auch an der Internationalen Konferenz am 29.11.1936 in Paris teil.

⁷² IISG, Collectie CPH Moskou: Rol 44 Fonds 539, opis' 3 (IRH, 1936-1940) 582-586.

⁷³ Die Wahrheit, Prag vom 15.3.1936.

waren bestrebt, anonym zu bleiben und reagierten sehr ungehalten auf Namensnennungen in Zeitungen und Flugblättern.

Hufenstuhl ereiferte sich in einem internen Briefwechsel ungemein: Es seien „unerhörte Vorwürfe“ gegen Stapobeamte aus Wuppertal gemacht wurden und sogar deren Namen (Hufenstuhl, Zimny, Schmidt) genannt worden.⁷⁴

Ein weiterer Höhepunkt der Aktivitäten des „Wuppertal-Komitees“ war die Fälschung des Wuppertaler „General-Anzeigers“. Die Idee zu dieser Fälschung hatten Werner Kowalski und Fritz Rüdtenklau. Diese Tarnschrift glich auf den ersten Blick dem Original. Die in Amsterdam hergestellte Zeitung enthielt Berichte der Delegationen, die Todesurkunde von Willy Muth, Berichte über die Verhörmethoden der Gestapo und eine Zusammenstellung von Pressestimmen zu den Prozessen sowie eine Protestresolution des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Die gesamte Auflage wurde illegal nach Deutschland gebracht und per Post von mehreren Städten aus verschickt. Die Gestapo in Wuppertal war empört: „Diese Schmutzschrift ist in sehr großen Mengen zum Teil von Holland aus, aus den Grenzstädten des deutschen Gebietes, [...] durch die Post an prominente Persönlichkeiten des ganzen deutschen Reiches wie Ärzte, Rechtsanwälte, Richter, Kaufleute, Geistliche und führende Persönlichkeiten der Bewegung gesandt worden. Eine Unmenge dieser Schmutzschrift ist bereits im März ds. Jhs. durch die hiesige Dienststelle erfasst worden, ohne dass man die Täter feststellen konnte. Von Holland aus sind ferner im April [...] an den hiesigen Polizeipräsidenten eine Anzahl Schreiben gerichtet worden, in denen die Verhältnisse in Wuppertal geschildert und die Schuldigen zur Bestrafung verlangt wurden. Als der Polizeipräsident Habenicht sich um dieses Schreiben nicht kümmerte, sandte man Abschriften dieses Schreiben ebenfalls wieder an eine Anzahl prominenter Persönlichkeiten hier in Wuppertal.“⁷⁵

Zu erwähnen ist auch, dass nicht nur linksgerichtete und liberale Zeitungen über die Prozesse in Wuppertal berichteten. Auch zwei eher konservative Blätter aus den Niederlanden hatten Journalisten zur Berichterstattung nach Wuppertal geschickt.⁷⁶ In ihren Artikeln, die die Gestapo für ihre Akten ins Deutsche übersetzen ließ, erscheinen die Wuppertaler Ereignisse in einer ganz anderen Perspektive. So durfte „De Telegraaf“ den Wuppertaler Polizeipräsidenten exklusiv interviewen: „Die Behörden empfangen mich außerordentlich zuvorkommend. `Sie werden sehen, dass wir keine Barbaren sind`, so erzählten sie. Hier geschieht nichts geheimnisvolles, alles ist gesetzlich vorgeschrieben.“⁷⁷ Die Verurteilten seien keine Meckerer, sondern sie hätten „alle an der kommunistischen Arbeit aktiv teilgenommen. [...] Jeder darf wissen, dass wir den Kommunismus aufs Heftigste bekämpfen. [...] Vor der Nationalen Erhebung wimmelte es hier vor Kommunisten,

⁷⁴ Vgl. Bericht von Hufenstuhl, 23.6.1936, LAV NRW W, GSTAH, Nr. 9592.

⁷⁵ Ebd.

⁷⁶ Het Algemeen Handelsblad vom 25.1.1936 und De Telegraaf vom 8.2.1936.

⁷⁷ „Massenprozess in Wuppertal“, De Telegraaf vom 8.2.1936.

fuhr der Polizeipräsident fort. Es wäre naiv zu glauben, heute wären es überzeugte Nationalsozialisten. Für die Älteren unter Ihnen ist das viel zu schwierig. Wir verlangen das ja auch nicht von ihnen. Wir verlangen nur, dass sie sich jeder Partei-Betätigung enthalten. Wenn sie ruhig ihrer Arbeit nachgehen, lassen wir sie in Ruhe. Wenn sie wieder aktive Politik machen wollen, wird eingegriffen. Das ist nun einmal – glücklicherweise – verboten. Es tut uns leid, dass ausgewichene Kommunisten aus Paris, Brüssel, Prag und Amsterdam noch immer das rote Feuer schüren wollen. Nicht weil wir ihrer nicht Herr würden, sondern weil es viele hier ins Verderben stürzt. Die Rädelsführer sitzen sicher im Ausland. [...] Jahrzehntlang haben die roten Herrschaften den Arbeitern beigebracht, immer nur zu verlangen, nie aber etwas zu geben. [...] Der Kommunismus ist für uns keine akute Gefahr mehr. Fast alle Angeklagten standen im mittleren Alter. Vom Gelde verlockt, von Kameraden verleitet, rachsüchtig wegen ihrer verlorenen Posten, die sie früher inne hatten. Ihre Aktionen werden wohl noch andauern. Aber die Jüngeren haben wir in der Hand. Das ist die Hauptsache. Es herrscht wieder mehr Lebensfreude, mehr Arbeitsfreude in Wuppertal. Es geht vorwärts. [...] Zu verbergen haben wir nichts. Lassen Sie jeden ehrbaren Journalisten nach hier kommen.“⁷⁸

5. Unterstützung der Gefangenen und ihrer Angehörigen

Neben der internationalen Öffentlichkeitsarbeit rief das Komitee eine breite Hilfskampagne für die Angehörigen der Inhaftierten ins Leben. Es konnten innerhalb eines halben Jahres um die 12.000 Reichsmark gesammelt werden. Ungefähr ein Drittel der gesammelten Spenden erreichte tatsächlich die Angehörigen der politischen Gefangenen über ein neu aufgebautes Verteilernetzwerk. Die Gelder wurden von Willi und Elise Kuhbier, Berta Keseberg, Mathias Klingen, Hermann Rodewig, Walter Sander und einer Niederländerin auf unterschiedlichen Wegen über die Grenze geschmuggelt.⁷⁹ Die weitere Verteilung in Wuppertal geschah über Ernst Seidel in Barmen und Amanda Ahrweiler in Elberfeld, welche die Gelder an weitere Unterverteiler weiterleiteten.⁸⁰ Eine andere Form der Hilfeleistungen waren Lebensmittelpakete für bedürftige Familien, die entweder direkt aus den Niederlanden geschickt wurden oder durch das gesammelte Geld vor Ort in Wuppertal finanziert und übergeben wurden.⁸¹

Weiterhin wurden von den Solidaritätsgeldern z.T. die Rechtsanwälte bezahlt. Zum Buchner-

⁷⁸ Ebd.

⁷⁹ Vgl. Vermerk der Gestapoleitstelle Düsseldorf, vermutlich K.S. Drees, vom 1.10.1941, NIOD, Gestapoakte A.C. Oerlemans RW 58, Nr. 75709. Siehe auch Gestapoakte Matthias Klingen, LAV NRW R, RW 58, Nr. 6802. Klingen wurde am 23.5.1940 festgenommen und am 3.3.1941 vom OLG Hamm zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Nach seinen Aussagen bei der Gestapo war Klingen bis Mai 1936 vier- bis fünf Mal in Wuppertal, hat dort Geld und illegale Literatur u.a. an August Obermeier übergeben und Treffs u.a. mit Walter Sander durchgeführt. Er überbrachte auch Namen von Angeklagten nach Amsterdam.

⁸⁰ Vgl. LAV NRW W, GSTAH, Nr. 9592-9607+9878 E, 9608-9624 V, 9657, 9660 W, 9661 St.

⁸¹ Zum Beispiel die Paketsendung an Erna Kley, vgl. LAV NRW W, GSTAH, Nr. 9595.

Prozess engagierten die Wuppertaler Verbindungsleute für zusammen 250 RM Rechtsanwälte.⁸² Zu ergänzen ist, dass zumindest die französische Gewerkschaftsdelegation bei ihrem Besuch in Wuppertal den Angehörigen der politischen Gefangenen auch direkt Geld zusteckte. Dieses Solidaritätsnetzwerk verfolgte noch ein zweites Ziel: Über das Verteilernetz der Roten Hilfe gelangten auch Informationen über den Prozessverlauf, über die Höhe der Strafen etc. zur Auswertung nach Amsterdam. Das dritte Ziel war die politische Einflussnahme durch diese Solidaritätsarbeit. Ein Wuppertaler Illegaler bat in einem Brief vom 18. Januar 1936 die verantwortlichen Parteifunktionäre in Amsterdam um weitere Geldmittelzuteilung, weil sich Verbindungen zur Unterbezirksleitung der SPD in Wuppertal entwickelt hatten. Man wollte der SPD eine gemeinsame Betreuungsarbeit der Angehörigen vorschlagen. „Aus den Listen habt ihr ja ersehen, dass eine ganze Reihe SP-Leute angeklagt sind.“⁸³ „Weiter“, so der unbekannte Funktionär, „haben wir vorgeschlagen gemeinsam die Vertrauensrätewahlen zu organisieren. Sollte die Zusammenkunft mit der SP. in den nächsten Tagen stattfinden, so wäre es natürlich von Vorteil, wenn wir bis dahin im Besitz einiger Gelder wären. Für diese Zusammenkunft brauchen wir aber auch unbedingt Material des Brüss. [ler]-Kongr.[esses]. Also sendet uns auch dieses Material möglichst schnell.“⁸⁴

6. Delegationen zur Beobachtung der Prozesse

Über die Presse- und Solidaritätsarbeit hinaus waren die Reisen verschiedener ausländischer Delegationen nach Wuppertal sehr öffentlichkeitswirksam. Erstaunlicherweise blieben die Richter und auch das Justizministerium im Umgang mit ausländischen Delegationen zunächst relativ gelassen. Die erste feststellbare Reaktion der Justiz auf die Pressekampagne im Ausland ist die Verfügung von Wilhelm Crohne vom 5. Dezember 1935. Er wies das OLG in Hamm an, „nur noch politisch zuverlässige Leute“ an den Prozessen teilnehmen zu lassen.⁸⁵

Der Umgang mit internationalen Delegationen war aber nicht zentral geregelt, sondern den Gerichten wurde ausdrücklich freie Hand gegeben, das Problem mit den unerwünschten Zuhörern selbstständig zu lösen.⁸⁶ Die Öffentlichkeit war bei den Hochverratsprozessen nicht automatisch ausgeschlossen. Sie konnte aber auf Antrag der Staatsanwaltschaft oder des Gerichts wegen „Gefährdung der Staatssicherheit“ ausgeschlossen werden.

Insgesamt sind sechs Delegationsreisen nach Wuppertal, drei aus Frankreich und drei aus den Niederlanden, belegt.⁸⁷ Die letzte Reise fand vom 7. bis zum 10. März 1936 statt. Als Teilnehmer

⁸² Vgl. Brief aus Wuppertal vom 18.1.1935 an das WK, BArch B, SAPMO, RY 1/I 2/3/52, Bl. 26.

⁸³ Ebd. Bl. 26.

⁸⁴ Ebd.

⁸⁵ Archiv OLG Hamm, Nr. 4020, Bl. 29.

⁸⁶ Vgl. BArch B, R 22 /5004, Bl. 199.

⁸⁷ Vgl. die Gestapoberichte in: BArch B, R 58/339. Außerdem ist der Besuch des niederländischen Rechtsanwalts W.J.

sind Sik Ien Tjoa, A. Damhuis, Martinus Jacobus Kerssens und Lie Heijnen bekannt. Kerssens reiste als Vorsitzender der Abteilung Krommenie des „Moderne Bond van Textielarbeiders“⁸⁸

Diese Delegationen erregten enormes Aufsehen – sie stärkten den Gefangenen und ihren Angehörigen den Rücken und verunsicherten vor allem die NS-Institutionen.⁸⁹

Die Gestapo in Wuppertal wurde am 8. Januar 1936 um 9.00 Uhr morgens von der Nachricht überrascht, dass sich eine französische Delegation im Landgerichtsgebäude zum Prozessauftakt gegen Löhde u.a. aufhielt. Erstaunlicherweise war die „allwissende“ Wuppertaler Gestapo, aber auch der SD, vom Auftauchen der Delegationen vollkommen überrascht worden. Staatsanwalt Terjung war der erste, der mit der „versuchten Teilnahme von Ausländern an der Verhandlung in der Strafsache gegen Löhde“ konfrontiert wurde. Terjung vermutete in seinem dienstlichen Bericht sogar einen Zusammenhang zwischen dem Besuch der Ausländer und den „zahlreich aus Holland und Frankreich [bei Gericht] einlaufenden Protestschreiben“ und rief die Gestapo. Beim Eintreffen der Gestapo-Angestellten Eisel und Fischer stellte sich heraus, dass auch eine niederländische Delegation vor Ort war.⁹⁰

Die niederländische Delegation bestand aus dem Sekretär des Wuppertal-Komitees, Dr. A.C. Oerlemans, sowie aus zwei niederländischen Studenten namens Abraham Teitel aus Delft und Johanna Moes aus Leiden. Die jungen Niederländer gaben sich gegenüber der Gestapo als Studenten aus, die sich über die „deutsche Rechtspflege“ informieren wollten. Sie bezeichneten sich als Vertreter eines niederländischen Verbandes junger Intellektueller. Sie hätten in Holland von einem großen Kommunistenprozess gehört, an dem sie als Zuhörer gern teilnehmen wollten. Die Bitte wurde von Staatsanwalt Terjung abschlägig beschieden, weil der zurzeit stattfindende Hochverratsprozess unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden würde.

Die französische Delegation bestand aus dem Rechtsanwalt Albert Delevalléi aus Douai, dem Pastor Heremie Coremann aus Jory und der prominenten Schriftstellerin Clara Malraux, Ehefrau des französischen Schriftstellers André Malraux. Sie stammte aus einer jüdischen Familie aus Magdeburg. Auch sie wurden von Staatsanwalt Terjung persönlich abgewiesen.

Beide Delegationen konnten sich ungehindert aus dem Landgericht entfernen, ein „begründeter Verdacht einer strafbaren Handlung“ bestand nach Ansicht der Gestapo am 9. Januar 1936 noch nicht.⁹¹ Die Niederländer gaben vor, das Land am gleichen Tag wieder verlassen zu wollen, die

van Balem bei einem Wuppertaler Rechtsanwalt am 14.1.1936 aktenkundig. „Rechtsanwalt Bergmann erklärte, dass der holl. Rechtsanwalt ihm die Frage vorgelegt habe, ob es richtig sei, dass in Wuppertal die Gefangenen totgeschlagen worden wären. Rechtsanwalt Bergmann hat dem Besucher darauf erklärt, dass in Wuppertal noch kein Mensch totgeschlagen worden und auch sonst alles in bester Ordnung wäre.“, BArch B, R 58/781.

⁸⁸ Vgl. CWC (Hg.): De massaproessen in Wuppertal (März 1936), IISG: Bro D 2432/100, S. 15. Weiterhin soll nach einem Hinweis von Bart de Cort auch eine Delegation aus Dänemark in Wuppertal gewesen sein. Hierzu liegen aber keine Dokumente vor.

⁸⁹ Zu den Delegationen: BArch B, SAPMO, RY 1/I 2/3752, Bl. 21-25; ebd. Bl. 31-37.

⁹⁰ Vgl. Bericht der Gestapo-Beamten Eisel und Fischer vom 9.1.1936, LAV NRW W, GSTAH, Nr. 9607.

⁹¹Ebd.

Franzosen wollten zu einem Abendessen in das französische Konsulat in Köln weiterreisen. Clara Malraux beschrieb den Besuch in Wuppertal in ihren Lebenserinnerungen: „Ich arbeitete in unzähligen Komitees, zusammen mit Deutschen und Franzosen, und fühlte mich nützlich. Auch bei den Kommunisten machte ich mit, denn sie konnten einige Erfolge nachweisen. Als man mich ersuchte, einen Anwalt und einen Pastor nach Elberfeld zu begleiten, wo den verbotenen Gewerkschaftern der Prozess gemacht werden sollte, sagte ich freudig zu. Ich würde als Dolmetscherin fungieren. Ich fuhr also mit diesen beiden Männern über eine Grenze, die mir bis vor kurzem noch so vertraut gewesen war, und gelangte in ein Land, das sich anschickte, alles, woran mein Herz hing, zu zerstören. [...] Mir wurde im Laufe dieser Reise, die ich mit Fremden unternahm, die deutsche Gegenwart immer unverständlicher. Wir bekamen die neue Atmosphäre gleich am Tag nach unserer Ankunft zu spüren, als man uns das Betreten des Justizpalastes verbot, da der Prozess unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden sollte. Da stehen wir also auf der Straße, mitten unter den Frauen der angeklagten Gruben [sic] - und Fabrikarbeiter. Es ist noch nicht richtig Tag, aber sie sind schon da; graue und angstverzernte Gesichter. Ich spreche sie an: Sie wollen ihre Männer sehen, wenn sie vorbeigeführt werden, da man ihnen seit der Verhaftung jeden Besuch verboten hatte. Sie sprechen auffallend leise und wissen nicht einmal, ob der, den sie mit einem Blick zu erhaschen hoffen, überhaupt noch am Leben ist. Sie tragen unter dem Kinn geknotete Kopftücher und ähneln den Arbeiterinnen Ostfrankreichs. Da stehen sie, in Reih und Glied, auf dem Bürgersteig, leicht schräg ausgerichtet und ihre Augen schauen alle in die gleiche Richtung, wo jetzt die Umrisse von etwa zwanzig Gefangenen sichtbar werden.“⁹² Vor dem Gericht wurde die Delegation von einem Polizisten entdeckt und kontrolliert: „Ihre Papiere' Ich halte sie ihm hin `Goldschmidt, Clara [...] Der Fall ist klar: Die Papiere sind gefälscht. [...] Wann haben Sie Deutschland verlassen?' Wenn ich nicht in Frankreich geboren wäre, müsste ich jetzt dran glauben. `Ich bin Französin.' [...] Und ich bin nicht nur unschuldig, sondern darüber hinaus auch noch die Frau eines berühmten Mannes. Du wirst dich ins eigene Fleisch schneiden, mein Kerlchen! [...] Mit sanfter Stimme und in schönstem Magdeburgisch sage ich: `Sie können mich ruhig festnehmen, wenn Ihnen das Spaß macht. Doch vorher sollten Sie vielleicht den französischen Konsul anrufen, er erwartet uns nämlich zum Abendessen. Sagen Sie ihm, dass wir nicht kommen können.'“⁹³ Der Polizist telefonierte und nach einigen Minuten, so die Erinnerung von Clara Malraux, war die Kontrolle beendet, die Teilnahme am Prozess blieb verboten, aber es wurde ein Gespräch mit dem Staatsanwalt Terjung angeboten: „Es fällt mir schwer, in dem kleinen, fahlen Staatsanwalt den Vertreter dieses fremden, neuen Deutschland zu sehen; wir gehen in einen Raum und setzen uns: `Was möchten Sie wissen?' [...] Die Beschuldigten sind Mitglieder einer verbotenen Gewerkschaft.

⁹² Malraux, Clara: Geräusch meiner Schritte. Bern, München 1982.

⁹³ Ebd.

‘Die nicht aufgelöst wurde?’ Doch, 1933.’⁹⁴

Zwei Tage später, am 11. Januar 1936 trafen erneut „Ausländer“ ein, die an der Verhandlung teilnehmen wollten. „Da eine förmliche Beschlussfassung über die Nichtzulassung wegen des Eindrucks auf die Angeklagten vermieden werden sollte“, wurde Terjung vom Vorsitzenden des Senats, Ernst Hermsen gebeten, „die Erschienenen über die Aussichtslosigkeit ihres Antrages aufzuklären.“⁹⁵ Die ‚Ausländer‘ stellten sich diesmal als Vertreter einer französischen Gewerkschaft vor, die sich ein Bild über die Strafsache machen wollten.

In Frankreich gab es eine sehr rege Solidaritätsbewegung mit den Wuppertaler Angeklagten, wie August Weisheit, der Sekretär des Koordinationsausschusses deutscher Gewerkschafter, und Mitglied der CGT auf der Gründungsversammlung des Koordinationsausschusses deutscher Gewerkschafter in Frankreich am 20. März 1937 berichtete: „Das Pariser Proletariat ist am Schicksal der deutschen Gewerkschaftsbewegung stark interessiert. [...] die einzige Schwierigkeit [war] [...] die richtige Form dafür zu finden, Das gelang zum ersten Male in Verbindung mit dem Wuppertaler Prozess, wo 628 deutsche Textilarbeiter und andere deutsche Gewerkschafter vor den faschistischen Richtern standen und zu schweren Strafen verurteilt wurden. Damals sagten sich mehrere Kollegen in Paris, es ist doch wirklich notwendig, dass man die französischen Arbeiter und ihre Gewerkschaftsverbände direkt an dem Schicksal dieser deutschen Gewerkschafter, an dem Schicksal der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung interessiert, indem man Aufklärung unter ihnen schafft. [...] Der Wuppertaler Prozess wurde somit zum Ausgangspunkt unserer Arbeit. Wir haben uns damals an verschiedene französische Gewerkschaften gewandt und sie gebeten, Schritte im Interesse der in Wuppertal angeklagten Kollegen zu unternehmen. Wir haben den Metallarbeitern als eine der stärksten Pariser Organisationen vorgeschlagen, eine Delegation nach Wuppertal zu schicken, wenn möglich zusammen mit Kollegen von den Transportarbeitern, Staatsarbeitern etc.“⁹⁶

Die französischen Gewerkschafter, die Wuppertal besuchten, waren namentlich Camille Hassenforder, Louis Hanne und Mariel Grandemange. Terjung „belehrte“ die Gewerkschafter, dass es sich um eine „rein innerdeutsche Angelegenheit handele, und das kein Anlass bestände, Ausländern in Bezug auf die Zulassung irgendwelche Sonderrechte einzuräumen. Der Sprecher der Franzosen bemerkte darauf in anmaßendem Tone: Sie wären Arbeiter und betrachteten das Schicksal der angeklagten Arbeiter als ihre eigene Angelegenheit. Diese Anmaßung wurde von mir

⁹⁴ Ebd., S. 255f., hier S. 257. Die Delegation reiste unbehelligt nach Köln und am nächsten Tag nach Berlin, um beim Reichsjustizministerium eine Petition abzugeben, die sich für die Angeklagten des Richardstrasse-Prozesses und für Ernst Thälmann einsetzte.

⁹⁵ Bericht von Staatsanwalt Terjung, ohne Datum, LAV NRW W, GSTAH, Nr. 9607.

⁹⁶ Protokoll der Gründungsversammlung des Koordinationsausschusses deutscher Gewerkschafter in Frankreich, 20.3.1937, BArch B, R 58, Nr. 725, Bl. 164-181, zitiert nach Dokument 149, in: Mielke/Frese, 1933-1945, Bd.5, S. 693. Der Kommunist Weisheit wurde Jahre später wegen des Vorwurfs der „faschistischen Kollaboration“ von der KPF aus der Gewerkschaftsarbeit ausgeschlossen.

in gebührender Form zurückgewiesen und den Franzosen nahe gelegt, sich möglichst bald in die Heimat zurück zu begeben.“⁹⁷ Dagegen protestierten die Franzosen lautstark auf dem Gerichtsflur und kündigten die Einlegung von Protestmitteln an, so dass Terjung sich „gezwungen“ sah, „um weitere antideutsche Äußerungen zu verhindern“, die Festnahme der Franzosen anzuordnen. Sie wurden als „unerwünschte Ausländer“ am 11. Januar 1936 um 16 Uhr durch den Krim. Ass. Ruhtz bei Wyler über die holländische Grenze abgeschoben.

Am Tag zuvor waren die französischen Gewerkschafter überraschend eigenmächtig und zunächst unbemerkt von Gestapo und DAF auf eine eigenständige Untersuchungsreise durch Wuppertal gegangen. Im Auftrag von drei französischen Gewerkschaften versuchten sich die Delegierten ein Bild von Arbeitsbedingungen, Löhnen und gewerkschaftlicher Organisation zu machen.

Die Delegation versuchte zunächst den Textilbetrieb Cosman, Villbrandt & Zehnder aufzusuchen, in dem besonders viele Verhaftungen vorgenommen worden waren. Dort wurden sie vom Geschäftsführer Levy aber abgewiesen. Schließlich besuchten die Gewerkschafter den Betrieb Bemberg und sprachen dort mit dem Vertrauensrat und Vertretern der DAF über die Arbeitsbedingungen.

Insgesamt waren die Delegationen ein großer politischer Erfolg. Aus der Sicht eines Wuppertaler Verbindungsmannes war besonders die französische Delegation ein großer propagandistischer Erfolg: „Die Delegation verstand es, sich sehr schnell in der Bevölkerung bekannt zu machen. In kurzer Zeit war der ganzen Arbeiterbevölkerung bekannt, dass eine französische Gewerkschaftsdelegation zum Prozess gekommen ist. Diese internationale Solidarität hat große Freude ausgelöst.“⁹⁸ Wie ein „Lauffeuer“ verbreitete sich die Nachricht und „hat ungeheuren Jubel ausgelöst. Überall wird über die Delegation diskutiert, nicht nur in unseren Kreisen, das ganze ist einfach Stadtgespräch. Also für uns ein ungeheurer Erfolg. In den nächsten Tagen war der Andrang am Gericht bei der Überführung ungeheuer stark, alles wollte evtl. weitere Delegationen sehen.“⁹⁹ Gleichwohl waren die Delegationsmitglieder sehr unsicher, wie sie sich in Deutschland bewegen konnten und ihnen war nicht in allen Fällen klar, dass sie die Angehörigen der politischen Gefangenen mitunter auch stark gefährdeten.¹⁰⁰

Die Wuppertaler Gestapo, die akribisch und brutal den kommunistischen Widerstand 1935 zerschlagen hatte, war aber über die Delegationsreisen nicht informiert. Gewissermaßen auf dem Höhepunkt der internationalen Kampagne zu den Wuppertaler Gewerkschaftsprozessen, suchte die sich „allwissend“ gebende Gestapo händeringend nach der Delegation, um sie polizeilich kontrollieren zu können. Die Franzosen waren inzwischen von Wilhelmi zur Geschäftsstelle der

⁹⁷ Bericht von Staatsanwalt Terjung, ohne Datum, LAV NRW W, GSTAH, Nr. 9607.

⁹⁸ BArch B, SAPMO, RY 1/I 2/3/52, Bl. 21.

⁹⁹ Ebd., Bl. 28.

¹⁰⁰ So Lie Heijnen in: Blok, Els: *Uit de schaduw van de mannen. Vrouwenverzet 1930-1940*, Amsterdam 1985, S. 254.

DAF begleitet worden. Dort konnten ihre Pässe kontrolliert werden. Sie wurden für „in Ordnung befunden. [...] Ob sie Gelegenheit hatten, weitere Firmen aufzusuchen“, so stellte die ‚allwissende‘ Gestapo fest, „war bisher nicht zu ermitteln.“¹⁰¹ Am Tag darauf „überraschte“ dann die französische Delegation den Staatsanwalt Terjung. Hufenstuhl stellte fest: „Aus beiden Vorkommnissen geht hervor, welches Interesse den innerdeutschen Angelegenheiten aus gewissen ausländischen Kreisen entgegengebracht wird und die Vermutung erscheint durchaus berechtigt, dass es sich nicht in allen Fällen stets um harmlose Informationsreisen handelt, sondern vielmehr um Sammlungen von Material zur Verbreitung weiterer Gräuelmärchen gegen Deutschland. Die eingehenden Untersuchungen haben nicht ergeben, dass man versuchte, Werkspionage zu betreiben. Möglicherweise ist aber diese Absicht durch den schnellen Zugriff der Stapo-Beamten unterbunden worden.“¹⁰²

Ein Briefwechsel des „DAF Gau Informationsreferenten“ an die Zentrale des DAF Amtes Information in Berlin zeigt zudem: Die Zusammenarbeit mit den lokalen Vertretern des DAF-Geheimdienstes „Amt Information“ war unzureichend. So wurden die genauen Umstände der Betriebsbesuche der französischen Delegation der Gestapo erst wesentlich später mitgeteilt, so dass ein Zugriff der Gestapo nicht mehr möglich war.¹⁰³

Insgesamt zeigt sich die Hilflosigkeit der Gestapo. Sie hatte den Kontakt zu den illegalen Strukturen in Wuppertal offensichtlich verloren. Die angeblich lückenlose Überwachung der Grenzen, der Wohnungen und des Postverkehrs erwies sich im Frühjahr 1936 als Propaganda. Walter Sander, Hermann Rodewig und August Obermeier konnten Weihnachten 1935 an einer illegalen Konferenz in Amsterdam teilnehmen. Der Exilant Friedrich Rüdtenklau kam sogar mehrmals illegal über die Grenze und wohnte bei seiner Ehefrau oder der Schwester. Angehörige von politischen Gefangenen konnten Reisepässe beantragen und trafen sich regelmäßig in den Niederlanden. Auf dem Rückweg schmuggelten sie Hilfgelder und Informationen nach Wuppertal. Die Grenzen von Nazi-Deutschland waren nicht so hermetisch abgeriegelt wie die NS-Propaganda behauptete. Auch in anderen Städten kam es zu „Überraschungsbesuchen“ von ausländischen Delegationen. Erst am 29. Juni 1936 erteilte die Gestapo in Berlin eine zentrale Anweisung: „Um die Teilnahme ausländischer Delegationen oder auch einzelner Ausländer an politischen Prozessen zu verhindern, sind die Preußischen Staatspolizeistellen und die Politischen Polizeien der Länder mit entsprechender Anweisung versehen worden. Ich habe mich gleichzeitig mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung gesetzt und gebeten, Ausländer, die soweit erkennbar, einzeln oder als Mitglieder von Delegationen die Erteilung eines Einreisevisums offenkundig mit dem Zweck der Teilnahme an

¹⁰¹ BArch B, R 58/339.

¹⁰² Ebd.

¹⁰³ Vgl. ebd.

politischen Prozessen nachsuchen, abzuweisen.“¹⁰⁴ Auf einer sogenannten „Hochverratstagung“ im November 1936 waren die politisch unerwünschten Delegationen noch einmal Thema. Crohne bekräftigte seine Linie der freien Hand, warnte aber vor der Thematisierung von Schutzhaft und Geständnispressungen im Gerichtssaal und vor der Verhängung von zu langen Zuchthausstrafen in einem Verfahren.¹⁰⁵

Die Delegationsreisen hörten aber nicht auf. Die verschiedenen Abschnittsleitungen im Verbund mit der Internationalen Roten Hilfe organisierten von 1935 bis 1938 regelmäßig Delegationen zu Prozessen, um Hinrichtungen deutscher Widerstandskämpfer zu verhindern.

Bereits am 20. Dezember 1935 hatte der englische Rechtsanwalt Dudley Collard die Gestapo-Zentrale und das Untersuchungsgefängnis in Berlin aufgesucht und nach dem Befinden von Ernst Thälmann und nach dem juristischen Fortgang des Verfahrens gefragt.¹⁰⁶

Zur Beobachtung des Prozesses gegen Etgar André reisten Delegationen aus ganz Europa nach Hamburg. Die Gestapo klagte, dass „schon der Prozess gegen Fiete Schulze [...] Gegenstand einer maßlosen Hetze des internationalen Marxismus gegen Deutschland [war], der zahlreiche Eingaben an das Gericht gerichtet und Delegationen nach Hamburg und dem übrigen Deutschland gesandt hatte. Das Gebaren derselben Kreise im Verein mit dem jüdisch-bolschewistischen Hetzern nahm in dem Prozess gegen Andre jedoch Ausmaße an, denen entsprechend begegnet werden musste.“¹⁰⁷ So verhinderte die Gestapo den Besuch des englischen Majors a.D. Thomas Grenfell, der in seiner Funktion als Sekretär der Liberal Party nach Hamburg gekommen war. Er wurde verhaftet und am 22. Juni 1936 nach Paris abgeschoben. Auch eine französische Delegation wurde trotz einer Protestnote des französischen Botschafters nicht zugelassen.

Delegationen setzten sich auch für Olga Benario und Lilo Hermann ein. Am 14. November 1936 erschienen Rechtsanwältinnen und eine Frauenrechtlerin aus Großbritannien in Berlin, um sich nach Olga Benario zu erkundigen. Sie schrieben an Himmler und wollten das im Frauengefängnis geborene Kind von Olga Benario in ihre Obhut nehmen. Es kam sogar zu einem Treffen mit Kriminalrat Müller. Am 24. Januar 1938 sprach eine tschechische Delegation zu Gunsten von Lilo Hermann beim Direktor des Frauengefängnisses vor. Die Reise war von der „Union für Recht und Freiheit“ in Prag finanziert worden.

7. Reaktionen auf die Kampagne

Das Gestapa in Berlin wurde von der internationalen Kampagne vollkommen überrascht. Im Dezember 1935 fragten die Beamten auf Grund von niederländischen Zeitungsmeldungen bei der

¹⁰⁴ Gestapa Berlin an NSDAP-AO, 29.7.1936, VVN-Archiv Wuppertal.

¹⁰⁵ Vgl. BArch B, R 22/5004, Bl. 121.

¹⁰⁶ Vgl. BArch B, R 58/3039a.

¹⁰⁷ Ebd.

Gestapo in Düsseldorf nach, was es denn mit der Zerschlagung von Gewerkschaftsgruppen und den angeblichen Streiks in Wuppertal auf sich habe. Oberstaatsanwalt Albrecht hatte bereits in einem Bericht am 28. November 1935 an das Reichsjustizministerium betont, dass alle Verurteilten „wegen Wiederaufbaus der kommunistischen Partei, des kommunistischen Jugendverbandes, und einer unter kommunistischer Führung stehenden und kommunistische Ziele verfolgenden Gewerkschaft festgenommen“ wurden.¹⁰⁸ Nach der Ansicht des Oberstaatsanwaltes Potjan versuchte die Auslandspresse „den Sachverhalt so darzustellen, als handele es sich um die Bestrafung von Arbeitern, die es lediglich unternommen hätten, gewerkschaftliche Organisationen zur Verfolgung wirtschaftlicher Ziele zu errichten.“¹⁰⁹

Die kommunistische Presse hatte bereits im November 1935 von den ersten Prozessen in Wuppertal berichtet. Schwerpunkt der Berichterstattung waren zunächst die Folterungen und Todesfälle in der Voruntersuchung, dann die Berichte über das W.K. und die Delegationsreisen. Bei den Berichten wurde gemäß der neuen kommunistischen Gewerkschaftspolitik betont, dass die Angeklagten aus dem gesamten Spektrum der Arbeiterschaft kamen und bei ihrer Widerstandsarbeit gewerkschaftliche Ziele verfolgten. So formulierte Wilhelm Florin: „Für diese freie Arbeiterbewegung kämpfen die Kommunisten mit ihren sozialdemokratischen Brüdern im Lande Hand in Hand. Sechshundert Wuppertaler Arbeiter standen vor dem ‚Volksgericht‘, weil sie den Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften als illegale Klassenorganisation erstrebten.“¹¹⁰ Im ersten Halbjahr 1936 gab es allein in der „Rundschau“ zahlreiche Artikel und kurze Berichte über die Wuppertaler Gewerkschaftsprozesse: „Wuppertal. Dieser Stadtname ist in der Welt zu einem Begriff geworden – zum Begriff des faschistischen Mord- und Justizterrors gegen das deutsche werktätige Volk. In Wuppertal wird das Streben der Arbeiterklasse nach Organisationsfreiheit und Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen mit Gestapomord und Terrorurteilen beantwortet. Nach den Massenverhaftungen und monatelanger Untersuchungshaft in den Folterhöhlen der Gestapo wurden die Prozessbeginne selbst den Angehörigen verheimlicht. Die Durchführung wird derartig beschleunigt, dass von einer Verhandlung nicht gesprochen werden kann. Die Richter haben von dem Inhalt der Anklageakten keine Ahnung. In 10 Tagen wird ein Prozess gegen 103 Angeklagte durchgepeitscht.“¹¹¹

Um die Bedeutung der internationalen Solidarität zu unterstreichen, wies der Autor auf die Errungenschaften der spanischen Volksfront hin, schilderte ausführlich die Arbeit des W.K. und verwies auf die Solidaritätsbekundungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) und des Internationalen Arbeitsamtes (ILO): „Die Volksfront in Spanien hat die Amnestie für alle 30.000

¹⁰⁸ OStA Albrecht an den RJM vom 28.11.1935, LAV NRW W, GSTAH, Nr. 6907, Bl. 170.

¹⁰⁹ OStA Potjan an den RJM im Lagebericht vom 31.1.1936, BArch B, R 22 /1187, Bl. 30.

¹¹⁰ Florin: Der Kampf der Kommunisten im faschistischen Deutschland, in: Rundschau, Nr. 18, 1936, S. 728.

¹¹¹ Rundschau, Nr. 12, 1936, S. 473.

politischen Gefangenen erkämpft. Das hat auf die Massen in Deutschland einen tiefen Eindruck gemacht [...]. In Amsterdam hat sich ein Komitee aus den bekanntesten bürgerlichen Persönlichkeiten der Kunst, Wissenschaft und des öffentlichen Lebens gebildet, das an das Gewissen der Welt appelliert und im Namen der Menschlichkeit zur Hilfe für die Opfer des faschistischen Terrors aufruft. Die Mitteilungen des Komitees über den Terror und die Verfolgungen des werktätigen deutschen Volkes wurden von der Weltpresse veröffentlicht und haben Aufsehen erregt. Die Januar-Tagung des IGB in Paris hat die Gewerkschaften der ganzen Welt zum Protest und zur Hilfe aufgerufen. Das internationale Arbeitsamt in Genf hatte gegen die Massenverurteilungen wegen gewerkschaftlicher Bestrebungen schärfsten Protest erhoben. In allen Ländern nehmen die Arbeiter in Betrieben und Gewerkschaften zu Wuppertal Stellung und erklären sich solidarisch mit den Gefangenen und ihren Familien. Ausländische Delegationen gehen nach Wuppertal, um die Verhältnisse zu studieren und bringen ihre Verbundenheit mit der antifaschistischen Bevölkerung zum Ausdruck. Staatsanwalt und Gericht toben, dass sie mit Protestbriefen und Telegrammen überschwemmt werden. Augenblicklich befinden sich wieder zwei holländische Delegationen, eine Arbeiter- und eine Intellektuellendelegation, in Wuppertal, Hamm und Lüdenscheid. Die Vertrauensräte der Wuppertaler Betriebe werden in Telefonanrufen von Betriebsdelegationen aus allen Ländern mit Fragen bestürmt. [...] Die Massenproteste müssen die Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen und die freie Wahl der Verteidiger durch die Angeklagten erzwingen. Schluss mit den Massenverurteilungen und den Foltermethoden! Dieser Ruf muss millionenfach durch Briefe, Telegramme und Delegationen den faschistischen Rechtsbrechern und Folterknechten als Forderung aller rechtlich denkenden Menschen der ganzen Welt übermittelt werden.“¹¹²

Besonders der Aufruf des IGB zur Solidarität mit den Wuppertaler Arbeitern verbreiterte das politische Spektrum der Solidaritätsbewegung. „Am 16. Januar hat der IGB eine Resolution angenommen, in der in schärfster Weise gegen den Wuppertaler Prozess und seine Methoden Protest erhoben wird. Möge dieser Beschluss den Gewerkschaften der einzelnen Länder als Anregung dienen von sich aus eine größere Kampagne in dieser Hinsicht einzuleiten.“¹¹³ Die Resolution hatte folgenden Wortlaut: „Das Büro des IGB hat mit tiefster Empörung von dem großen Wuppertaler Prozess, in dem mehrere hundert Arbeiter angeklagt sind, Kenntnis genommen. Bei diesem Anlass hat die Hitlerregierung erneut ihre Terrormethoden bei den Verhören der Angeklagten, von denen einige das Leben einbüßten, anwenden lassen. [...] Der IGB richtet einen dringenden Appell an die öffentliche Meinung, damit diese energisch gegen den wilden Terror und gegen die pseudo-juristischen Methoden, die von der Hitlerregierung angewandt werden,

¹¹² Ebd.

¹¹³ Rundschau, 1936, S. 218.

protestieren. Der IGB fordert alle angeschlossenen Organisationen und alle Freunde der Freiheit auf, sich dieser Protestaktion anzuschließen und das Gewissen aller anständigen Menschen zu mobilisieren.“¹¹⁴ Die Rote Hilfe reagierte etwas unterkühlt auf die Resolution der freigewerkschaftlichen Konkurrenz: „Unser Komitee begrüsst aus Gründen der Menschlichkeit die Entschließung des IGB.“¹¹⁵

Auch der bekannte deutsche Arbeiterschriftsteller Hans Marchwitza solidarisierte sich mit den Wuppertaler Arbeitern mit einem Aufsatz in der Exilzeitung „Rundschau“. Unter der Überschrift „Das Volksgericht von Wuppertal“ griff er die NS-Justiz an, die das Kapital vor den berechtigten Forderungen der Wuppertaler Arbeiter schützen wollte. Er erinnerte daran, dass vor demselben Gericht bereits August Bebel stand und zitierte einen Angeklagten des Wuppertaler Prozesses: „Ihr könnt doch nicht verlangen, dass ich, der ich im Klassenkampf aufgewachsen bin, nun plötzlich glauben soll, es gäbe keinen Klassenkampf mehr! 1891 stand an derselben Stelle, an der ich heute stehe, August Bebel unter derselben Anklage. Auch damals wollte man die Arbeiterbewegung und den Klassenkampf vernichten. Das ist damals nicht gelungen und wird auch heute nicht gelingen! [...] Sechshundertachtundzwanzig vor Gericht! Es ist nicht euer Gericht, denn das Volk seid ihr! Die Richter aber sind: SA-Offiziere, SS-Gruppenführer, Fliegerleutnant und ein paar zivile Hitler- und Bembergvasallen. Ihr wolltet die alten Gewerkschaften wiederherstellen, das ist eure einzige Schuld. Ich wolltet gemeinsam menschliche Zustände durchsetzen, dafür geht ihr ins Zuchthaus, Ihr fordertet nur das, was Hitler heilig versprochen und hundertfach gebrochen, dafür werden 628 Menschenleben Martern ausgesetzt, ekelerregenden Martern, sinnlosen Quälereien – um die Textilunternehmer zu retten, um dieses verfluchte, betrügerische System zu retten. Hitler und seine Freunde fürchten diese Volkseinigkeit. Denn die Einigkeit der deutschen Arbeiter ist der Zusammenbruch dieser erbarmungslosen Staatsgewalt. Sie ist das größte Hindernis der Kriegsvorbereitung gegen gehasste Nachbarvölker. Darum alles zum Schutz dieser 628 Wuppertaler, damit die Welt nicht ein solches, noch schauderhafteres Wuppertal wird.“¹¹⁶

Ein weiterer prominenter Funktionär, der Wuppertaler Albert Norden, der im französischen Exil in Paris für die KPD tätig war, widmete seinen „Brief aus Deutschland“ den Ereignissen in seiner Heimatstadt.¹¹⁷ Im Rückgriff auf die Traditionen der Wuppertaler Arbeiterbewegung verwies er auf die Rolle von Friedrich Engels 1849 in Wuppertal und auf Ferdinand Lassalle, der im Wuppertal zahlreiche Anhänger hatte. „Diese Hochburg der alten Sozialdemokratie konnten auch Bismarcks Kanonen des Sozialistengesetzes nicht zerschießen. [...] Fünfzehn Jahre später [gemeint ist: 15 Jahre nach dem Kapp-Putsch, S. St.] ist unter dem faschistischen Terror die Einheitsfront, die

¹¹⁴ Zitiert nach: Informationsdienst für die RH, Juni 1936, BArch B, R 58/683. Eine Zusammenfassung der IGB-Resolution findet sich auch in der ITF-Zeitung „Faschismus“ vom 8.2.1936.

¹¹⁵ Ebd.

¹¹⁶ Marchwitza, Hans: Das „Volksgericht“ von Wuppertal, in: Rundschau, Nr. 6, 1936, 240.

¹¹⁷ Rundschau, Nr. 4, 1936, S. 161.

damals von Severing zugunsten der weißen Generäle und der Trustherren gebrochen wurde, wieder Wirklichkeit geworden. Unterschiedslos begannen in Wuppertal Kommunisten, Sozialdemokraten, Parteilose und Christliche eine freigewerkschaftliche Tätigkeit in den Betrieben zu entfalten. Auf die Vertrauensräte wurde ein lebhafter Druck für die Belegschaftsforderungen ausgeübt.

Delegationen debattierten mit den Betriebsdirektionen um die Besserstellung der Arbeiter. Das war für die Regierung der 'Volksgemeinschaft', die den Unternehmern ungeheure Gewinne durch die Niederhaltung des Proletariats verschafft, unerträglich. Die Gestapo griff ein. Es war kein Zufall, dass die Hauptverhaftungen im Vorjahr kurz vor den Vertrauensrätewahlen erfolgten. Die Oppositionsbewegung in den Betrieben sollte gebrochen werden und durch den Terror ein Wahlergebnis erzwungen werden, mit dem das Hitlerregime hätte zufrieden sein können. [...] Und da die Geheime Staatspolizei spürte, dass sie einen vergeblichen Schlag geführt hatte, organisierte sie eine Provokation, würdig der klassischen Ochrana-Methoden.¹¹⁸ Mehrere dieser geheimpolizeilichen Schurken wurden in der Maske von Antifaschisten in die Betriebe geschickt und organisierten eine Agitation, deren Teilnehmer im Spätherbst 1935 alle verhaftet wurden. Das Hauptlockmittel waren antifaschistische illegale Zeitungen, die von der Gestapo vorher beschlagnahmt worden waren. Der Hunger nach diesem Material ist bei den Arbeitern so groß, dass manche die notwendige Vorsicht außer Acht lassen, nur um in den Besitz dieser Zeitungen zu kommen.“¹¹⁹

Eine weitere Argumentationskette der KPD-Propagandisten war die Frage der Kriegsvorbereitung. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht in das Rheinland bewertete die KPD die Prozesse gegen die Wuppertaler als Teil der Kriegsvorbereitung. „In dem Gebiet, aus dem die Angeklagten im Wuppertaler Prozess stammen, ist die für die Kriegswirtschaft wichtige Chemie-, Eisen-, Textil- und Kunstseidenindustrie ausschlaggebend [...]. Die Kriegsbetriebe des Dritten Reiches sollen auf diese Weise von allen kriegsfeindlichen Einflüssen gesäubert, der ungestörte Gang der deutschen Kriegsmaschinerie garantiert werden. [...] Die Massenprozesse gegen ganze Belegschaften werden also offen als die Reinigung der Betriebe von friedensliebenden Menschen, als Versuch der Ausrottung der Gegner der deutschen Kriegspolitik zugegeben. Der Kampf für die Freiheit der Wuppertaler Angeklagten, der Kampf für die Niederschlagung der noch [laufenden] [...] Verfahren ist deshalb ein Kampf gegen die Kriegsabsichten der Hitlerregierung.“¹²⁰

8. Ausweitung der Themen

Nach der erfolgreichen Kampagne zu den Wuppertaler Prozessen erweiterte das W.K. seinen Schwerpunkte. In einem Aufruf appellierte das W.K. an die Öffentlichkeit: „Wir dürfen nicht müde

¹¹⁸ Ochrana hieß die zaristische Geheimpolizei.

¹¹⁹ Rundschau, Nr. 4, 1936, S. 161.

¹²⁰ Rundschau, Nr. 12, 1936, S. 471. Vgl. „Der Angriff“ vom 8.3.1936.

werden!“¹²¹ Die Alltäglichkeit der Massenprozesse in Deutschland dürfe nicht das Engagement für die Gefangenen erlahmen lassen. „Im Anfang des Wuppertal-Prozesses bildete sich spontan unser Komitee, um die Not, dort wo sie am dringendsten war, zu lindern. Die Erfolge, die wir hatten, bestätigten die Richtigkeit unserer Arbeiten. Im Laufe unserer Tätigkeit sahen wir, welche ungeheuren Möglichkeiten [es] [...] für Hilfeleistungen aus dem Ausland nach Deutschland [gab]. [...]. Der unbeteiligte ‚mitfühlende Zuschauer‘ darf nicht nur Zuschauer sein, er muss Samariter werden!“¹²² Die Mitglieder des W.K. stellten fest, dass ihre Tätigkeit nicht nur im Ausland bekannt geworden war, sondern auch zunehmend in Deutschland. „Während wir in der ersten Zeit unsere Hilfe ungefragt anboten, erreichen uns nun viele Bitten um Hilfe. Tausende Augen sind hilfeschend auf uns gerichtet. Tausend Hände flehen zu uns ausgestreckt. [...] Unsere Aufgaben sind ungeheuer gewachsen. Gewachsen sind aber auch unsere Kräfte. Der Kreis der Helfenden vergrößert sich täglich.“¹²³ Im hier zitierten Bulletin Nr. 5 wird aber auch darauf hingewiesen, dass die Hilfe nicht „ganz selbstlos“ sei. Schon bald strecke die „nackte, blutige Diktatur ihre Hand aus. Auch bei uns sind, unterstützt vom Ausland, Kräfte am Werk, die aus unserem Land ein ‚Drittes Reich‘ machen [wollen].“¹²⁴

Hinter der Ausweitung auf andere Massenprozesse und Antirepressionskampagnen stand das im W.K. nicht unumstrittene Ziel, die „Hilfsarbeit“ für politische Gefangene zu einem strategischen Hebel für die Realisierung der Einheits- und Volksfrontpolitik der KPD zu machen. So schlug die KPD der „RH Holland“ zur Unterstützung der Kampagne zur Rettung von Etgar André vor, dass vom W.K. „möglichst rasch eine Delegation nach Hamburg [...] gesandt wird, um gegen die Urteilstvollsteckung zu protestieren.“¹²⁵ Die Delegation sollte möglichst breit von niederländischen Organisationen, Parteien und Gewerkschaften unterstützt werden. Daher sollte das persönliche Herantreten an die Organisationsvertreter durch die Mitglieder des W.K. erfolgen, das sei am „Erfolg versprechendsten“.¹²⁶

Bei der Frage der Spendenverteilung kam es im Juni/Juli 1936 zu ernsthaften Konflikten im W.K. Im gemeinsamen Gespräch der Leitung des W.K. mit Vertretern der Roten Hilfe sowie mit Franz Vogt und Erich Kuttner kam es zu Unstimmigkeiten über die Verteilung der vom W.K. gesammelten Spendengelder. Franz Vogt lehnte die Zusammenarbeit mit der Roten Hilfe ab und bestand auf der getrennten Verteilung der Gelder. Die sozialdemokratische Presse in den Niederlanden griff in verschiedenen Artikeln die Spendenpraxis des W.K. an. Die von der RH geforderte Ausweitung der Spendenvergabe an breite Kreise wurde von Franz Vogt, aber auch von den SOPADE-Vertretern in

¹²¹ Bulletin Nr. 5.

¹²² Ebd.

¹²³ Ebd.

¹²⁴ Ebd.

¹²⁵ IISG, Collectie CPH Moskou: Rol 44 Fonds 539, opis' 3 (IRH, 1936-1940) 582-586.

¹²⁶ Ebd.

den Niederlanden als Versuch der kommunistischen Einflussnahme abgelehnt.

Die Leitung des W.K. verständigte sich aber schließlich mit der RH auf die gemeinsame Organisierung der Hilfe. Der Kreis der unterstützenden Organisationen sollte planmäßig erweitert werden, u.a. wurden katholische Kreise um die Zeitung „Der deutsche Weg - Fachblatt für deutschsprachige Katholiken“ angesprochen.

Aus einem chiffrierten Bericht der RH-Leitung ergibt sich, dass es auch mit Selma Meyer schwerwiegende Konflikte gab. „Für die weitere Entwicklung des Komitees ist es notwendig, den Kreis der holländischen Mitarbeiter zu erweitern. Wir erstreben eine Verbesserung der Leitung dadurch, dass eine bürgerliche Persönlichkeit den Vorsitz übernimmt. Selma Meyer hat nach Rückkehr von Paris andere Interessen. Selma Meyer ist dort durch Willi Münzenberg mit Regierungskreisen in Verbindung gebracht, die Selma Meyer zum Weitererscheinen der aus finanziellen Gründen eingegangenen Zeitung Mittel in Aussicht stellten. Seit dieser Zeit zeigt Selma Meyer großes Interesse für die Aufrüstung in D [Deutschland] und will von uns darüber Mitteilungen haben. Es erscheint uns deshalb notwendig, die Leitung, so schnell als es ohne Reibungen möglich ist, zu ändern.“¹²⁷ Möglicherweise vermuteten die Verfasser, dass Selma Meyer für französische Stellen militärische Geheimnisse ausspionieren wollte. Diese Form von Widerstandsarbeit wurde später von Theo Hespers im niederländischen Grenzgebiet geleistet.¹²⁸

In den Bulletins und Pressemitteilungen des W.K. wurden nun auch andere Massenprozesse thematisiert und Kampagnen gegen Hinrichtungen und für die Rechte der politischen Gefangenen unterstützt.¹²⁹ In den Fokus der Aufklärungsarbeit sollte zunächst der sog. Brotfabrikprozess treten. In diesem Prozess standen Hunderte von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern vor Gericht, die von der Brotfabrik Germania in Mülheim/Ruhr aus illegales Material verteilt haben sollten. Die Hauptangeklagten um den Moerser Hermann Runge wurden im Dezember 1936 in Düsseldorf wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu Zuchthausstrafen bis zu neun Jahren verurteilt. Diese inhaltliche Ausweitung der Unterstützungsarbeit auf eine sozialdemokratische Widerstandsstruktur passte sehr gut in die veränderte politische Landschaft. Seit der „Brüsseler Konferenz“ der KPD waren solche Allianzen wie in diesem Kapitel bereits erläutert, ausdrücklich erwünscht. Mit Artikeln im Bulletin 6 wurde die Arbeit des „Carl Ossietzky-Komitees“ unterstützt; das W.K. entsandte im Mai 1936 eine Delegation in das Konzentrationslager Esterwegen, um den Gesundheitszustand von Carl Ossietzky zu prüfen.¹³⁰ In Amsterdam veranstaltete das W.K. einen

¹²⁷ BArch B, SAPMO, RY 1 / I 2/3/331.

¹²⁸ Vgl. Blankenstein, Elisabeth van: Dr. M. van Blankenstein. Een Nederlands dagbladdiplomaat 1880-1964, 's-Gravenhage 1999.

¹²⁹ Vgl. Bulletin Nr. 4, Sammlung W.K., VVN-Archiv Wuppertal. Auch das 5. Bulletin hatte einen inhaltlichen Schwerpunkt zu dem „Brotfabrikprozess“.

¹³⁰ Die Delegation bestand aus Clara Enthoven, H. Van Zutphen und Nico Padt. Vgl. Cort, Van vrouwen, vrede en verzet; Selma Meyer, S. 24-25.

Vortrag mit dem Schriftsteller Menno ter Braak zum Leben von Ossietzky.

Das W.K. beteiligte sich auch an der internationalen Kampagne gegen die Hinrichtung von Etgar André, u.a. mit einem offenen Brief an Adolf Hitler und mit zwei speziellen Bulletins, von denen eines ein Interview mit der Ehefrau von Etgar André enthielt. Sogar ein Reiseprospekt für deutsche Touristen wurde herausgegeben, in dem über die drohende Hinrichtung von André informiert und auf die „ungeteilte Ablehnung des holländischen Volkes“ bei Vollstreckung des Todesurteils hingewiesen wurde.¹³¹

Neben dem W.K. war vor allem die Prager URF involviert, die sogar ein Gegentribunal in Prag mit eigenen Zeugen usw. veranstaltete. Federführend war die Abschnittsleitung Nord in Kopenhagen, aber es waren auch alle anderen wichtigen Organisationen wie das IRH beteiligt. Wie bei den Wuppertaler Gewerkschaftsprozessen besuchten internationale Delegationen den Prozess in Hamburg und konnten sogar Etgar André im Gefängnis sprechen. Auch sorgte sich die Gestapo wegen des täglichen Eingangs von Protestschreiben, den Stellungnahmen prominenter Ausländer und der damit verbundenen „Pressehetze“ und versuchte die unerwünschten Delegationen auszusperren. Es sei ein „dringendes Gebot der Stunde, dafür Sorge zu tragen, dass in Zukunft unerwünschten Ausländern und fremden Delegationen die Möglichkeit genommen wird, nach Deutschland einzureisen.“¹³²

Ein weiterer Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit zu Gunsten der politischen Gefangenen war die propagandistische Ausnutzung der Olympiade in Berlin und Garmisch-Partenkirchen.¹³³ Sie war Teil einer weltweiten Kampagne, die auch in Stockholm und Bombay von örtlichen Komitees und politischen Kräften unterstützt wurde.¹³⁴ Die Kampagnen wurden zum Teil mit explizitem Bezug auf die Wuppertaler Prozesse geführt wie das Beispiel aus Schweden zeigt: „Die Leitung der Stockholmer Lokalabteilung der Sozialdemokratischen Partei Schwedens hat unter Hinweis auf den ‚Nationalsozialistischen Terror‘ gegen die schwedischen Seeleute Mineur und Jansson sowie auf den Riesenprozess gegen 600 Gewerkschafter im Wuppertal beschlossen, die ihr angehörenden Mitglieder aufzufordern, an der Sommerolympiade in Berlin nicht teilzunehmen.“¹³⁵

Auf einer Veranstaltung des „Internationalen Frauenverbandes für Frieden“ in Göteborg wurde nach Ansicht des „Deutschen Konsulats Gothenburg“ offensiv gegen Deutschland agitiert: „In Deutschland nehme die Opposition gegen das neue System immer mehr zu. Dafür berief sich [die Rednerin] [...] auf die angebliche Stimmung auf den deutschen Universitäten, auf den

¹³¹ Vgl. Rundschau Nr. 33, S. 1362; Priewe, Joachim: Begegnung mit Etgar André. Ein Lebensbild, Berlin (DDR) 1986, S. 195-196.

¹³² Zitiert nach Priewe: Begegnung mit Etgar André, S. 224. Vgl. BArch B, SAPMO, PST 3 /174.

¹³³ Vgl. Leo: Olympischer Friede und blutige Tyrannei, in: Rundschau, Nr. 7, 1936, S. 277-278.

¹³⁴ Vgl. PA Referat Deutschland, Nr. 4577 86-26 „Die Olympiade unter Diktatur“ R 8769; PA Inland II A/B, Nr. 5093 80-30, Niederlande R 99208.

¹³⁵ Deutsche Gesandtschaft Stockholm vom 30.3.1936, PA Inland II A/B, Nr. 4553 R 98744.

Wuppertalprozess, auf starke Verbreitung von heimlich gedruckten Zeitungen.“¹³⁶

Aus den Niederlanden wurden am 3. August 1936 Postkarten an die Mitglieder der niederländischen Nationalmannschaft geschickt mit dem Hinweis, dass eine Vielzahl von deutschen Sportlern nicht an der Olympiade teilnehmen könne, weil sie im Zuchthaus bzw. im KZ säßen. Unter den namentlich genannten Sportlern ist auch der „Marathonläufer Joseph Kaspas“¹³⁷ benannt, der im Wuppertaler Gewerkschaftsprozess zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.¹³⁸ Ebenfalls aus dem Sommer 1936 stammte der Aufruf der Internationalen Arbeiterhilfe. Unter der Überschrift „Der Weltrekord des Terrors“ zitieren die unbekanntenen Verfasser der Flugschrift die niederländische Zeitung „Vrijzinnige Democraat“ (Der freisinnige Demokrat) vom 4. Juli 1936. Die Zeitung listete u.a. die Aburteilung von 682 Männern und Frauen aus Wuppertal auf, die bis zu 15 Jahre Zuchthaus erhielten. Gleichzeitig wurde auf die Massenprozesse gegen 840 Hamburger Gewerkschafter hingewiesen. Die niederländische Zeitschrift erhielt auch die Information, dass die Wuppertaler Heini Gross und August Obermeier von der Gestapo ermordet wurden.¹³⁹

Ein weiteres Betätigungsfeld für das W.K. wurde die Ausstellung „De Olympiade onder dictatuur“ in Amsterdam. In den Niederlanden fand sich aus dem Kreis des W.K. und anderen politischen Gruppen ein prominent besetztes Vorbereitungscommittee zusammen, um die Ausstellung in Amsterdam zu präsentieren.¹⁴⁰

Das Komitee zur Vorbereitung der Ausstellung hatte 28 Mitglieder, unter ihnen Edo Fimmen, Sekretär der Internationalen Transportarbeiter Föderation ITF. Aus dem W.K. waren Anna Maria Kaulbach, der Rechtsanwalt W. Oskam, der Schriftsteller Siegfried E. van Praag, Gerrit Mannoury und Prof. David van Emden beteiligt. Die deutsche Künstlerin und Exilantin Helene Ernst beteiligte sich mit zehn Arbeiten an der Kunstaussstellung.¹⁴¹ Van Praag und Mannoury führten sogar persönlich durch die Ausstellung.

Die deutsche Gesandtschaft reagierte sofort und forderte die Schließung der Olympiadausstellung, weil sie Deutschland beleidige. Die Intervention bewirkte ein erstaunliches Entgegenkommen der niederländischen Polizei. Bevor die Ausstellung am 1. August 1936 in Amsterdam eröffnet wurde, bekam der deutsche Konsul Jung die Gelegenheit, mit der niederländischen Polizei durch die Ausstellung zu gehen, um einzelne Werke und Tafeln zu beanstanden, „die für den Führer und für

¹³⁶ Deutsche Gesandtschaft Göteborg vom 27.2.1936, PA Inland II A/B Nr. 4553 R 98744.

¹³⁷ Wahrscheinlich ist Josef Kaspers, geb. 7.10.1905 gemeint. Der gelernte Former war arbeitslos und im Arbeiter Turn- und Sportverein aktiv. Er wurde am 11.3.1935 verhaftet und am 25.7.1935 zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt. Vgl. LAV NRW W, GSTAH, Nr. 5642-5651 E, 5652-5663 V, 5680 W, 5681 St. Als Mitglied der deutschen Olympiamannschaft ist er aber nicht bekannt geworden.

¹³⁸ Vgl. Kopie in Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin; VVN-Archiv Wuppertal.

¹³⁹ Vgl. Flugblatt in: Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin; VVN-Archiv Wuppertal.

¹⁴⁰ Dossier, BArch B, PST 3/312. Vgl. PA Inland IIg 36, Kommunismus in Belgien, Niederlande 1936-1944.

¹⁴¹ Ernst wurde nach dem Einmarsch der Deutschen 1940 verhaftet und als „Politische“ ins KZ Ravensbrück verschleppt. Vgl. Hübner, Hans: Helene Ernst. Ein zerbrechliches Menschenkind, Berlin 2002.

Deutschland beleidigend seien.“¹⁴² Die Deutsche Gesandtschaft in Den Haag konnte am 4. August 1936 zufrieden nach Berlin melden, „dass die größten Entgleisungen entfernt worden sind“.¹⁴³ Auch die zweite Station der Wanderausstellung in Rotterdam wurde von der deutschen Botschaft „beanstandet“. Die Forderung nach Schließung der Ausstellung konnte in Rotterdam aber ebenfalls nicht durchgesetzt werden, die Ausstellungsmacher wurden allerdings zu 50 Gulden Strafe verurteilt wegen „Beleidigung des Führers“.¹⁴⁴

9. Die Auflösung des Wuppertal-Komitees

Das „Wuppertal Komitee“ stellte seine offizielle Tätigkeit 1937 ein. Einen letzten Aufruf des W.K., der noch von Selma Meyer, A.C. Oerlemans, Lie Heijnen und Pastor Padt unterzeichnet war, befasste sich mit einem Gnadengesuch für den von Hinrichtung bedrohten Helmut Hirsch und findet sich in der Ausgabe „Het Volksdagblad“ vom 26. April 1937. Wilhelm Rüddenklau erklärte 1941 beim Gestapo-Verhör die Auflösung des W.K. damit, dass die Weltpresse sich nicht mehr für dessen Veröffentlichungen interessierte. Die deutschen Hauptakteure waren zum Teil aus den Niederlanden abgezogen worden, bzw. hatten andere Aufgaben übernommen. Die niederländischen Unterstützer arbeiteten weiter, z.B. in den Solidaritätskampagnen für den Spanischen Bürgerkrieg.

10. Das Scheitern von Einheits- und Volksfrontpolitik

Nur wenige Wochen nach der „Brüsseler Konferenz“ fand am 23. November 1935 das erste Spitzengespräch der KPD mit den Mitgliedern des sozialdemokratischen Parteivorstandes Friedrich Stampfer und Hans Vogel in Prag statt. Im Vorfeld hatten einzelne Spitzenfunktionäre der KPD selbstkritisch eingeräumt, dass die Einheitsfront deswegen so schwer herzustellen sei, weil die KPD darunter nur die Vereinigung in den Reihen der KPD verstanden habe. Die Konkurrenzsituation zwischen den beiden großen Parteien hatte sich durch die Exilsituation eher noch verstärkt. Die Erfahrung der jahrelangen politischen Feindschaft ließ sich nicht so schnell vergessen. Die Glaubwürdigkeit der KPD in Bezug auf den Plan, jetzt einen demokratischen Neuanfang mit gleichberechtigten Partnern zu beginnen, war gering. Es kam aus KPD-Sicht nicht zu den gewünschten Ergebnissen. Eine gemeinsame Erklärung war nicht möglich. Ein von der SPD angebotener „Nichtangriffspakt“ war Ulbricht und Dahlem zu wenig. Sie wollten so schnell wie möglich eine Kooperationsvereinbarung mit der SPD. Dazu war die SPD-Leitung nicht bereit. Die SPD wollte zuerst einmal Erfahrungen mit der neuen Situation sammeln.¹⁴⁵

¹⁴² Vgl. „Die Olympiade unter Diktatur“, PA, Referat Deutschland, Nr. 4577 86-26 R 8769; PA, Inland II A/B Nr. 5093 80-30, Niederlande R 99208.

¹⁴³ „Die Olympiade unter Diktatur“, PA, Referat Deutschland, Nr. 4577 86-26 R 8769; PA, Inland II A/B, Nr. 5093 80-30, Niederlande R 99208.

¹⁴⁴ PA, Inland II, A/B Nr. 5093 80-30, Niederlande R 99208.

¹⁴⁵ Vgl. Schneider, Unterm Hakenkreuz, S. 1033-1034.

Die KPD setzte daraufhin ihre alte Politik gegenüber der SPD fort. Im Exil wurden die „rechten“ Führer diffamiert, die Linken umworben und angeworben; der Erfolg dieser durchsichtigen Politik blieb aus. Schließlich verpuffte auch der Aufruf vom Januar 1936 an die SPD und an den IGB zum gemeinsamen Vorgehen bei den bevorstehenden Vertrauensrätewahlen. Die SPD hatte eine gänzlich andere Einschätzung was die Bedeutung der Vertrauensrätewahlen anging. Für sie waren diese Wahlen Scheinwahlen, die für die Masse der Arbeiter keine Bedeutung besaßen. Schließlich ordnete die Parteiführung der SPD im Prager Exil Ende Januar 1936 in einem Rundschreiben an die Grenzsekretariate an, keine Verbindungen zu Kommunisten mehr zu unterhalten.¹⁴⁶

Erfolgreicher war die Volksfrontinitiative um den Lutetia-Kreis von Willi Münzenberg in Paris. Bereits am 26. September 1935 organisierte er im direkten Auftrag von Dimitroff eine große Zusammenkunft mit Bürgerlichen, Sozialdemokraten und Intellektuellen, die ihren Höhepunkt in der Konferenz im Pariser Hotel Lutetia am 2. Februar 1936 fand. Dieser historischen Zusammenkunft unter dem Vorsitz von Heinrich Mann war ein behutsamer Zusammenschluss von 15 verschiedenen Emigrantenvertretungen zu einer losen Interessengemeinschaft vorausgegangen, die aber gemeinsame Aktivitäten erlaubte, wie die Herausgabe eines Informationsbulletins oder die Protesterklärung gegen die Hinrichtung des Berliner RH-Leiters Rudolf Claus bewies.

Am 2. Februar 1936 versammelten sich 120 prominente Persönlichkeiten, unter ihnen Vertreter des ZK der KPD, Sozialdemokraten wie Rudolf Breitscheid und Vertreter der SAP. Sie waren eingerahmt von führenden Intellektuellen. Nach kontroverser Diskussion gelang der Konferenz die Verabschiedung gemeinsamer Forderungen und die Verabredung zu weiterer Zusammenarbeit. Eine gemeinsame Vision eines „Deutschlands nach Hitler“ konnte noch nicht erarbeitet werden. Einstimmig verabschiedet wurde aber der Aufruf „alle in Opposition zum Hitler-Regime stehenden Gruppen zur Bundesgenossenschaft im Kampf für Grundfreiheiten und Rechtsstaatlichkeit“ aufzufordern.¹⁴⁷

Am weitesten in den Einheitsfrontbestrebungen kamen die organisierten Bergarbeiter im Exil. Sie bildeten im März 1936 einen paritätisch besetzten Arbeitsausschuss mit Grenzstellen in der Tschechoslowakei, Frankreich und den Niederlanden zur Anleitung der Arbeit in den Revieren. Am 24./25. Mai 1936 wurde u.a. von Franz Vogt und von Wilhelm Knöchel der überparteiliche „Arbeitsausschuss freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands“ in Paris gegründet.¹⁴⁸ Diese Gründung an Pfingsten 1936 basierte vor allem auf der engen Zusammenarbeit von Franz Vogt und Wilhelm Knöchel. Vogt war früherer Mitarbeiter der Hauptverwaltung des sozialdemokratisch dominierten „Alten Verbandes“ und SPD-Abgeordneter des Preußischen Landtages. Wilhelm

¹⁴⁶ Vgl. Herlemann, Emigration, S. 121-122.

¹⁴⁷ Vgl. ebd., S. 1035f.

¹⁴⁸ Das gekürzte Gründungsprotokoll findet sich in: Die Gewerkschaften im Widerstand und in der Emigration 1933-1945, Mielke/Frese, 1933-1945, Bd. 5, S. 445-484. Vgl. auch Peukert/Bajohr, Spuren des Widerstands, S. 283f. u. S. 396.

Knöchel hatte seit 1920 als Grubenschlosser auf verschiedenen Dortmunder Schachtanlagen gearbeitet und war seit 1935 Kandidat im Zentralkomitee der KPD.

In enger Zusammenarbeit mit dem Präsidenten des französischen Bergarbeiterverbandes, Vigne, wurde am 23. und 24. Mai 1936 in Paris eine Konferenz deutscher Bergarbeiter eröffnet. Deutsche Bergarbeiter aus den Revieren in Sachsen, dem Ruhr- und Wurmgebiet und aus Schlesien, trafen in Paris zusammen. Ein Schwerpunkt der Debatten war das Verhältnis zur politischen Arbeit in der DAF: „Was sind nun die Formen der Widerstandsverhandlungen heute? Soll man die Möglichkeit, mit den Massen, in den Massen der Arbeitsfront zu operieren, ausnutzen? Die einen sagen: Boykott! Vollkommen weg mit der Arbeitsfront! Die anderen wieder sagen: Man muss hineingehen in die Arbeitsfront! Die Ansichten waren sehr geteilt. Ein Vertreter von der Saar gab zu bedenken, ein Boykott der Arbeitsfront sei mit dem Verlust des Arbeitsplatzes verbunden und schon von daher unmöglich. Ein anderer Delegierter warf ein, nicht die Funktionäre der DAF, sondern die alten Freigewerkschaftlichen Funktionäre seien die entscheidenden Personen in den Betrieben. Zu einem formellen Beschluss kam man nicht, die Stimmung unter den Teilnehmern tendierte allerdings stark in Richtung `einschalten`, das heißt, in der DAF zu arbeiten. Lohn und Arbeitszeit sollten im Mittelpunkt der Arbeit in den Gruben stehen.“¹⁴⁹ Ergebnis der Konferenz war die Gründung eines Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter, der von der Exekutive der Bergarbeiterinternationale anerkannt wurde und von ihr finanzielle Unterstützung bekam. Die unterschiedliche parteipolitische Zusammensetzung des vierköpfigen Arbeitsausschusses, in dem mit Vogt und Knöchel ein Sozialdemokrat und ein Kommunist zusammenarbeiteten, führte ab 1938, vor dem Hintergrund der stalinistischen Prozesse in der Sowjetunion, zu ständigen Auseinandersetzungen. Mit dem Hitler-Stalin-Pakt 1939 kam das Ende des Arbeitsausschusses.

Koordinationsausschuss der in Frankreich lebenden deutschen Gewerkschafter

Beflügelnd waren zuerst sicherlich auch das Zustandekommen der Volksfront in Frankreich und der im März 1936 erfolgte Zusammenschluss der sozialdemokratisch und kommunistisch orientierten französischen Gewerkschaften. In diese neue Einheitsgewerkschaft konnten schließlich emigrierte deutsche Gewerkschafter eintreten und eine neue politische Heimat finden. Auf Anregung der CGT sollten sich die verschiedenen Sprachgruppen der Emigranten der CGT angliedern. Dafür wurde zu separaten Versammlungen der Metallarbeiter, der Angestellten usw. eingeladen. Diese Versammlungen wurden von Seiten der SPD und der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften (ADG) allerdings mit Misstrauen betrachtet; ihre Gewährsleute betonten die Hegemonie der KP, die sich nur mit einzelnen Sozialdemokraten schmückten.

So berichteten die Sozialdemokraten von einer Versammlung der Angestellten, an der auch Cläre

¹⁴⁹ Zitat aus dem Protokoll; Kongreß der deutschen Bergarbeiter, Pfingsten 1936, früher im ZPA, Berlin, zitiert nach: GMH 10/94.

Muth teilnahm: Wenig schmeichelhaft wurde sie als „Hauptschuldige am Wuppertaler Prozess“ bezeichnet, die zudem nie Mitglied eines Angestelltenverbandes gewesen und in Wahrheit Sekretärin [...] [beim Kommunisten] Weisheit sei. Sie sei Kommunistin, Zuschneiderin von Beruf. Ihr Vater, so der Bericht, sei Gewerkschaftssekretär beim Textilarbeiterverband gewesen, in dem auch Cläre Muth organisiert war.¹⁵⁰

Auch die gemeinsame Organisierung der deutschen Gewerkschafter in Frankreich war angesichts der Ereignisse in der Sowjetunion, aber auch der Konkurrenzkämpfe zwischen ADG und der KPD nicht von langer Dauer. Die Konferenz vom 20. März 1937 in Paris führte nur kurzzeitig Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen. Bereits das Protokoll sorgte für Verstimmungen; der Sozialdemokrat R. Kirn erklärte nur kurze Zeit später seinen Austritt. In einem Brief an Bruno Süß begründete er dezidiert seine Beweggründe: „Warum reden die Bekämpfer der Demokratie so plötzlich von Demokratie und warum gibt es im ‚Lande der Arbeiter‘ trotz 20 Jahre ‚Diktatur des Proletariats‘ keine Demokratie? [...] Man lässt Bäche von Tinten fließen ob der Erschießung und Ermordung von Antifaschisten in Deutschland und Italien. Was aber sagen die Rubel-Trabanten über die Erschießung und Ermordung von Nicht-Stalinanhängern [...]. Zu den Ideen solcher Heloten soll man zu allem ja oder nein sagen? Dann lieber schon eine Kugel durch den Kopf. Es ist mutiger, sich selbst zu richten, als andere zu wählen um sich ‚abmurksen‘ zu lassen. Zur Sitzung vom 23. komme ich nicht. Der Betrug liegt hinter mir und zum Selbstbetrug bin ich nicht dumm genug. Das Komitee wird nie durch den I.G.B. anerkannt werden, das ist heute für mich ohne jeglichen Zweifel. Die Sünden verschiedener dieser Leute sind nun einmal zu groß.“¹⁵¹

Der politische Bruch

Spätestens seit August 1936 wurde in den Schriften der KPD wie in der Rundschau die Hatz auf vermeintliche „Trotzkisten“, „Parteifeinde“ und „Schädlinge“ eröffnet.

Die „Fratze des Trotzkismus“ wurde jetzt regelmäßig öffentlich vor der Weltöffentlichkeit enthüllt.¹⁵² In einer Sonderausgabe der Rundschau wurde der erste sogenannte Moskauer Schauprozess gegen Grigori Sinowjew, Lew Kamenew und andere ehemals führende Oktoberrevolutionäre propagandistisch ausgeschlachtet, die erpressten „Geständnisse“ der Angeklagten präsentiert und die Partner der Einheitsfront, die es wagten, sich für die Angeklagten einzusetzen, demonstrativ als Helfershelfer der Gestapo beleidigt. In der Zeitung, in der vorher regelmäßig gegen Folter und Todesstrafe in Nazi-Deutschland Stellung bezogen worden war, wurden die Hinrichtungen nur kurz vermeldet: „Das Urteil gegen das vereinigte trotzkistische-

¹⁵⁰ Bericht über die Versammlung der Privatangestellten, BArch B, R 58/725.

¹⁵¹ Brief von R. Kirn an Bruno Süß vom 21.5.1937, BArch B, R 58/725.

¹⁵² Rundschau, Nr. 38, 1936, S. 1545.

sinowjewistische Terrorzentrum wurde vollstreckt“¹⁵³

Nur wenige protestierten so eindeutig wie der italienische Schriftsteller Ignazio Silone, der sich in einem Brief an Willi Bredel gegen das „gehorsame Schweigen der europäischen Kommunisten“ (Rohrwasser) wandte: „Sie wissen, dass ich für die Verteidigung der Kultur einstehe, die in allen Ländern vom Fascismus [sic] bedroht ist. [...] Ganz besonders habe ich mich stets gegen die faschistischen Gerichte aufgelehnt, diese Vernichtungsmaschinen im Dienste des Bürgerkrieges, mit denen man die politischen Gegner ausrottet dadurch, dass man sie öfters unter einer Last von falschen Beschuldigungen erdrückt, dass man ihnen das Recht auf Verteidigung nimmt und von ihnen durch raffinierte und barbarische Torturen, denen oft der Stärkste nicht widersteht, sogenannte 'Geständnisse' erpresst. [...] Aber da Sie heute mit dem, was in Russland geschieht, solidarisch sind, da Sie einverstanden sind, dass Oppositionelle durch einfache administrative Verfügung deportiert werden, dass ihnen der Prozess gemacht wird, ohne dass man sie in Kenntnis der Akten setzt, ohne dass sie in die Lage versetzt werden, ihre Unschuld durch Zeugen oder wirklich unabhängige Rechtsanwälte, die keinerlei Repressalien zu befürchten hätten, zu beweisen; – welchen Wert haben da alle ihre Proteste gegen die fascistische [sic] Polizei und fascistische Gerichte? Welche Aufrichtigkeit Ihre Wortergüsse über die elementaren Rechte des Menschen, über die Würde des Menschen und über die Verteidigung der Kultur?“¹⁵⁴

(...)

2. Lebenswege

Niederlande

Schon in Friedenszeiten gab es eine überraschend weitreichende Zusammenarbeit der deutschen Behörden mit der niederländischen Polizei bis hin zur Auslieferung von deutschen Flüchtlingen. So versuchten die deutschen Behörden nach der gezielten Verhaftung des Emigrationsleiters August Creutzburg und seiner Mitarbeiter im Frühjahr 1935 die Auslieferung nach Deutschland zu erreichen. Die Niederländer verweigerten die Auslieferung mit dem Hinweis, dass es sich um politische Flüchtlinge handele, aber sie waren, so der Bericht der Botschaft, mit dem deutschen Kriminalrat Reinold Heller einig, „dass das einzige Mittel, die Verhafteten für die Zukunft unschädlich zu machen, in der Einrichtung von Internierungslagern bestehe.“¹⁵⁵ In der Folgezeit

¹⁵³ Ebd., S. 1635. Zum heutigen Forschungsstand über den stalinistischen Terror vgl. u.a. Hedeler, Wladislaw (Hg.): Stalinscher Terror 1934–41. Eine Forschungsbilanz. Basisdruck, Berlin 2002; Hedeler, Wladislaw: Chronik der Moskauer Schauprozesse 1936, 1937 und 1938. Planung, Inszenierung und Wirkung, Berlin 2003; Schlögel, Karl: Terror und Traum. Moskau 1937, München 2008; Weber, Hermann/Mählert, Ulrich (Hg.): Verbrechen im Namen der Idee. Terror im Kommunismus 1936–1938, Berlin 2007.

¹⁵⁴ Brief von Ignazio Silone an die Redaktion „Das Wort“ in Moskau, 30.8.1936. Zitiert nach Rohrwasser, Michael: Antifaschismuslegende und Moskauer Schauprozesse im Spiegel der Exilliteratur, in: Keller, Claudia u.a. (Hg.): Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt der Tag. Antifaschismus. Geschichte und Neubewertung. Berlin 1996, S. 182.

¹⁵⁵ Bericht der deutschen Gesandtschaft Haag, 15.2.1935, PA, Inland II, R 99519 A/B 83-60, Abt. II Niederlande Politik

kam es zu zahlreichen Razzien und Verhaftungen von politischen Flüchtlingen. Betroffen war im Mai 1937 auch der Wuppertaler Erich Schmitz. Das Deutsche Konsulat Rotterdam berichtete am 17. Mai 1938 an das Auswärtige Amt vom „Hochnehmen einer Kommunistenzentrale“ und der Verhaftung von sieben deutschen Kommunisten in Rotterdam. Die niederländische Polizei hätte außerdem eine Bibliothek beschlagnahmen können. Der direkte Kontakt zu den vernehmenden niederländischen Polizisten sei ausgezeichnet. Die sieben Verhafteten hätten sich an der Verteilung von „deutschfeindlicher Literatur“ beteiligt.¹⁵⁶ Am 12. Juni 1938 nahm sich Herbert Baldus, einer der sieben Verhafteten, wahrscheinlich aus Angst vor der Abschiebung nach Deutschland das Leben. Am 13. Juli 1938 verurteilte ein Gericht in Rotterdam die übrigen Angeklagten wegen Verstoß gegen das Ausländergesetz zu einer Woche Gefängnis. Die deutsche Botschaft meldete nach Berlin: „Die Kommunisten sollen ausgewiesen werden“.¹⁵⁷ Zu einer Ausweisung nach Deutschland kam es nicht. Die niederländischen Behörden ließen den Flüchtlingen noch die „Wahl“, entweder nach Deutschland oder über die grüne Grenze nach Belgien abgeschoben zu werden. Erich Schmitz und die anderen Flüchtlinge „entschieden“ sich für Belgien.

Auch nach der Auflösung des W.K. ließ die deutsche Botschaft „kommunistische, antideutsche und pazifistische Bestrebungen“ beobachten. Vertrauensleute der Gesandtschaft berichteten regelmäßig von Veranstaltungen, auf denen ehemalige Akteure des W.K. auftraten wie z.B. über die Veranstaltung der Internationalen Friedenskampagne (I.V.C.) im Mai 1938 in Amsterdam. Auf dieser Veranstaltung sprach Cor S. Ramondt-Hirschmann in ihrer Eigenschaft als Mitglied der Vereinigung zur Befreiung Abessiniens und als Präsidentin des Internationalen Frauenbundes für Frieden und Freiheit Abt. Holland. Beobachtet wurde auch eine Tagung des „Comite voor Waakzaamheid van anti-nationaal socialistische intellectuelen“ in Oud-Leusden im März 1937. Darüber hinaus verfasste das „Wereld Vrouwen-Comitee tegen oorlog en fascisme“ unter dem Vorsitz von M. Oerlemans-Körner am 25. Juni 1938 einen Protestbrief gegen die Hinrichtung von Lilo Hermann. Zusätzlich kursierten Unterschriftenlisten gegen die drohenden Hinrichtungen von Ewald Funke, Walter Garbandt, Erich Krüger und Paul Grosch.

Auch bei Veranstaltungen in Paris waren Mitglieder des W.K. beteiligt: Vor 700 Teilnehmern sprach Rudolf Breitscheid als Vertreter der „Société pour la paix et la démocratie“. Den Vorsitz dieser Tagung hatte Prof. H.J. Pos; Redner waren u.a. Prof. Leo Polak und der Publizist Menno ten Braak.¹⁵⁸

Immer wieder versuchte die Gesandtschaft in Den Haag Druck auf die niederländischen Behörden auszuüben. Sie erkundigte sich bei der niederländischen Polizei nach Möglichkeiten, die Exilarbeit

19 R 71497.

¹⁵⁶ Ebd.

¹⁵⁷ Kommunistische und marxistische Zersetzungsarbeit 1938-1940, PA, Inland II, A/B, R 99499.

¹⁵⁸ Vgl. Bericht der Deutsche Gesandtschaft Den Haag vom 16.3.1937, PA, Inland II, R 99519 A/B 83-60, Abt. II Niederlande Politik 19 R 71497.

zu kriminalisieren. In enger Zusammenarbeit wurden Flugblätter untersucht, in denen es angeblich um Verächtlichmachung eines anderen Staatsoberhauptes ging. Unterstützung fand das NS-Regime auch bei niederländischen Nationalsozialisten:

Das Wochenblatt der niederländischen NSB-Bewegung „De Daad“ vom 27. Mai 1938 bewertete eine Veranstaltung der Internationalen Friedenskampagne I.V.C als Zusammenkunft der „Komintern im Concertgebouw“.¹⁵⁹ Im gleichen Artikel listeten die niederländischen Nationalsozialisten „Namen holländischer Gelehrter, welche als Marxisten bekannt sind“ auf, so auch Prof. K. R. Gallas, der französische Literatur lehrte und aktiv im Wachsamkeits-Komitee und im W.K. war. Am 20. Mai 1938 ging die Kampagne in der „De Daad“ weiter: „Der guten Ordnung halber veröffentlichen wir nochmals einige Namen von „Kultur“ Hochschullehrern, welcher mit der „Kultur“ des Bolschewismus der geballten Faust sympathisieren. Wir können uns nämlich niemals genug in Acht nehmen vor den Propagandisten des Kommunismus.“¹⁶⁰

Selma Meyer

Nach dem Engagement für das Wuppertal-Komitee waren Selma Meyer und auch andere niederländische Aktivisten u.a. im Komitee „Hilfe für Spanien“ und im Komitee „Hilfe am spanischen Kind“ aktiv, das versuchte, Kinderheime im vom Bürgerkrieg zerrissenen Spanien zu errichten. Aber Selma Meyer war auch nach Ansicht eines Komintern-Emissärs nicht mehr für den kommunistischen Widerstand aktiv.¹⁶¹ Politisch näherte sie sich den bündischen Gruppen an. Im Jahr 1937 hatte Selma Meyer bei einem Treffen in Brüssel den deutschen Emigranten Hans Ebeling kennengelernt. Sie wurde enge Mitarbeiterin der bündischen Gruppe um Hans Ebeling und Theo Hespers, die als „Deutsche Jugendfront“ publizistisch tätig war. In Meyers „Holland Typing Office“ in Amsterdam wurde die bündische Zeitung „Kameradschaft“ gedruckt. Selma Meyer organisierte auch die Herstellung und den Vertrieb der Zeitung; ihre Agentur wurde für Hespers und Ebeling eine wichtige Anlaufstelle. Mit Theo Hespers und Peter Lütges gründete sie das „Hilfskomitee für jugendliche Flüchtlinge aus Deutschland“ („Comité tot hulp aan jeugdige Duitsche vluchtelingen“), in Belgien begannen sie mit dem Aufbau einer Parallelorganisation.¹⁶² Im nördlich von Amsterdam gelegenen Zaandam mietete das niederländische Komitee ein Haus an, in dem bis zu zehn Flüchtlinge untergebracht werden konnten. Weiterhin versuchte die Gruppe um Meyer und Ebeling Flug- und Schiffsreisen in die Niederlande, nach Australien, Südamerika und Schanghai zu

¹⁵⁹ PA, Inland II A/B, R 99499, Kommunistische und marxistische Zersetzungsbearbeitung 1938-1940.

¹⁶⁰ Ebd.

¹⁶¹ Vgl. Schmidt, Fritz: Vernetzungen. Verstrickungen. Aspekte bündischen Verhaltens im Dritten Reich, Edermünde 2002, S. 70-71; Müller, Reinhard: Exilforschung, Bd. 9, München 1991, S. 237. Vgl. BArch B, ZC 19817; BArch B, ZC 14105, Akte 5. Bei einem Treffen von Gestapo-Mann Bruno Wolff mit Walter Jansen in Düsseldorf im Dezember 1937 und in einer Wo I-Meldung vom 12.1.1938 wurde Selma Meyer noch einmal namentlich erwähnt.

¹⁶² Informationen von Dietrich Hespers, Brüggen.

finanzieren. Inzwischen hatte Selma Meyer ihre Zusammenarbeit mit Kommunisten gänzlich aufgegeben. 1939 wurde sie sogar Mitglied der antitotalitären „Eenheid door Democratie“ (EDD), die gleichzeitig antifaschistisch und antikommunistisch ausgerichtet war.¹⁶³

Erich Kuttner

Erich Kuttner engagierte sich vor allem auf den Lutetia-Konferenzen für das Volksfront-Projekt. Im Juni 1936 war er an der Gründung des „Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront“ in Paris beteiligt.¹⁶⁴ Sein Versuch, einen überparteilichen „Zentralverein Deutscher Emigranten“ (ZDE) in den Niederlanden zu gründen, scheiterte an der SOPADE und an den jüdischen Flüchtlingsorganisationen, die eine gemeinsame Interessenvertretung aller Emigranten ablehnten. Die niederländische sozialdemokratische Partei SDAP drohte sogar mit dem Entzug der Unterstützungsgelder. Der ZDE konnte unter diesen Umständen nur ungefähr 250 Emigranten organisieren und wurde Ende 1937 von den niederländischen Behörden verboten.¹⁶⁵ Von Dezember 1936 bis Anfang 1937 engagierte Kuttner sich für die republikanische Seite in Spanien und bemühte sich mit Erfolg um die deutsche Vertretung der SOPADE in Spanien, die er aus politischen Gründen aber schließlich nur sehr kurz wahrnahm. Im Zuge der Schauprozesse in Moskau hatte die SOPADE kritische Artikel im „Neuen Vorwärts“ verfasst, die Kuttner nicht verantworten wollte. Kuttner schrieb in dieser Zeit für drei Zeitungen der Internationalen Brigaden und arbeitete u.a. für das „Pariser Tageblatt“ sowie für den „Deutschen Freiheitssender 29,8“. Im Mai 1937 hielt Kuttner noch eine Rede vor der XI. Internationalen Brigade, in der er eindrücklich die Einheitsfront beschwor: „Aus der Gleichheit des Zieles wird am ehesten die Einheit der Aktion geboren. Wir hoffen: Spanien kann und soll die Brücke werden, über welche die entzweiten Teile des deutschen Proletariats wieder zu einander finden werden.“¹⁶⁶ Diese Hoffnungen erfüllten sich auch in Spanien nicht. Kuttner, der im Juli 1937 bei einem Frontbesuch leicht verletzt wurde, nahm noch in Madrid am 2. Internationalen Schriftstellerkongress teil und kehrte Anfang 1938 über Paris in sein niederländisches Exil zurück.

In den Niederlanden war er wieder mit den äußerst prekären Lebensverhältnissen der Emigration konfrontiert. Politisch war die Einigung der sozialdemokratischen Emigranten nicht gelungen. Seine politische Heimat, die „Revolutionären Sozialisten“, waren mehrheitlich Mitte 1937 wieder zur SPD zurückgekehrt. Erich Kuttner erklärte am 10. Mai 1938 seinen Abschied von der aktiven Politik. Er widmete sich nunmehr der Erforschung des niederländischen Freiheitskampfes zwischen

¹⁶³ Vgl. Cort, Bart de: Van vrouwen, vrede en verzet. De ongewone geschiedenis van Selma Meyer (1890-1941) en haar Holland Typing Office. MS.

¹⁶⁴ Vgl. Ingenthron, Maximilian: „Falls nur die Sache siegt“. Erich Kuttner (1887-1942). Publizist und Politiker. Mannheim 2000 (= Mannheimer Historische Forschungen, 18), vgl. IISG, NL Erich Kuttner,

¹⁶⁵ Vgl. Cort, Kuttner, S. 70-71.

¹⁶⁶ Zitiert nach Cort, Kuttner, S. 74.

1566 und 1648, wozu er Anfang 1940 ein fertiges Manuskript vorlegen konnte.

Weitere Lebenswege

Cläre Muth verließ nach ihrem Engagement für das Wuppertal-Komitee die Niederlande und engagierte sich u.a. im „Koordinierungsausschuss deutscher Gewerkschaften“ in Frankreich. Im August 1938 leitete sie eine Tagung, die zur Gründung des „Gewerkschaftsausschusses der Textilarbeiter Deutschlands“ führte. Auf dieser Tagung wurde ein Aufruf an die Textilarbeiter Deutschlands formuliert und die Herausgabe der „Textilarbeiter-Mitteilungen“ vereinbart. Im Juli 1939 nahm Muth noch am Nationalkongress der französischen Textilarbeiter teil. Dann kam der Krieg. Auch Cläre Muth wurde als „feindliche Ausländerin“ von den französischen Behörden interniert und in das Frauengefängnis „Petite Roquette“ eingesperrt. 1941 erhielt sie, kurz vor der Auslieferung an die Gestapo, endlich ein Visum für Mexiko. Im Herbst 1941 emigrierte sie über Casablanca nach Mexiko. Dort arbeitete sie in der Bewegung Freies Deutschland, im Heinrich-Heine Klub und in der Demokratischen deutschen Frauenbewegung.¹⁶⁷

Philipp Daub wurde Ende 1935 von Wilhelm Knöchel als Abschnittsleiter West ersetzt und übernahm die Auslandsleitung der Roten Hilfe in Paris. Von September 1939 bis Mai 1941 war er in Frankreich interniert, ab Februar 1941 in den berüchtigten Internierungslagern Le Vernet und Les Milles. 1941 gelang ihm die Ausreise in die USA, wo er bis 1946 in New York lebte.

Fritz Benner kämpfte bis zum August 1937 an der spanischen Front in militärischen Einheiten der Anarchisten. Er musste Spanien verlassen, weil er eine Verhaftung durch die Kommunisten befürchtete. Zusammen mit dem Wuppertaler Helmut Kirschey emigrierte er 1940 nach Schweden. Zunächst als „feindlicher Ausländer“ in ein Internierungslager eingesperrt, erreichte er aber durch einen Hungerstreik seine Freilassung.¹⁶⁸

Exil in Frankreich

Rund 600 deutsche Freiwillige im Spanischen Bürgerkrieg, darunter Otto Gilde, Arthur Braun, Fritz Kunz und Arthur Gießwein, flohen nach der Niederlage der Republikaner nach Frankreich und wurden nach Beendigung des Spanischen Bürgerkrieges von den französischen Behörden in Internierungslagern inhaftiert.¹⁶⁹ Arthur Braun war kurzzeitig im berüchtigten Lager Gurs interniert.

¹⁶⁷ Vgl. Üncludag, Muth, S. 13-38. Vgl. Patka, G. Markus: Zu nahe der Sonne. Deutsche Schriftsteller im Exil in Mexiko, Berlin 1999; Pohle, Fritz: Das mexikanische Exil. Ein Beitrag zur Geschichte der politisch-kulturellen Emigration aus Deutschland (1937-1946), Stuttgart 1986.

¹⁶⁸ Benner heiratete 1942 eine Schwedin, mit der er zwei Kinder hatte. Er wurde bis Kriegsende von der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft SAC finanziell unterstützt. Vgl. Oostinga, Hansi: Benner, Fritz (1906-1966) Mielke, Siegfried (Hg.) in Verbindung mit Günther Morsch: Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen. Biographisches Handbuch. Band 3, Berlin 2005, S. 243-246; Nelles, Dieter: Fritz Benner: Anarchist, Graswurzelrevolution Nr. 338 (April 2009).

¹⁶⁹ Dieses Schicksal sollte nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges fast alle deutschen Emigranten in Frankreich treffen. In Frankreich wurden die meisten als „feindliche Ausländer“ interniert.

Er konnte aber flüchten und gelangte über Portugal nach England.¹⁷⁰

Auch der Spanienkämpfer Otto Gilde hatte die französische Grenze überquert und war von Februar bis April 1939 in den Internierungslagern St.-Cyprien und Le Vernet inhaftiert. Im April 1939 kam er nach Gurs. Hier wurde den Spanienkämpfern bei Kriegsbeginn das „Angebot“ gemacht, in die französische Fremdenlegion einzutreten. Gilde und andere KPD-Anhänger weigerten sich, sie lehnten auch in ihrer Mehrheit den Dienst in einer (zivilen) Arbeitskompanie ab. Die Anhänger der KPD setzten zum Teil auf die neuen Bündnisverhältnisse nach dem Hitler-Stalin-Pakt und folgten der Direktive der KPD-Zentrale „freiwillig“ nach Deutschland zurückzukehren.¹⁷¹ Otto Gilde, so notierte die Gestapo, stellte sich am 20. April 1941 „freiwillig den deutschen Behörden.“¹⁷² In einem Brief aus dem französischen Internierungslager Vernet d’Ariège an Verwandte in Wuppertal kündigte er seine Rückkehr nach Deutschland an. Er halte es im Lager vor Hunger nicht mehr aus und. Er habe deswegen seine Rückführung bei der „Waffenstillstandskommission“ beantragt.¹⁷³ Otto Gilde wurde im April 1941 festgenommen, am 26. September 1941 vom Oberlandesgericht Hamm zu 27 Monaten Haft verurteilt und bis zum Kriegsende im KZ Dachau inhaftiert.¹⁷⁴ Elfriede Gilde, die allein in den Niederlanden zurückgeblieben war, fand eine neue Unterkunft in Amsterdam bei einer niederländischen Familie. Am 14. Mai 1940, am Tag der Kapitulation der Niederlande, „verschwindet sie“, ¹⁷⁵wie der SD in Den Haag vermerkte. „Die Kleider lässt sie im Schrank im Zimmer zurück.“¹⁷⁶ Elfriede Gilde konnte rechtzeitig untertauchen. Ihr weiterer Lebensweg ist nicht bekannt.

Arthur Gießwein, Jahrgang 1904, wurde im Zusammenhang mit dem Buchner Verfahren gesucht und flüchtete am 1. April 1935 in die Niederlande. Im Oktober 1936 ging er nach Spanien. Dort kämpfte er zuletzt als Oberleutnant bei den Internationalen Brigaden und bei einer republikanischen Einheit. Nach der Niederlage in Spanien floh er nach Frankreich und war bis Februar 1940 im französischen Lager Gurs interniert. Dort schloss sich Gießwein im April 1939 der sogenannten „9. unabhängigen antifaschistischen Kompanie“ an.¹⁷⁷ In ihr waren sich vor allem Kommunisten

¹⁷⁰ Braun wurde am 17.4.1908 in Barmen geboren und war Werkmeister von Beruf. Er musste Deutschland am 15.10.1935 verlassen. Vgl. Gestapoakte Arthur Braun, LAV NRW R, RW 58, Nr. 64146; StAW AfW, W-11087.

¹⁷¹ Die Parteileitung der KPD in Frankreich hatte ihren „politisch unbelasteten“ Mitgliedern „empfohlen“, nach Deutschland zurückzukehren, was für die meisten langjährige Zuchthaus- bzw. KZ-Haft bedeutete. Ab 1940 bereiste die „Kundt-Kommission“ verschiedene Internierungslager, um Deutsche im besetzten Frankreich ausfindig zu machen. Vgl. Mallmann/Paul, Milieus und Widerstand, S. 482-483; Eggers, Christian: Die Reise der Kundt-Kommission durch die südfranzösischen Lager, in: Grandjonc, Jaques/Grundtner, Theresia (Hg.): Zone der Ungewissheit. Exil und Internierung in Südfrankreich 1933-1944, Reinbek 1993, S. 235-247.

¹⁷² Personalbogen vom 21.7.1941, LAV NRW R, RW 58, Nr. 3702.

¹⁷³ Vgl. Abschrift eines Briefes von Otto Gilde vom 19.12.1940, ebd.

¹⁷⁴ Vgl. VGH 9 J 156/35 und 9 J 300/35. Otto Gildes Ehefrau Elfriede war ihm ins Exil nach Holland gefolgt. LAV NRW W, GSTAH, Nr. 6824-6850 E, 6851-6874 V, 6906 W, 6907-6909 St, 6910 A/U.

¹⁷⁵ Bericht des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD für die besetzten niederländischen Gebiete vom 16.10.1941, ebd.

¹⁷⁶ Ebd.

¹⁷⁷ Vgl. Schlie, Tanja: „Alles für die Einheit“. Zur politischen Biographie Willi Münzenbergs (1936-1940), MS

organisiert, die sich aufgrund der Erfahrungen in Spanien von der KPD getrennt hatten. Stark vertreten waren auch Anarchisten und linke Sozialdemokraten. Die KPD-Lagerleitung diffamierte die Angehörigen der 9. Kompanie als „Gestapoagenten“, „Heimfahrer“ und „Kriminelle“, die von den Hilfsleistungen der Hilfsorganisationen bewusst abgeschnitten werden sollten.¹⁷⁸ In diese Lücke stieß aber Willi Münzenberg, der am 22. März 1938 wegen seiner Kritik an Stalins Politik der Säuberungen aus dem ZK der KPD ausgeschlossen worden war. Münzenberg nahm von außerhalb Kontakt zur 9. Kompanie auf. Es entstand eine Gruppe von Münzenbergs „Freunden der sozialistischen Einheit Deutschlands“ (FSED) im Lager, die von Münzenbergs Hilfswerk „Menschen in Not“ materiell unterstützt wurde. Arthur Gießwein fungierte eine Zeit lang unter dem Decknamen Jan Aaage als Sprecher der FSED im Lager. Gießwein trennte sich aber später von Münzenberg wegen der unterschiedlichen Beurteilung des Hitler-Stalin-Paktes. In einem Brief vom 24. August 1939 bezeichnete Gießwein die Politik der Sowjetunion als Friedenspolitik, der Hitler-Stalin-Pakt bedeute eine Schwächung Deutschlands, weil Hitler seine Ideologie verraten habe.¹⁷⁹ Bis zum Februar 1941 war Gießwein in einer Arbeitskompanie der französischen Armee dienstverpflichtet. Mit falschen Personalpapieren arbeitete er bis September 1942 in Montauban und Grenoble. Gießwein kehrte dann unter falschem Namen als „französischer“ Zwangsarbeiter auf die U-Boot-Werft der Nordseewerke AG in Emden nach Deutschland zurück. Im Oktober 1944 entdeckte die Gestapo seine falsche Identität und sperrte ihn in ein Lager. Kanadische Panzertruppen befreiten ihn Ende April 1945.¹⁸⁰ Arthur Bieber, jüdischer Kommunist aus Ronsdorf, flüchtete am 1. Oktober 1936 aus Wuppertal. Er ging zunächst nach Antwerpen und später nach Frankreich. Dort wurde er 1942 als Jude verhaftet und von Drancy aus am 24. August 1942 mit dem Transport 24 in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert.¹⁸¹

(...)

Hamburg 1990; Archives Nationales Paris (AN), AN F7 15125/2; zur 9. Kompanie: Nelles, Dieter: Die Unabhängige Antifaschistische Gruppe 9. Kompanie im Lager Gurs. Zur gruppenspezifischen Interaktion nach dem Spanischen Bürgerkrieg, in: Das „andere Deutschland“ im Widerstand gegen den Nationalsozialismus: Beiträge zur politischen Überwindung der nationalsozialistischen Diktatur im Exil und im Dritten Reich, Hg. von Helga Grebing und Christl Wickert, Essen 1994, S. 56-85; Vormeier, B.: Les internes allemands et autrichiens en 1939-1940, in: Badia, G. u.a.: Les barbeles de l'exil, Grenoble 1983; Wessel, Harald: Münzenbergs Ende. Ein deutscher Kommunist im Widerstand gegen Hitler und Stalin. Die Jahre 1933 bis 1940, Berlin 1991; Schlie, Tânia/Roche, Simone (Hg.): Willi Münzenberg. Ein deutscher Kommunist im Spannungsfeld zwischen Stalinismus und Antifaschismus, Frankfurt am Main 1995.

¹⁷⁸ Vgl. Deutsche Volkszeitung (DVZ) Nr. 27, 1939, S. 6.

¹⁷⁹ Vgl. AN, F7 15125/2. Vgl. Schlie, „Alles für die Freiheit“, S. 167, Anm. 69.

¹⁸⁰ Vgl. LAV NRW W, GSTAH, Nr. 7089-7114 E, 7115-7145/7217 V, 7211-7212 W, 7213-7215 St, 7216 A; Gestapo-Akte Arthur Gießwein, LAV NRW R, RW 58, Nr. 15430, Gestapoakte Else Gießwein, LAV NRW R, RW 58, Nr. 64461.

¹⁸¹ Vgl. LAV NRW R, RW 58, Nr. 12380; Le mémorial de la déportation des Juifs de France, Serge und Beate Klarsfeld, Paris 1978.

3. Die Ermittlungen und der Zugriff der Gestapo

Bereits 1936 hatte die Gestapo versucht, die Akteure des W.K. namhaft zu machen. Die Vorarbeit hatte 1936 bereits die deutsche Gesandtschaft in Den Haag in enger Zusammenarbeit mit niederländischen Polizeistellen geleistet.¹⁸² Auch in der Folgezeit war die Gestapo wie das Auswärtige Amt bemüht, die „antideutsche Wühlarbeit“ in den Niederlanden aufmerksam zu beobachten. Es kam zum wiederholten Einsatz auch von V-Leuten, die in die Emigrantengruppen eingeschleust wurden.

Nach der Besetzung der Niederlande waren zum einen die deutschen Widerstandskämpfer aufs Höchste gefährdet, zum anderen auch die niederländischen Mitglieder des W.K., die zum Teil zusätzlich als Juden besonders bedroht waren. Die deutschen Sicherheitsbehörden hatten sich auch mit Hilfe der niederländischen Behörden auf die Besetzung der Niederlande „sicherheitspolizeilich“ vorbereitet und die Einsatzkommandos waren mit Fahndungslisten ausgestattet, um möglichst schnell in den Internierungslagern der Niederländer die Zielpersonen festnehmen zu können.¹⁸³

Am 10. Mai 1940 überfiel die Wehrmacht die Niederlande. Nach der Bombardierung Rotterdams kapitulierte die niederländische Regierung. Zahlreiche Emigranten, die nicht mehr fliehen wollten und konnten, verloren ihren letzten Lebensmut und verübten Selbstmord, wie

Franz Vogt, der seinem Leben am Tag der deutschen Invasion am 10. Mai 1940 ein Ende setzte.

Erich und Frieda Kuttner versuchten sich am 14. Mai 1940 das Leben zu nehmen. „Als ich am 14. Mai endlich und schließlich in verzweifelter Stimmung versuchte, selber zu tun, was meine Gegner von links und rechts wiederholt misslungen war, nämlich, mich zu töten, da scheiterte dieses Vorhaben nicht an dem Dilettantismus der Vorbereitung, sondern an dem unvorhergesehenen Umstand, dass ich in fast vollständiger Bewusstlosigkeit [...] vom Bett, auf dem ich die ewige Ruhe erwartet hatte, aufstand und die Tür der mit Gas gefüllten Küche öffnete.“¹⁸⁴ Nachbarn brachen schließlich die Türe der Wohnung auf und die Kuttners überlebten. Erich Kuttners tiefe Verzweiflung drückte sich auch im folgenden Gedicht aus:

¹⁸² Vgl. Attaché der Deutschen Gesandtschaft in Den Haag an das Auswärtige Amt, 22.9.1936, VVN-Archiv Wuppertal.

¹⁸³ Vgl. Wildt, *Generation*, S. 511-513; Hirschfeld, Gerhard: *Fremdherrschaft und Kollaboration. Die Niederlande unter deutscher Besatzung 1940-1945*, Stuttgart 1984, S. 28, 214; Benz, Wolfgang/Distel, Barbara (Hg.): *Terror im Westen. Nationalsozialistische Lager in den Niederlanden, Belgien und Luxemburg 1940-1945*, Berlin 2004; Houwink ten Cate, Johannes: *Deutschland und die neutralen Kleinstaaten in Nord- und Nordwesteuropa in der Zwischenkriegszeit. Ein Abriß*, in: Harm G. Schröter/Clemens A. Wurm (Hg.): *Politik, Wirtschaft und internationale Beziehungen. Studien zu ihrem Verhältnis in der Zeit zwischen den Weltkriegen*, Mainz 1991, S. 1-36; Jong, Louis de: *Het Koninkrijk der Nederlanden in de Tweede Wereldoorlog*, 14 Bde., 's-Gravenhage 1969-1991 Siehe auch den Abschlußbericht BDS Niederlande Nockemann, Anlage zum Schreiben Heydrich an Daluge, 2.7.1940, BArch B, BDC, Sammlung Schumacher, 301; Vernehmung Walter Hammer, 13.12.1962, BAL, I 107 AR 1460/62, Bd. 3, Bl. 465; Rauter an Rechtsabteilung beim Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete, 18.4.1941, BAL, Ordner Verschiedenes, Bd. 137, Bl. 65-66.

¹⁸⁴ Zitiert nach Cort, Kuttner, S. 81.

Das Plakat (Erich Kuttner)

*Ich kann dem Hasse nicht mehr entfliehen
Nicht mehr den Henkern, die das Herz bespien
Die ihre Netze nah und näher tragen
Die jedes Gut und jede Glut zerschlagen
Genug! Ihr sollt mich dennoch nicht mehr fassen
Mein Blut will Liebe düngen und kein hassen
Drum soll ich es als Düngemittel lassen.
Ich suche mir den Pfahl, den ihr belecktet
An den ihr eure Siegesmeldung drecktet.
Den schwarzen Schnürsenkel rei ich aus meinen Schuhn
und hänge mich an das Plakat, um auszuruhen.
Dann sollt ihr lesen: „Ewig siegen wir!“
und sehn: der letzte Mensch, er schmachtet hier
er atmet die ganze Not hinaus
und steckt im Tod euch seine Zunge aus.¹⁸⁵*

Anfang 1942 verhaftete die niederländische Polizei Kuttner in seiner Wohnung. ber das Durchgangslager Amersfoort wurde er am 3. Oktober 1942 nach Mauthausen deportiert. Dort soll er, so die Version der SS, am 6. Oktober 1942 um 13.15 Uhr auf der Flucht erschossen worden sein. Seine Asche soll auf dem Urnenfriedhof Steyr (Oberdonau) beigesetzt worden sein.¹⁸⁶

Ein weiteres Todesopfer aus dem Kreis des Wuppertal-Komitees war der Schriftsteller Menno ter Braak. Seine Flucht nach England kurz nach dem Einmarsch der Wehrmacht war gescheitert. Er beging am 14. Mai 1940 Selbstmord. Ter Braak soll auf einer „Schwarzen Liste“ der Besatzer gestanden haben.¹⁸⁷ Auch der Kriminologe und überzeugte Sozialist Prof. Willem Adriaan Bongers wollte nicht in die Hände der Nazis fallen. „Mich werden sie nicht lebend finden!“ so äußerte er sich gegenüber einem Parteigenossen. Er verubte am 15. Mai 1940 Suicid.¹⁸⁸

Die erste Person aus dem früheren W.K., die in die Hände der Deutschen fiel, war Selma Meyer.

¹⁸⁵ Ebd., S. 84.

¹⁸⁶ Vgl. ebd., S. 85.

¹⁸⁷ Die Gestapo vermerkte als Todesdatum den 15.5.1940. Vgl. NIOD, Gestapoakte Adrianus Oerlemans RW 58, Nr. 75709. Menno ter Braak: Briefwisseling 1930-1940,1962-1967; Hannsen, Leo: Want alle verlies is winst. Menno ter Braak 1902-1920 Band I, Amsterdam 2000; Hannsen, Leo: Sterven als een polemist. Menno ter Braak 1902-1940. Band II, Amsterdam 2001; Hannsen, Léon: Menno ter Braak (1902-1940). Leben und Werk eines Querdenkers, Münster u.a. 2011.

¹⁸⁸ Vgl. Beuys, Barbara: Leben mit dem Feind. Amsterdam unter deutscher Besatzung 1940-1945, München 2012, S. 90-91.

Nach dem Einmarsch in die Niederlande 1940 war sie zunächst nach Südfrankreich geflüchtet, kehrte aber kurze Zeit später zu ihrer Mutter nach Amsterdam zurück, wo sie am 26. Oktober 1940 von einem Gestapo-Kommando unter Kriminalkommissar Samerski verhaftet wurde.¹⁸⁹

Der Grund für die Verhaftung war aber nicht ihre führende Mitarbeit im W.K., sondern ihre Mitarbeit in der bündischen Widerstandsgruppe um Theo Hespers und Hans Ebeling. Hespers hatte ab 1939 in enger Abstimmung mit britischen und tschechischen Agenten über Mittelsmänner versucht, in Grenznähe deutsche Wehranlagen, Flugplätze und Truppenbewegungen auszuspionieren.

Anders als Hans Ebeling, dem 1939 die Ausreise nach England gelang, blieb Theo Hespers zunächst in den Niederlanden. Kurz bevor die Deutschen die Niederlande besetzten, floh er im Mai 1940 mit seiner Familie nach Belgien, wo er fast zwei Jahre versteckt leben konnte. Die Gestapo konnte ihn erst am 10. Februar 1942 bei Antwerpen festnehmen. Er wurde zunächst nach Wilhelmshaven in das für Geheimdiensttätigkeiten zuständige Marinegefängnis verbracht, später wurde er nach Berlin-Moabit verlegt. Hespers wurde vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 9. September 1943 in Plötzensee hingerichtet.¹⁹⁰

Selma Meyer wurde nach ersten Verhören in Den Haag Mitte November 1940 nach Berlin-Moabit gebracht und den üblichen Gestapo-Verhören unterzogen. Sie erkrankte in der Haft schwer.¹⁹¹

Wegen einer Bauchfellentzündung wurde Selma Meyer vorläufig aus dem Gefängnis entlassen und im jüdischen Krankenhaus in der Iranischen Straße operiert. Am 11. Februar 1941 verstarb sie dort und wurde auf dem jüdischen Friedhof in Berlin Weißensee begraben.¹⁹² Als letzter Wohnort der engagierten Menschenrechtlerin und Friedenskämpferin war das Polizeigefängnis Alexanderplatz angegeben.¹⁹³

In Sachen Wuppertal-Komitee wurde das RSHA mit dem gesonderten Erlass vom 12. September 1940 tätig, der die Festnahme aller Mitglieder des W.K. einschließlich der niederländischen Akteure anordnete. „Es sind alle Personen des W.K. festzunehmen, wenn sie im Rahmen dieser Aktion im Reichsgebiet tätig gewesen sind.“¹⁹⁴

Ewald Seiler, Margarete Keip und Eugen Schwebinghaus waren schon kurz nach der deutschen

¹⁸⁹ Vgl. Schmidt, Vernetzungen, S. 71; BArch B, NJ 1741, Vernehmung von Selma Meyer, BArch B, NJ 1319.

¹⁹⁰ Vgl. Finke-Gödde, Jutta: Theo Hespers, Mönchengladbach 2004, (Bd. 22 „Zeugen städtischer Vergangenheit“); Schmidt, Fritz: Ein anderes Deutschland. Widerstand und Verfolgung durch NS-Organen - Der Kreis um Hans Ebeling und Theo Hespers im Exil, Edermünde 2005.

¹⁹¹

¹⁹² Vgl. Referat von Meinulf Barbers auf Burg Rothenfels vom 18.8.2003 zu Beginn der Werkwoche des Bundes Quickborn, Referat von Hildegard Wester. Die Darstellung folgt dem Vortrag Wester. Nach Dirk Hespers soll eine Mitgefängene berichtet haben, dass Selma Meyer in der Haft schwer misshandelt wurde. Vgl. auch Cort, Van vrouwen, vrede en verzet; Selma Meyer, S. 49. Danach soll Selma Meyer nachts in der Zelle überfallen und durch Schläge in den Unterleib schwer verletzt worden sein.

¹⁹³ Vgl. Beerdigungsanmeldung für Friedhof Weißensee. Grab 105033. Die Gestapo nannte als Todesursache Bauchfell- und Lungenentzündung und Herzschwäche. Vgl. BArch B, NJ 1319.

¹⁹⁴ Vgl. Erlass des RSHA vom 12.9.1940 IV A 1a – Br. Nr. 4697/41, Gestapoakte Aleida Alma (Li Heijnen) NIOD, RW 58, Nr. 74405.

Besetzung abgetaucht. Auch Elfriede Gilde, die 1936 ihrem Ehemann ins Exil in die Niederlande gefolgt war, hatte ihre Wohnung in Amsterdam noch kurz vor dem Zugriff der Gestapo verlassen können. Fritz Rüdtenklau, Georg Stendebach und Hermann Rodewig hingegen fielen der Gestapo in die Hände. Sie waren dem Aufruf der Emigrations-Leitung gefolgt und hatten sich noch zu Friedenszeiten als deutsche Flüchtlinge in den Niederlanden registrieren lassen. Sie wurden mit dem Überfall auf die Niederlande von den Niederländern interniert und nicht mehr rechtzeitig freigelassen.¹⁹⁵

Mit der Verhaftung von Rüdtenklau im November 1940 setzte der Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof ein neues Ermittlungsverfahren in Gang. Rüdtenklau hatte in seinen Vernehmungen unter Folter sehr präzise über die Entstehung des W.K. und über die Arbeitsweise des Komitees ausgesagt. Hier interessierte die Gestapo besonders die Identität der Akteure, die das W.K. von Seiten der RH bzw. der KPD-Abschnittsleitung Amsterdam initiiert hatten. Von ihnen waren nur die Decknamen bekannt.

Nach Abschluss der Ermittlungen gegen Rüdtenklau würdigte die Gestapo die Arbeit des W.K. mit folgenden Worten: Die deutsche Staatsführung sollte „zum Nachgeben veranlasst werden, d.h. die Angeklagten aus der Haft entlassen und die Weiterverfolgung der Hochverräter einstellen. [...] In den demokratischen Ländern ist es schon immer üblich gewesen, auf diese Art und Weise auf die Rechtssprechung eines anderen Landes einzuwirken. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an die Demonstrationen, die wegen Sacco und Vanzetti in Deutschland veranstaltet wurden.“¹⁹⁶ Das Komitee sei die „übelste Hetzzentrale gegen Deutschland [...] und [hätte] entscheidend dazu beigetragen hat, die breite Öffentlichkeit des Auslandes gegen das Dritte Reich aufzuputschen.“¹⁹⁷

Am 1. September 1941 wies der ehemalige Gestapo-Ermittler aus Düsseldorf Josef Vogt, jetzt als Referent im RSHA IV A1 Kommunismus, Marxismus, Einheitsfront, illegale Propaganda tätig, seine alte Gestapo-Dienststelle in Düsseldorf an, die Ermittlungen gegen die führenden Mitglieder des W.K. aufzunehmen.¹⁹⁸ Vorgeworfen wurde den Mitgliedern des W.K. vor allem, dass sie sich „über den Führer und die nationalsozialistische Bewegung in gehässiger Weise“¹⁹⁹ ausgelassen hätten. Ein Vortrag von Lie Heijnen in Groningen sei eine „einzige Hetze und fortgesetzte Verleumdung gegen das nationalsozialistische Deutschland. Sie führte u.a. aus, dass die Insassen der Konzentrationslager Heringe mit grüner Seife und Fett aus den Maschinengewehren zu essen

¹⁹⁵ Zur deutschen Besetzung vgl. Fasse, Norbert; Houwink ten Cate, Johannes; Lademacher, Horst (Hg.): Nationalsozialistische Herrschaft und Besatzungszeit. Historische Erfahrung und Verarbeitung aus niederländischer und deutscher Sicht (Studien zur Geschichte und Kultur Nordwesteuropas, Bd. 1), Münster 2000.

¹⁹⁶ Auszug aus dem Schlussbericht in Sachen Rüdtenklau, Gestapoakte Adrianus Oerlemans, NIOD, RW 58, Nr. 75709.

¹⁹⁷ Ebd.

¹⁹⁸ Vgl. RSHA an Gestapoleitstelle Düsseldorf vom 1.9.1941, Gestapoakte Adrianus Oerlemans, NIOD RW 58, Nr. 75709. Es listete 14 prominente Mitglieder des W. K. namentlich auf.

¹⁹⁹ Ebd.

bekämen.“²⁰⁰

Die Aktivitäten des W.K. wurden als schwerwiegender Angriff auf das Deutsche Reich interpretiert. Oerlemans, Lie Heijnen, Selma Meyer und die nur mit Decknamen bekannten „kommunistischen Drahtzieher“ wurde die eindeutige Absicht unterstellt, das W.K. für kommunistische Propaganda auszunutzen. „Aus Tarnungsgründen wurden in den Arbeitsausschuss die in anliegender Mitgliederliste verzeichneten Personen berufen, weil die Träger dieser Namen in pazifistischen und demokratischen Kreisen entweder gut bekannt waren oder sich von ihrer Mitwirkung in diesem Komitee das Bekanntwerden ihres Namens in der Öffentlichkeit versprochen.“²⁰¹ Viele der Namen der dem W.K. beigetretenen Persönlichkeiten hätten in intellektuellen und pazifistisch-demokratischen Kreisen einen „guten Klang“ und konnten als „Aushängeschild“ propagandistisch ausgenutzt werden.

Trotzdem legte Vogt in Absprache mit dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Holland fest, dass Mitglieder des W.K. nur dann fest- und in Haft zu nehmen sind, wenn der „dringende Verdacht besteht, dass ihnen die hochverräterischen, gegen das Reich gerichteten Bestrebungen des Zentral Wuppertal Komitees [sic] bekannt gewesen sind oder sie im größeren Umfange gearbeitet haben.“²⁰²

Bereits im Juli 1941 hatte Hans-Helmut Wolff für den BdS in den Niederlanden die Nachforschungen über die niederländischen Mitglieder begonnen. In diesem Zusammenhang untersuchte Wolff auch die politisch „verwandten“ Gruppen wie das „niederlandsche Comite van Kunstenaars en Intellectueelen voor den strijd tegen de duitsche terreur“. Aus diesem „Comite“ hätte sich das W.K. gegründet, das „jedoch [eine] ausgesprochene kommunistische Tendenz hatte, obwohl verschiedene Mitglieder der Ansicht waren sog. reinen humanitären Zwecken zu dienen.“²⁰³

Nach der Auflösung schlossen sich die dem W.K. „angehörenden Künstler und sonstigen Intellektuellen“ dem sog. Künstlerkreis an, „dessen Orientierung völlig auf den Kommunismus ausgerichtet war. Das monatliche erschiene Blatt 'Bulletin' beschäftigte sich neben politischen Tagesfragen mit der sog. Kunst dieser Kreise. [...] Nach den Ereignissen in Österreich und in der Tschechoslowakei [sic] löste sich dieses Komitee ebenfalls auf, weil es seinen Zweck nicht erreichen konnte bzw. infolge verfehlter auf Moskau gesetzter Hoffnungen.“²⁰⁴ Eine besondere Bedeutung hatten die Komitees, so Wolff resümierend, in politischer Hinsicht nicht gehabt. Ihre Mitglieder hätten allerdings regelmäßige Geldleistungen für den Unterhalt und die politische Arbeit

²⁰⁰ Ebd. Die Darstellung bezieht sich auf eine Foltermethode mit sog. Kemna-Häppchen im KZ Kemna, siehe oben.

²⁰¹ Ebd.

²⁰² Ebd.

²⁰³ Vermerk von Wolff, BDS Niederlande zur Kenntnisnahme für SS-Sturmbannführer Dr. Hammer u. SS-Standartenführer Dr. Harster Den Haag 1. Juli 1941, NIOD, Archief 77/1219. Vgl. Hans Helmut Wolff leitete 1941/1942 die Gestapoabteilung beim BDS in Den Haag, BArch B, BDC, SSO-Akte Hans-Helmut Wolff.

²⁰⁴ NIOD, Archief 77/1219.

der kommunistischen Emigration geleistet. „Ihr Wirkungskreis beschränkte sich auf die übliche Hetze gegen das Reich.“²⁰⁵ Gleichwohl wurde eine Namensliste erstellt und die Prominenten unter ihnen auf eine Geiselliste gestellt, um bei möglichen Widerstandsaktionen geeignete Opfer für Geisellager und Geislerschießungen „vorrätig“ zu haben.²⁰⁶ Unter den Geiseln waren dann auch Mitglieder des W.K. wie Prof. Hendrik Josefus Pos, der am 7. Oktober 1940 festgenommen wurde und als Geisel nach Buchenwald deportiert wurde.

In einem weiteren Schreiben vom 12. September 1941 stellte Vogt für das RSHA erneut die „Rechtssicherheit“ für das weitere Vorgehen sicher. Die rechtlichen Voraussetzungen für eine Bestrafung von Ausländern für im Ausland begangene hochverräterische Handlungen seien durch die Verordnung über den Geltungsbereich des Strafrechts vom 6. Mai 1940 gegeben und auch rückwirkend gültig. Die Strafverfolgung ergäbe sich nicht aus rechtlichen Gründen, sondern aus „Zweckmäßigkeitserwägungen“, wenn das RSHA zustimmt. Zur Sicherheit ordnete Vogt automatische Schutzhaft für den Fall der Freilassung an.²⁰⁷

Der Dienststellenleiter der Düsseldorfer Gestapo, Mlodzik, entsandte ab dem 5. November 1941 mit Funk und Segerath zwei Mitarbeiter der Gestapo Düsseldorf bzw. Wuppertal zur Ermittlungsarbeit nach Amsterdam.²⁰⁸ Gleichzeitig wurden die in den Zuchthäusern einsitzenden Wilhelm Kuhbier, Else Kuhbier und die bereits wieder entlassene Berta Keseberg vernommen, ohne dass die Gestapo neue Erkenntnisse erhielt.

Die Ermittlungen der Gestapo im November 1941 in den Niederlanden führten zu einer Reihe von Verhaftungen und Aussagen ehemaliger Mitglieder des W.K. Aleida Lie Alma-Heijnen wurde am 21. November 1941 in Amsterdam festgenommen. Ihr wurde von der Gestapo besonders die Teilnahme an einer Delegationsreise nach Wuppertal und ihr Auftritt auf Versammlungen des W.K. zur Last gelegt. Damit habe sie sich, die „stark pazifistisch und fast überdemokratisch eingestellt ist“, der „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens dringend verdächtig gemacht.“²⁰⁹

Am gleichen Tag wurde auch A.C. Oerlemans in Schutzhaft genommen und schweren Folterungen ausgesetzt. Im weiteren Verlauf der Untersuchung wurden auch Brechta Adama van Scheltema, der 74jährige Gerrit Mannoury, der jder Arzt Joachim Schrijver, der Verlagsdirektor Nico van Suchtelen sowie die Frau des Schach-Weltmeisters Euwe-Bergmann vorgeladen und verhört. Vernommen wurden auch Mitarbeiterinnen des Übersetzungsbüros von Selma Meyer und ein Zahnarzt, der Flüchtlinge unentgeltlich behandelt hatte. Schließlich wurde auch Hendrika Zevat vernommen. Die Sekretärin des „Comite voor Hulp aan zieke Emigranten“ (Komitee zur Hilfe für kranke

²⁰⁵ Ebd.

²⁰⁶ Vgl. handschriftlicher Zusatz, ebd.

²⁰⁷ Vgl. Vogt, RSHA an Gestapo Düsseldorf, 12.9.1941, Gestapoakte Adrianus Oerlemans, NIOD RW 58, Nr. 75709.

²⁰⁸ Der Kriminalsekretär Bernhard Segerath wurde am 14.1.1908 in Oberhausen geboren. Er war an brutalen Misshandlungen beteiligt Er starb am 5.11.1944 bei einem Bombenangriff auf Solingen.

²⁰⁹ Gestapoakte Aleida Alma (Li Heijnen), NIOD, RW 58, Nr. 74405.

Emigranten) war bereits am 26. Juni 1941 verhaftet und nach Ravensbrück verschleppt worden.²¹⁰ Mit den schon 1936 angefertigten Personendossiers der deutschen Gesandtschaft in Den Haag war eine wichtige Voraussetzung für die spätere Verfolgung geschaffen. Weitere Personendossiers stellte das RSHA am 1. September 1941 der Gestapo Düsseldorf zur Verfügung. Trotzdem waren die vernehmenden Düsseldorfer Beamten nicht in allen Fällen über die Relevanz und Bedeutung einzelner Akteure des W.K. informiert.

Alle Beschuldigten versuchten ihre Beteiligung und ihre politische Aktivität im Rahmen des W.K. herunterzuspielen. Sie konnten sich durchgehend an „Einzelheiten“ wie an die „führenden Köpfe“ des W.K. nicht mehr erinnern. Sie behaupteten – unter den Verhörbedingungen der Gestapo – ohne dass die Gestapo ihnen das Gegenteil beweisen konnte, nur nominelles Mitglied, selten oder nie auf den Versammlungen gewesen zu sein und nur temporär Geld gespendet zu haben. In diese Richtung gingen sogar die Aussagen der Spitzenfunktionäre Oerlemans, Scheltema und Lie Heijnen.²¹¹ Die Gestapo hatte z.B. nur geringe Kenntnisse über das politische Vorleben von Lie Heijnen und so konnte die junge Mutter als Verführte und unpolitische Frau auftreten. Oerlemans war als Sekretär des W.K. natürlich im besonderen Fokus der Gestapo, dem jungen Nervenarzt konnte aber keine parteipolitische Betätigung nachgewiesen werden. Er wurde in seiner Gestapoakte nur als „kulturbolschewistisch“ bezeichnet.²¹² Beispielsweise konnte Oerlemans im Folterverhör unwidersprochen seine Führungsrolle leugnen und sich als lediglich ausführendes Organ der Emi-
Leitung und der RH darstellen. Die Gestapo nahm an, dass Oerlemans „über die wahren Absichten des Comites von vornherein im unklaren gelassen“²¹³ wurde, und über die „schöngefärbten Redensarten über Menschlichkeit und Humanität zu seiner Zusage [zur Mitarbeit im Komitee] veranlasst wurde.“²¹⁴

Am 12. Dezember 1941 versuchte Oerlemans zum ersten Mal sich in seiner Zelle zu erhängen. Daraufhin wurde er in die Isolationsabteilung des Krankenhauses „Wester Gasthuis“ verlegt.²¹⁵ Er erlitt einen schweren Nervenzusammenbruch und wurde als „geistig nicht normal“ eingestuft.²¹⁶ Ein deutscher Militärarzt empfahl schließlich die Haftentlassung wegen Haftunfähigkeit.

Schließlich sagte Oerlemans gezeichnet von seinem Selbstmordversuch folgendes aus: „Nachdem ich seit meiner Tätigkeit im Wuppertal-Komitee einen erheblichen zeitlichen und geistigen Abstand gewonnen habe, kann ich es mir heute nicht mehr vorstellen, dass ich damals diese Dummheit begangen habe. Ich sehe heute vollkommen ein, dass im Rahmen dieses Komitees ein gehässiges

²¹⁰ Vgl. ebd.

²¹¹ Vgl. Gestapoakte Adrianus Oerlemans, NIOD, RW 58, Nr. 75709; Gestapoakte Aleida Alma (Li Heijnen), NIOD, RW 58, Nr. 74405.

²¹² Vgl. Vogt, RSHA an Gestapo Düsseldorf, 12.9.1941, Gestapoakte Adrianus Oerlemans, NIOD, RW 58, Nr. 75709.

²¹³ Gestapo Düsseldorf an RSHA, 10.1.1942, ebd.

²¹⁴ Ebd.

²¹⁵ Vgl. Vermerk von Kriminalobersekretär Funk vom 15.12.1941 in Amsterdam, ebd.

²¹⁶ Vgl. ebd.

und gefährliches Spiel getrieben wurde. Ohne Übertreibung und mit ruhigem Gewissen kann ich heute sagen, dass ich in der Zwischenzeit dem Nationalsozialismus innerlich sehr nahe gekommen bin und allen deutschen Belangen loyal gegenüberstehe.“²¹⁷

Hauptakteure waren laut seiner Aussage die nur mit Decknamen bekannten „kommunistischen Drahtzieher“ „Georg“ und „Paul“, die „Volljüdin Selma Meyer“ und der nach Niederländisch-Indien zurückgekehrte Sik Ien Tjoa, der Oerlemans angeblich angeworben hatte. Interessanterweise nahm die Gestapo die politische Arbeit der niederländischen Linken nicht ernst. Sie seien nur Staffage für die politischen Absichten der KPD gewesen. Das RSHA formulierte in ihrer Einstellungsverfügung: „Wenn auch den Beschuldigten ohne Weiteres zu unterstellen ist, dass der Entschluss zur aktiven Mitarbeit im „Central-Wuppertal-Comite“ in ihrer stark ausgeprägten antinationalsozialistischen und deutschfeindlichen Einstellung begründet lag, ist aber – auch unter Berücksichtigung ihres Bildungsstandes – anzunehmen, dass sie die von den Drahtziehern des Comites angewandten Verschleierungsmethoden und den wahren auf kommunistische Propaganda gerichteten Zweck mangels genügender politischer Schulung nicht durchschaut haben.“²¹⁸

Insbesondere den großen und dominierenden Anteil der Frauen, die sich im W.K. engagierten, konnte die Gestapo offensichtlich aufgrund ihres reaktionären Frauenbilds nicht adäquat deuten. Sie nahm – zum Glück für einige der Inhaftierten – die politische Arbeit der im W.K. arbeitenden Frauen nicht ernst. Zu Lie Alma-Heijnen heißt es z.B. in der Gestapoakte: „Frau Alma hat sich, soweit festgestellt werden konnte, bis zu ihrer Mitwirkung im „Central-Wuppertal-Comite“ politisch nicht betätigt. Sie war lediglich Mitglied eines Frauen-Vereins, dessen Zweck auf die Erhaltung des Friedens gerichtet war. In den Jahren 1937 -1939 war [sie] die Vorsitzende des „Wereld-Vrouwen-Comites“, das seinen Sitz in Amsterdam hatte.“²¹⁹

Bereits am 18. Dezember 1941 vermeldeten die ermittelnden Gestapo Sachbearbeiter Funk und Segerath, dass sich „bei den bisherigen Vernehmungen und Ermittlungen hinsichtlich der Mitglieder des 'Central-Wuppertal-Comite' positive Anhaltspunkte für eine hochverräterische Tätigkeit nicht ergeben haben.“²²⁰ Wegen der „weiten Entfernung und zeitraubenden Schwierigkeiten“ wurde von den Vernehmungen weiterer Mitglieder des W.K. in Groningen, Bloemendaal und Zwolle Abstand genommen.²²¹

Am 27. Februar 1942 erklärte der Oberreichsanwalt, dass er keinen Haftbefehl für Oerlemans und Lie Heijnen ausstellen werde. Das Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder des W.K. stellte er am 8. April 1942 ein. Frei kamen Oerlemans und Lie Heijnen trotzdem nicht, da die Gestapo in

²¹⁷ Aussage von Oerlemans, ebd.

²¹⁸ Aussage von Oerlemans, Gestapoakte Adrianus Oerlemans, NIOD, RW 58, Nr. 75709.

²¹⁹ Gestapo Düsseldorf an RSHA, 10.1.1942, ebd.

²²⁰ Ebd.

²²¹ Ebd.

Düsseldorf am 28. Februar 1942 Schutzhaft verhängt hatte. Am 2. Mai 1942 empfahl der Kriminalobersekretär Funk die Entlassung aus der Schutzhaft. Da die „am meisten und erheblichsten belastete Beschuldigte Selma Meyer zwischenzeitlich verstorben ist und seit der Tatzeit über 6 Jahre verstrichen sind, versprechen die weiteren Ermittlungen kaum Aussicht auf Erfolg.“²²² Es könne mit Sicherheit angenommen werden, dass die Haft auf die Beschuldigten nachhaltig eingewirkt hätte. Oerlemans hätte sich in den letzten Jahren nicht mehr politisch betätigt und war zudem nach zwei Selbstmordversuchen haftunfähig in die Isolierstation eines Krankenhauses eingeliefert worden. Lie Heijnen hätte sich neu verheiratet und sei Mutter eines 16 Monate alten Kindes. Ihr Ehemann sei Kunstmaler in Amsterdam und „in politischer Hinsicht bisher nicht hervorgetreten.“²²³ Am 29. Mai 1942 wurden beide aus der Haft entlassen.

(...)

5. Lebensweg der niederländischen Aktivisten

Fünf jüdische Angehörige des W.K. wurden in Konzentrationslagern ermordet.²²⁴

Leonard Polak, Jahrgang 1880, war Professor für Philosophie und Strafrecht an der Universität in Groningen. Als Humanist und Atheist engagierte er sich unter anderem als Wortführer der Freidenkervereinigung „De Dageraad“. Er war u.a. Redaktionsmitglied der „Tijdschrift voor Wijsbegeerte“ und der „Algemeen Nederlandsch Tijdschrift voor Wijsbegeerte“ (ANTW).²²⁵

Leonard Polak versuchte nach dem 10. Mai 1940 vergeblich mit seiner Familie nach England zu flüchten. Im November 1940 wurde er als Jude von den Besatzern in den Ruhestand versetzt. Von seinem Vorgesetzten, dem Rektor der Universität Groningen, wurde Leonard Polak bei den Behörden denunziert, weil er in einem Brief die Besatzungsmacht als Feind bezeichnet hatte. Der Wissenschaftler wurde am 15. Februar 1941 in Leeuwarden vom SD verhaftet und am 7. Mai 1941 nach Sachsenhausen überstellt. In Sachsenhausen soll er für die Mithäftlinge Vorlesungen gehalten haben. Am 9. Dezember 1941 starb Polak an den Schlägen, die ihm ein KZ-Wärter beigebracht hatte. Er wurde auf dem Gräberfeld der Sachsenhausen-Häftlinge auf dem Wilmersdorfer Waldfriedhof beigesetzt.²²⁶ Vier Verwandte von Leonard Polak wurden in Vernichtungslager deportiert und dort ermordet. Seine Ehefrau Henriette war zunächst von der Deportation zurückgestellt worden, wurde aber bei der „großen Razzia“ vom 20. Juni 1943 festgenommen und im „Durchgangslager Westerbork“ interniert. Sie kam durch eine Intervention noch einmal frei und

²²² Funk, Gestapo Düsseldorf vom 2.5.1942, ebd.

²²³ Ebd.

²²⁴ Vgl. Datenbank von Yad Vashem.

²²⁵ Archiv Gedenkstätte Sachsenhausen (AGS), R 121/6. Vgl. Biografisch Woordenboek van Nederland Amsterdam 1985, S. 423-434. Nach den Akten ist Polak nach einer Operation im KZ Sachsenhausen gestorben.

²²⁶ Vgl. AGS, D 30 A/26, Bl. 3-75. Polaks Schicksal war auch Gegenstand des Prozesses gegen den Sachsenhausen-Wärter Richard Bugdalle, Archiv Gedenkstätte Sachsenhausen AGS, JD 5/8, Bl. 30-69.

konnte bis zur Befreiung untertauchen. Mit ihr überlebten auch ihre älteste und ihre jüngste Tochter.²²⁷

Der jüdische Journalist Maurits Kann, Mitbegründer des „de Groene Amsterdammer“ und auch im Wachsamkeitskomitee aktiv, engagierte sich nach der deutschen Invasion im Ordedienst (OD) und war an der Herausgabe der illegalen Zeitung Het Parool beteiligt. Ende Mai 1941 wurde er von den Deutschen verhaftet und in das KZ Sachsenhausen deportiert. Am 27. Februar 1943 starb er dort an Erschöpfung.²²⁸

Elise Frederika de Jong-van Biema, wurde nach Information der Nederlandse Oorlogsgravenstichting (Stiftung Niederländische Kriegsgräberfürsorge) nach Auschwitz deportiert und starb dort am 21. Januar 1945.

Elise Frederika de Jong-van Biema war Sekretär des „Comité tot invrijstelling van gearresteerde politieke emigranten“. Das Comité setzte sich u.a. für die Freilassung des Wuppertalers und späteren Spanienkämpfers Arthur Braun ein. Außerdem war sie „head of the clothing department des "Comité ter behartiging van de belangen der Nederlanders uit de Internationale Brigade". Von 1935 an nahm sie deutsche Flüchtlinge in ihrem Haus auf. Auch während der deutschen Besatzung versteckte sie Underduikers bis sie selbst Anfang 1944 als Jüdin verhaftet wurde. Bis April 1944 war sie im Gefängnis am Amstelveense Weg inhaftiert, dann wurde sie nach Westerbork gebracht. Im September 1944 wurde sie mit einem der letzten Züge nach Auschwitz deportiert.²²⁹

Der Amsterdamer Zahnarzt Eleazer Louis van der Kar, geboren am 19. Mai 1902, behandelte politische Flüchtlinge. Als Jude wurde er verhaftet und starb im Juli 1943 in Auschwitz.²³⁰

Abraham Manjoe Teitel, geboren am 3 Juni 1913 in Zeishorn, hatte sich als Student an der Delegation nach Wuppertal beteiligt. Er war Mitglied des Delfter Schachclub. 1940 hatte er geheiratet, Teitel wurde verhaftet und starb am 23. Oktober 1942 in Mauthausen. Seine Ehefrau und sein Kind überlebten den Krieg.²³¹

Der Kriminologe Willem Adriaan Bongers nahm sich am 15. Mai 1940 zusammen mit seiner Frau nach dem Einmarsch der Deutschen das Leben.

Der Schriftsteller Siegfried J. van Praag verließ 1936 die Niederlande und zog nach Brüssel. 1940 flüchtete er nach England, wo er für das niederländische und belgische Exilradio arbeitete. In dieser

²²⁷ Vgl. Polak, Leo: Het vrije denken en het maatschappelijk handelen. Onder red. van Jeroen Bartels (e.a.), Budel 2001; Libbe van der Wal, 'Over Leo Polak', in: Prof. mr. dr. Leo Polak. Verspreide Geschriften, Amsterdam 1947 ; J. Presser: Ondergang. De vervolging en verdelging van het Nederlandse jodendom, 1940-1945, 's-Gravenhage 1965, I, 38-41; Libbe van der Wal (e.a.), Over Leo Polak, Amsterdam 1969.

²²⁸ Foray Jennifer L.: Visions of Empire in the Nazi-Occupied Netherlands, Cambridge 2012, S.79; Braber, Ben: This cannot happen here: integration and jewish resistance in the Netherlands, 1940-1945, Amsterdam 2015, S.98f.

²²⁹ Nach Informationen von Elise de Jong (New York) und Bart de Cort (Toronto) zusammengestellt.

²³⁰ Vgl. <http://www.communityjoodsmonument.nl/person/186340/nl>

²³¹ Vgl. <http://www.joodsmonument.nl/person/539026>.

Zeit entstand die Basis für seine späteren Arbeiten zu jüdischer Identität, zum Judentum und zum Antisemitismus. 1940 schrieb er z.B. den Roman „Pension Wessels“, in dem er das Leben der deutschen Flüchtlinge in Amsterdam beschreibt. 1946 kehrte van Praag nach Brüssel zurück. Seine wichtigsten Werke sind „Jeruzalem van het Westen“ und „Een lange jeugd in joods Amsterdam“.²³² Nico van Suchtelen wurde am 12. Dezember 1941 von der Sicherheitspolizei vernommen, weil er, so der Vorwurf im Verhör, in den dreißiger Jahren streikende Metallarbeiter in Wuppertal unterstützt hätte. Auf die Frage, warum er so deutschfeindlich sei, soll er geantwortet haben: „Das bin ich ja auch gar nicht. Ich bin sogar ein großer Freund der Deutschen Kultur, aber eben deshalb ein großer Gegner des Nationalsozialismus“.²³³ Während der Besatzung wurden die Bücher van Suchtelens verboten, jedoch übersetzte er in diesen Jahren Werke von E.T.A. Hoffmann, Th. Storm, Michelangelo und Shakespeare.

Der Publizist und Historiker Jan Romein verließ nach den Moskauer Prozessen endgültig die kommunistische Partei. Im November 1939 wurde er – nach langwierigem Berufungsverfahren – Professor für niederländische Geschichte in Amsterdam. Nach zwei Jahren deutscher Besetzung wurde er 1942 offiziell aus dem Universitätsdienst entlassen und mehrere Monate als Geisel im Lager Amersfoort festgehalten. Nach der Haft gelang es ihm unterzutauchen. Er hielt sich mit seiner Frau bis zum Kriegsende versteckt und nutzte diese Zeit, um theoretisch zu arbeiten und Artikel für die illegale Presse zu verfassen.²³⁴

Hendrik Josephus Pos verlor 1941 seinen Lehrstuhl und wurde am 8. Oktober 1941 von den deutschen Behörden verhaftet und in Geiselhaft genommen. Pos wurde in Buchenwald, Haaren und Sint-Michielsgestel festgehalten, am letzten Ort vom 11. Mai 1942 bis zum 16. September 1943.²³⁵ Dann wurde er aus Gesundheitsgründen entlassen.²³⁶

Der renommierte Maler Johannes Gustaaf Wertheim, der aus einer jüdischen Familie stammte, wurde mit seiner Familie nach Westerbork und anschließend nach Theresienstadt deportiert. Er überlebte den Krieg.

Der Jurist Izaak Kisch verlor 1940 wegen seiner jüdischen Herkunft seine Stelle als Professor in

²³² Vgl. Van Praag, Siegfried: „De arend en de mol“ 1973.

²³³ Vernehmung bei der Sicherheitspolizei 1941 (von Van Suchtelen sofort aufgezeichnet) im Dossier Van Suchtelen. Zitiert in: Blom, Esther: De vlam van het menselijk denken. Nico van Suchtelen 1878 – 1949, 1999, Biografie, S. 171. Diese Aussage findet sich bei dem Vernehmungsprotokoll in: NIOD Gestapoakte Adrianus Oerlemans, RW 58, Nr. 75709 nicht wieder.

²³⁴ Vgl. Kurzbiographie von Christoph Stropp zu Jan Romein. Siehe auch Archief J.M. Romein in IISG.

²³⁵ Jansens, Saskia: „Hitlers Herrengefängnis“. Die Geiseln von Sint-Michielsgestel und Haaren’, in: Benz, Wolfgang /Distel, Barbara (Hg.): Terror im Westen. Nationalsozialistische Lager in den Niederlanden, Belgien und Luxemburg 1940-1945, Berlin 2004, S. 149-168.

²³⁶ Vgl. Archief-Pos (correspondentie, manuscripten en collegedictaten) in der Universitätsbibliothek Amsterdam.

Amsterdam. 1941 wurde er Mitglied des Jüdischen Rates. Im September 1943 verbrachte die niederländische Polizei Kisch mit seiner Frau und seinen zwei Söhnen zunächst in die Stadt Barneveld, wo etwa 700 prominente jüdischen Familien zunächst von den Deportationen verschont blieben. Kisch und seine Familie wurde aber nur wenig später nach Westerbork verbracht. Nach einem Jahr in Westerbork wurden sie am 13. September 1944 mit dem letzten Transport aus Westerbork nach Theresienstadt deportiert. Izaak Kisch und seine Familie überlebten und kehrten nach der Befreiung in die Niederlande zurück.

Der Arzt Joachim Schrijver hatte sich ab 1936 in der Solidaritätsarbeit mit der spanischen Republik engagiert und fungierte als Sekretär der Organisation „Hulp aan Spanje“, in der sich auch Selma Meyer und Lie Heijnen engagierten. Nach der Besetzung der Niederlande fühlte sich der Internist und Graphologe, der mit einer nicht-jüdischen Frau verheiratet war, zunächst sicher. Auch seine jüdische Schwester war zu ihm gezogen, um sich der Deportation zu entziehen.

Im Februar 1943 standen die Deutschen vor seiner Tür. Trotz sog. „Mischehe“ wurde er Ende Januar 1944 nach Theresienstadt deportiert. Er überlebte und konnte am 1. Juli 1945 nach Amsterdam zurückkehren.

A.C. Oerlemans war am 29. Mai 1942 aus der Haft entlassen worden. Er blieb weiterhin politisch aktiv und begann kurz nach seiner Entlassung für die linkssozialistische Zeitschrift „De Vlam“ zu arbeiten. Auch nach der Befreiung der Niederlande blieb Oerlemans politisch aktiv und engagierte sich u.a. im „Comité voor Actieve Democratie“. Er war sowohl im "Neo-Malthuseaansche Bond" als auch in der „Nederlandsche Vereeniging voor Sexueele Hervorming“ (NVSH) tätig und fungierte als Redakteur der NVSH-Zeitung. Beruflich war er als Psychoanalytiker mit eigener Praxis in Amsterdam tätig. Oerlemans promovierte 1949 über die Entwicklung der Freudschen Traumdeutung (Development of Freud's Conception of Dreams). Er starb am 15. Oktober 1978.

Aleida Lie Alma-Heijnen arbeitete nach der Befreiung wieder in ihrem alten Beruf als Lehrerin und engagierte sich in der Montessori-Bewegung. Darüber hinaus war sie vielfältig politisch aktiv. U. a. war sie im Juni 1947 Abgesandte und Sekretärin des Hauptvorstandes des „Comité voor Actieve Democratie“ und Delegierte der niederländischen Frauenbewegung auf der International Consultative Conference on Human Rights in London. Die Solidaritätsarbeit mit Spanien blieb aber ihr Lebensthema. Sie wurde Vorsitzende des Initiativ-Komitees „Vrij Spanje“, das sich um die Belange der niederländischen Spanienkämpfer kümmerte. Aleida Lie Alma-Heijnen galt als „niederländische Passionaria“ und hielt am 21. Juli 1947 eine Gedenkrede in Amsterdam anlässlich des Jahrestages des Überfalls von Franco. 1976, ein Jahr nach Francos Tod, wurde sie erneut Vorsitzende der „Commissie Hulp aan Spanje“. In dieser Funktion reiste sie als Mitglied einer Delegation nach Spanien. 1977 war sie als Sekretärin der Spanienkonferenz in Amsterdam tätig. Ab

1983 engagierte sie sich in der Stiftung „Spanje-Monument 1936-1939“. Aleida Lie Alma-Heijnen starb am 25. August 1990 in Amsterdam.²³⁷

Henriette Roland Holst-van der Schalk beteiligte sich während des Zweiten Weltkrieges am niederländischen Widerstand als Redakteurin der Zeitung „Vonk“ (Der Funke) und „De Vlam“ (Die Flamme). Am Ende ihres Lebens schrieb sie die Autobiographie „Het vuur brandde voort“ (Das Feuer brannte immer). Sie starb 1952 im Alter von 82 Jahren. Ihr zu Ehren wurde eine Büste vor ihrem Geburtshaus in Noordwijk aufgestellt.²³⁸

Sik Ien Tjoa kehrte am 8. Dezember 1936 nach Beendigung seines Medizinstudiums nach Indonesien zurück. Er engagierte sich in der kommunistischen PTI und kämpfte für die Unabhängigkeit Indonesiens. 1965 musste er Indonesien verlassen und ging ins politische Exil nach Österreich. Er starb am 16. Juli 1987 in Wien.

Clara Enthoven engagierte sich nach dem Krieg u.a. in verschiedenen Frauenorganisationen, sie blieb Kommunistin, beriet die CPN in Rechtsfragen und verteidigte Wehrdienstverweigerer, die nicht zum Kriegseinsatz nach Indonesien wollten. 1981 starb Clara Enthoven.²³⁹

²³⁷ Vgl. Li Heinen, Alma; „Niet altijd werd er gezwegen“, in: Je deed wat je doen moest... Vrouwen in verzet 1933-1945, Amsterdam 1985; Blok, Els: Uit de schaduw van de mannen. Vrouwenverzet 1930-1940, Amsterdam 1985, S. 72, 232-238, 253f.; Sajet, Ben: Een leven lang, Baarn 1977, S. 118f.; Withuis, Jolande. Opoffering en heroiek, Meppel/Amsterdam 1990, S. 39, 61-63, 99, 348-349, 354; Dankaart, Hans: Twee opmerkelijke documenten over de betrokkenheid van Nederlanders bij de Spaanse Burgeroorlog 1936-1939, in: Bulletin Nederlandse Arbeidersbeweging, Nr. 28, Dezember 1992, S. 6, 26.

²³⁸ Vgl. Roland Holst-van der Schalk, Henriette: Rosa Luxemburg - Ihr Leben und Wirken, Zürich 1937; Antonissen, R., Herman Gorter en Henriëtte Roland Holst, Utrecht 1946); van Praag, J.P.: Henriëtte Roland Holst. Wezen en Werk, Amsterdam, 1946; de Lange, Daniel: 'Henriëtte Roland Holst', in Herman Gorter en Henriëtte Roland Holst in hun tijd, Amsterdam, 1978; Ety, E. 'Ik erken geen trouw in 't slechte' - Henriëtte Roland Holst als dissidente', in: Socialisme en democratie 42 (1985) S. 189-195.

²³⁹ Vgl. Enthoven, Clara: Asylrecht-levensrecht, in: Fundament Nr. 10, 1937; Enthoven, Clara: De Vrouw in het Politieke Leven, in: De Vrije Katheder 5:47 (8.3.1946), S. 588; Enthoven, Clara, in: Emigrantenliteratuur, Den Haag, 1982; Withuis, Jolande: Opoffering en heroiek, Meppel/Amsterdam 1990.

Mitglieder des Wuppertal-Komitees (Centraal Wuppertal Comité)

(105)

Heleen Ankersmit, Frauenrechtlerin (Amsterdam)

Elise Frederika de Jong-van Biema (Amsterdam)

Prof. Dr. A. H. Blaauw (Osterbeek)

Arch. Bollen, CWC Comité van aanbeveling Groningen

Prof. Willem Adriaan Bongers, Kriminologe (Amsterdam)

Geertruida Alida ter Braak-Huizinga (Eibergen)

H. E.G. ter Braak, Arzt (Eibergen)

Menno ter Braak, Schriftsteller (Den Haag)

M. Clarion-Broekman

Dr. J. C. Bruyn Kees van Bruggen, Journalist (Blaricum)

B. Bulsing-van Besouw

Johannes Jacobus Buskes Jr., Pfarrer (Amsterdam)

Petrus Marinus Cochijs, Glasfabrikant (Laren)

Frans Coenen, Rechtsanwalt (Amsterdam)

Heremie Coremann, Pastor, Mitglied der franz. Delegation (Jory)

Prof. Dr. Dirk Coster, Physiker (Groningen)

A. Damhuis, niederl. Delegation

Albert Delevallé, Rechtsanwalt, Mitglied der franz. Delegation (Douai)

Prof. Dr. David van Embden, Ökonom (Amsterdam)

Clara Enthoven, Rechtsanwältin (Den Haag)

Carolina E. Euwe-Bergmann (Amsterdam)

Henriëtte Catharina Maria van Eyk, Schriftstellerin

Prof. Dr. Karel Rudolph Gallas, Hochschullehrer (Amsterdam)

Arthur Gießwein (Emigrant)

Anna van Gogh-Kaulbach, Schriftstellerin (Amsterdam)

Mariel Grandemange, Arbeiter, Mitglied der franz. Delegation Paris)

Willy Haak, Schauspielerin (Amsterdam)

Louis Heanne, Arbeiter, Mitglied der franz. Delegation (Rouen)

Gerardus Horreüs de Haas, Pfarrer (Zwolle)

Camille Hassenforder, Eisendreher, Mitglied der franz. Delegation (Deajoux)

Anna Aleida Alma-Heijnen (Lie Heijnen), Veranstaltungsrednerin des CWC (Amsterdam)

Abraham Hessels, WK-Komitee Utrecht

Prof. G.J. Heering, Theologe und Schriftsteller

Année Rinzes de Jong, Pfarrer (Bussum)

Maurits Kann, Rechtsanwalt, Journalist

Alfons Kaps (Emigrant)
Eleazer Louis van der Kar, Zahnarzt (Amsterdam)
Martinus Jacobus Kerssens, niederl. Delegation, Krommenie. Zeildoekwever. Districtsbestuur
R.V.O. Zuid-Holland
Prof. Izaak Kisch, Rechtsanwalt (Amsterdam)
Leendert Desiderius Gerardus Knipscheer, Pfarrer, CWC Comite van aanbeveling Groningen
Mevr. R. Kooima-Blanke, CWC Comite van aanbeveling Groningen
Dr. P. Kooyman
Werner Kowalski (Emigrant)
Friedrich Kunz (Emigrant)
Erich Kuttner (Emigrant)
Dr. Daniël de Lange, Publizist und Wissenschaftler (Utrecht)
Willem Johan Marie Lenglet, Journalist u. Schriftsteller
Prof. Dirk Loenen, Prof. für Griechisch-Römische Geschichte (Amsterdam)
I. Luyten, Wissenschaftlerin (Wageningen)
Clara Malraux, Mitglied der franz. Delegation (Paris)
Prof. Gerrit Mannoury, Mathematiker (Amsterdam)
Frau Mansveld-de Wit Hubers (Arnhem)
J. Meursing
Selma Meyer, Vorsitzende des CWC (Amsterdam)
Johana Moes, Mitglied der niederl. Delegation (Leiden)
Cläre Muth-Riedesel (Emigrantin)
W-J.M. Noort – V. Bohemen
Nico Padt, Vizevorsitzender des CWC, Pfarrer (Zutphen)
Adrianus Cornelius Oerlemans, Arzt, Sekretär des CWC (Amsterdam)
Gerard Cornelis Adrianus Oskam, Rechtsanwalt (Rotterdam)
Prof. Leo Polak, Rechtsanwalt (Groningen)
Dr. S.A. Prins (Amsterdam)
Siegfried E. van Praag, Schriftsteller (Amsterdam)
Karel Frederik Proost, Theologe u. Schriftsteller (Rotterdam)
Prof. Hendrik Josephus Pos, Philosoph (Amsterdam)
Eva Raedt-de Canter, Schriftstellerin (Reeuwijk)
Cornelia Ramondt-Hirschmann, Frauenrechtlerin (Hilversum)
Dr. M. v. d. Reis, CWC Comite van aanbeveling Groningen
Ds. Arie Cornelis de Regt, Prediger (Alkmaar)
Paul Röcker (Emigrant)
Henriëtte Roland Holst-van der Schalk, Dichterin, Politikerin (Bloemendaal)

Dr. Jan Marius Romein, Historiker (Amsterdam)
J.D. Ros, Lehrer (Den Haag)
W.A.L. Ros-Vrijman, Autorin (Den Haag)
Friedrich Rüdtenklau (Emigrant)
Arnold Louis Saalborn, Schriftsteller (Bussum)
F.J. Schaper, Arzt, (Groningen)
Brechta Adama van Scheltema, Kassiererin CWC (Laren)
Nicolaas Jacob Cornelis Schermerhorn, Pfarrer (Hoog Soeren)
Dr. Joachim Schrijver, Arzt (Amsterdam)
P. Smit-Schuckinck Kool, Autorin, Frauenrechtlerin (Amsterdam)
Ewald Seiler (Emigrant)
Wilhelmus Gerardus Jan van Soeren (Amsterdam)
Abraham van Son, Fabrikant (Bussum)
Georg Stendebach (Emigrant)
Nico van Suchtelen, Schriftsteller und Verleger (Amsterdam)
Cornelia Swalue-Knolle (Den Haag)
Abraham Manjoe Teitel, (Delft) Mitglied der niederl. Delegation
Dr. W.H.C. Tenhaeff, Professor für Parapsychologie (Utrecht)
Prof. Jan Tinbergen, Ökonom (Rotterdam)
Sik Ien Tjoa, Medizin-Student, Mitglied der niederl. Delegation (Utrecht)
Prof. Piet Valkhoff, Romanist (Hilversum)
A. van Veldhuizen Adr.Vis, Penningmeester CWC Groningen
Ferdinand Voetter (Emigrant)
Franz Vogt (Emigrant)
S.K. Waard, Rechtsanwalt (Groningen)
W.L. van Warmelo (Blaricum)
Mr. C. H. Weijl, CWC Groningen Comite van aanbeveling Groningen
Johann G. Wertheim, Maler und Bildhauer (Amsterdam)
Zr. J.H. Westerdiep, CWC Comite van aanbeveling Groningen
Ds. K. Wiersma, Pfarrer, (Noordwolde)
Esther Welmoet Wijnaendts Francken-Dyserinck. Journalistin u. Frauenrechtlerin (Den Haag)
Elisabeth Zbick (Emigrantin)
Marie Christina van Zeggelen, Schriftstellerin (Amsterdam)
H. van Zutphen, Rechtsanwalt (Amsterdam)